

## AKTUELLE FORSCHUNGSERGEBNISSE

Deutschlandprognose  
2017/2018: Aufschwung  
gewinnt an Stärke und Breite

*Für das Projektteam: Wolfgang Nierhaus*

ifo Konjunkturprognose Ost-  
deutschland und Sachsen  
2017/2018: Ostdeutsche Wirt-  
schaft bleibt auf kräftigem  
Wachstumskurs

*Jannik A. Nauwerth, Joachim Ragnitz,  
Michael Weber*

Spezifika des ostdeutschen  
Wohnungsmarktes – Teil 3:  
Wohnungsleerstandsprognose

*Daniel Kretzschmar*

Ungleichheit und Zufriedenheit  
– Anmerkungen zur Ungleich-  
heitsdebatte

*Ronnie Schöb*

## IM BLICKPUNKT

Zur Überarbeitung der Ergebnis-  
se für das Wirtschaftswachstum  
im Jahr 2015

*Jannik A. Nauwerth, Michael Weber*

## DATEN UND PROGNOSEN

Vierteljährliche VGR  
für Sachsen

ifo Konjunkturumfragen Ost-  
deutschland und Sachsen

## AKTUELLE FORSCHUNGSERGEBNISSE

# Spare in der Zeit, so hast du ... Geld im Wahljahr? Ein Überblick über die Beamten-Pensions- fonds der Länder

*Jakob Kulawik, Felix Rösel, Marcel Thum*



**ifo Dresden berichtet**

ISSN 0945-5922

24. Jahrgang (2017)

Herausgeber: ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.,  
Niederlassung Dresden, Einsteinstraße 3, 01069 Dresden

Telefon: 0351 26476-0, Telefax: 0351 26476-20

E-Mail: [dresden@ifo.de](mailto:dresden@ifo.de)

Redaktion: Joachim Ragnitz

Technische Leitung: Katrin Behm

Vertrieb: ifo Institut, Niederlassung Dresden

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Bezugspreis jährlich: 25,00 Euro

Preis des Einzelheftes: 5,00 Euro

Preise einschl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten

Grafik Design: © ifo Institut München

Satz und Druck: c-macs publishingservice Dresden

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars

**Im Internet:**

<http://www.ifo-dresden.de>



Die Niederlassung Dresden des ifo Instituts wird mitfinanziert mit Steuermitteln auf Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtags beschlossenen Haushaltes.

**AKTUELLE FORSCHUNGSERGEBNISSE**
**Spare in der Zeit, so hast du ... Geld im Wahljahr? Ein Überblick über die Beamten-Pensionsfonds der Länder** 3
*Jakob Kulawik, Felix Rösel und Marcel Thum*

In diesem Beitrag geben wir einen Überblick über die Beamten-Pensionsfonds der Länder in Deutschland. Die Fonds wurden zur Deckung künftiger Pensionszahlungen an die Beamten angelegt und unterscheiden sich in Konstruktion, Anlagestrategie und Volumen spürbar zwischen den Ländern. Wir gehen auf diese institutionellen Unterschiede näher ein, diskutieren die theoretischen Vor- und Nachteile von Pensionsfonds und Umlagesystemen und zeigen schließlich empirisch, dass angespannte Landeshaushalte sowie Landtagswahltermine mit geringeren Zuführungen an die Pensionsfonds einhergehen. In Wahljahren reduzieren die Länder ihre Zuführungen an die Pensionsfonds um durchschnittlich rund ein Sechstel im Vergleich zu Nicht-Wahljahren.

**Deutschlandprognose 2017/2018: Aufschwung gewinnt an Stärke und Breite** 10
*Für das Projektteam: Wolfgang Nierhaus*

Der Aufschwung, in dem sich die deutsche Wirtschaft seit 2013 befindet, gewinnt an Stärke und Breite. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte um 1,8 % im laufenden Jahr steigen und um 2,0 % im kommenden Jahr. Wie schon in den vergangenen Jahren wird die konjunkturelle Entwicklung von der weiter lebhaften Konsumnachfrage der privaten Haushalte und der regen Bautätigkeit bestimmt. Einen zunehmenden Beitrag zum Aufschwung werden die Exporte leisten, die von den verbesserten Konjunkturaussichten im Euroraum und dem Rest der Welt profitieren. Deshalb dürften auch die bisher eher zur Schwäche tendierende Industrieproduktion und die ebenfalls enttäuschenden Unternehmensinvestitionen anziehen.

**ifo Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2017/2018: Ostdeutsche Wirtschaft bleibt auf kräftigem Wachstumskurs** 16
*Jannik A. Nauerth, Joachim Ragnitz und Michael Weber*

Die Wirtschaft in Ostdeutschland und Sachsen dürfte in den Jahren 2017 und 2018 kräftig expandieren. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt wird in Ostdeutschland im laufenden und im kommenden Jahr voraussichtlich um jeweils 1,8 % zulegen. In Sachsen dürfte sich die Wirtschaft mit Zuwachsraten von 1,9 % bzw. 2,0 % etwas dynamischer entwickeln. Positive Impulse kommen von den binnenwirtschaftlichen Kräften sowie zunehmend vom Auslandsgeschäft. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte im Prognosezeitraum ebenfalls weiter zunehmen. In Ostdeutschland dürfte die Erwerbstätigkeit im laufenden Jahr um 0,9 % und im kommenden Jahr um 0,7 % zulegen, in Sachsen um 0,7 % bzw. 0,5 %.

**Spezifika des ostdeutschen Wohnungsmarktes – Teil 3: Wohnungsleerstandsprognose** 25
*Daniel Kretzschmar*

Aufbauend auf den im ersten Teil (Heft 03/2017) skizzierten Heterogenitäten des ostdeutschen Wohnungsmarktes werden in diesem Beitrag Fortschreibungen des Wohnungsneubaus, des Wohnungsabgangs sowie – als Resultat von Bestands- und Haushaltsentwicklung – der zukünftige Wohnungsleerstand in Ostdeutschland dargestellt. Während die Wohnungsabgänge auf vergleichsweise niedrigem Niveau stagnieren werden, könnte der Neubau vor allem in den ostdeutschen Großstädten in der Zukunft merklich anziehen. In der Konsequenz wächst der Wohnungsbestand. Aufgrund der rückläufigen Haushaltsentwicklung in den ostdeutschen Flächenländern führt dieses Bestandwachstum zu höheren Leerständen, welche vor allem in den peripher-ländlichen Regionen stark zunehmen werden. Über alle ostdeutschen Bundesländer ist bis zum Jahr 2030 mit knapp 1,2 Mill. leerstehenden Wohnungen, d. h. einer Leerstandsquote von ca. 13 %, zu rechnen.

<b>Ungleichheit und Zufriedenheit – Anmerkungen zur Ungleichheitsdebatte</b>	<b>32</b>
<i>Ronnie Schöb</i>	

Befragungen zur Lebenszufriedenheit in Deutschland zeigen einen deutlichen Anstieg der Zufriedenheit in den Jahren 2005 bis 2015. In der gegenwärtigen politischen Diskussion wird dagegen häufig ein Bild gezeichnet, wonach sich immer mehr Menschen abgehängt fühlen und zunehmend Sorgen um die Zukunft machen. Blickt man aber auf die Entwicklung der subjektiven Lebenszufriedenheit in den unterschiedlichen Einkommensgruppen, zeigt sich, dass die Schere zwischen Unzufriedenen und Zufriedenen nicht etwa aufgegangen ist, sondern sich sogar etwas geschlossen hat. Der vorliegende Beitrag ergründet mögliche Ursachen dieser gegensätzlichen Wahrnehmung.

## IM BLICKPUNKT

<b>Zur Überarbeitung der Ergebnisse für das Wirtschaftswachstum im Jahr 2015</b>	<b>36</b>
<i>Jannik A. Nauerth und Michael Weber</i>	

Im März 2017 wurden die Ergebnisse für das Wirtschaftswachstum im Jahr 2015 auf der Ebene der Bundesländer außergewöhnlich kräftig überarbeitet. Neben den üblichen Anpassungen aufgrund neu verfügbarer Daten dürften hierfür unter anderem Schwierigkeiten bei der Schätzung der regionalen Vorleistungsquoten eine Rolle spielen. Diese zeigen in den letzten Jahren einen sprunghaften Verlauf und lassen sich daher schwieriger fortschreiben.

## DATEN UND PROGNOSEN

<b>Vierteljährliche VGR für Sachsen: Ergebnisse für das erste Quartal 2017</b>	<b>39</b>
<i>Wolfgang Nierhaus</i>	
<b>ifo Konjunkturumfragen Ostdeutschland und Sachsen: Die Wirtschaft brummt</b>	<b>41</b>
<i>Michael Weber</i>	

## AUS DER ifo WERKSTATT

<b>ifo Veranstaltungen</b>	<b>44</b>
<b>ifo Vorträge</b>	<b>45</b>
<b>ifo Veröffentlichungen</b>	<b>46</b>
<b>ifo intern</b>	<b>47</b>

Jakob Kulawik, Felix Rösel und Marcel Thum\*

# Spare in der Zeit, so hast du ... Geld im Wahljahr? Ein Überblick über die Beamten-Pensionsfonds der Länder

In diesem Beitrag geben wir einen Überblick über die Beamten-Pensionsfonds der Länder in Deutschland. Die Fonds wurden zur Deckung künftiger Pensionszahlungen an die Beamten angelegt und unterscheiden sich in Konstruktion, Anlagestrategie und Volumen spürbar zwischen den Ländern. Wir gehen auf diese institutionellen Unterschiede näher ein, diskutieren die theoretischen Vor- und Nachteile von Pensionsfonds und Umlagesystemen und zeigen schließlich empirisch, dass angespannte Landeshaushalte sowie Landtagswahltermine mit geringeren Zuführungen an die Pensionsfonds einhergehen. In Wahljahren reduzieren die Länder ihre Zuführungen an die Pensionsfonds um durchschnittlich rund ein Sechstel im Vergleich zu Nicht-Wahljahren.

## EINLEITUNG

Die Versorgungsleistungen für Beamte stellen im Kontext des demografischen Wandels eine große finanzielle Herausforderung dar. Während in den nächsten Jahren eine verhältnismäßig große Zahl von Beamten in den Ruhestand übergeht, stehen im Verhältnis dazu immer weniger Steuerzahler zur Zahlung der Versorgungsansprüche zur Verfügung. Der sechste Versorgungsbericht der Bundesregierung geht davon aus, dass der Höhepunkt dieser Entwicklung im Bereich der Bundesbeamten im Jahr 2035 erreicht wird (Bundesministerium des Innern 2016). Die Frage von Versorgungsansprüchen betrifft in Deutschland allerdings weit weniger den Bund als vielmehr die Landesebene. Die Länder beschäftigen mit Polizisten, Lehrern und Justizverwaltung den Hauptteil aller Beamten in Deutschland.<sup>1</sup> Seit dem Jahr 2006 bzw. der Föderalismuskommission I können die Länder weitgehend autonom Vorsorgesysteme (Pensionsfonds) einrichten, um die Belastung künftiger Landeshaushalte durch steigende Pensionszahlungen abzufedern.

Bisher ist wenig darüber bekannt, wie sich die Versorgungsfonds der Länder in ihrer konkreten Ausgestaltung unterscheiden, welche Vor- und Nachteile gegenüber einem Verzicht auf einen Pensionsfonds bestehen sowie welche möglichen Determinanten die stark von Jahr zu Jahr schwankenden Zuführungen an die Fonds erklären.<sup>2</sup> Mit diesem Beitrag wollen wir diese Lücken schließen. Wir geben zunächst einen umfassenden Überblick über die Pensionsfonds der Länder und zeigen, dass diese sich in Konstruktion, Anlagestrategie und Volumen spürbar zwischen den Ländern unterscheiden. Anschließend diskutieren wir die theoretischen Vor- und Nachteile von Pensionsfonds und Umlagesystemen. Abschließend zeigen wir empirisch, dass angespannte Landeshaushalte sowie Landtagswahltermine mit geringeren Zuführungen zu den Pensionsfonds einhergehen. In Wahljah-

ren reduzieren die Länder ihre Zuführungen an die Pensionsfonds um durchschnittlich rund ein Sechstel im Vergleich zu Nicht-Wahljahren.

## PENSIONSFONDS DER LÄNDER IM ÜBERBLICK

Bereits 1996 wurde mit dem „Finanzierungsfonds für die Beamtenversorgung“ in Rheinland-Pfalz das erste Sondervermögen zur Deckung zukünftiger Versorgungsausgaben auf Länderebene geschaffen (Deubel 2017). Das Land setzte sich mit diesem Fonds das Ziel, die Versorgungsausgaben der ab 1996 eingestellten Beamten ab 2020 komplett finanzieren zu können. Im Jahr 1998 befasste sich der Bund ebenfalls mit der Problematik der Versorgungsleistungen. Daraus entstand die Versorgungsrücklage des Bundes, die nach damaliger Rechtslage zugleich eine bindende Vorgabe für die Länder darstellte. Ab 1999 wurde deshalb in jedem Bundesland eine Versorgungsrücklage mit dem gleichen Zuführungsprinzip geschaffen. Nach § 14 a des Bundesbesoldungsgesetzes sollte es im Zeitraum von 1999 bis 2017 eine schrittweise Absenkung des Besoldungs- und Versorgungsniveaus von durchschnittlich 0,2 % geben. Diese Absenkung wurde durch eine Verminderung der Besoldungs- und Versorgungsanpassungen erreicht. Die daraus resultierenden Einsparungen sollten dann als Zuführungen in die neuen Rücklagen eingehen und somit einen Grundstock zur Deckung zukünftiger Ausgaben bilden.<sup>3</sup>

Wie bereits erwähnt waren die Regelungen zur Einrichtung von Versorgungsrücklagen aufgrund der Rahmenkompetenz des Bundes im Beamtenrecht auch für die Länder bindend. Dies änderte sich mit der Föderalismusreform von 2006. Mit dem darin enthaltenen Übergang zu einer konkur-

\* Jakob Kulawik war zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Beitrages Praktikant, Felix Rösel ist Doktorand und Marcel Thum Geschäftsführer an der Dresdner Niederlassung des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

rierenden Gesetzgebungskompetenz im Beamtenrecht, waren die Bundesregelungen für die Länder nun nicht mehr bindend. Die Länder nutzten ihre neue Autonomie und richteten eigene Vorsorgesysteme bzw. Pensionsfonds (auch: „Versorgungsfonds“, „Generationenfonds“ u. ä.) neben den zunächst weiterbestehenden Versorgungsrücklagen ein, die sich in ins-

titutioneller Struktur, Anlagestrategien und Volumen deutlich unterscheiden.

Tabelle 1 gibt einen Überblick über die gegenwärtige Ausgestaltung in den einzelnen Ländern. Dargestellt sind die aktuellen Regelungen aller Bundesländer zu Versorgungsrücklagen und Versorgungsfonds. Neben dem zeitlichen Rah-

**Tab. 1**  
**Pensionsfonds der Länder**

Land	Sondervermögen	Aufbau seit	Entnahme ab	Zuführungen	Verwendung	Anlage in Aktien möglich	Gesamtvermögen je EW (31.12. 2015)
BW	Versorgungsrücklage des Landes Baden-Württemberg	1999	2018	Äquivalent zur Bundesebene <sup>a</sup>	Entnahme zur schrittweisen Entlastung der Versorgungsausgaben über einen Zeitraum von 15 Jahren	Max. 50 %	<b>439 €</b>
	Versorgungsfonds des Landes Baden-Württemberg	2009	2020	Die Höhe der Zuführungen beträgt 500 € pro Monat für jeden Beamten und Richter, dessen Dienstverhältnis zum Land nach dem 31.12.2008 begründet worden ist.	Schrittweise Entnahme zur Finanzierung der Versorgungsaufwendungen des Landes	50 %	
BY	Pensionsfonds	2013	2023	Bis einschließlich 2030 erfolgen jährliche Zuführungen von 100 Mill. €. Die Zuführung der für die ehemalige Versorgungsrücklage veranschlagten Beträge findet weiterhin statt. Zusätzliche Zuführungen sind möglich.	Entnahme zur schrittweisen Entlastung der Versorgungsausgaben über einen Zeitraum von 15 Jahren	30 %	<b>183 €</b>
BB	Versorgungsrücklage des Landes Brandenburg	1999	2018	Äquivalent zur Bundesebene <sup>a</sup>	Die Rücklage wird Ende 2017 aufgelöst und in den Versorgungsfonds überführt.	0 %	<b>259 €</b>
	Versorgungsfonds des Landes Brandenburg	2009	2020	Die Zuführungen erfolgen nach Maßgabe des Haushaltes.	Verwendung zur Finanzierung der Versorgungsleistungen für die Versorgungsempfänger mit Amtsantritt ab 2009. Die Mittel der ursprünglichen Versorgungsrücklage können bereits ab 2018 ausgezahlt werden.	k. A.	
BE	Versorgungsrücklage des Landes Berlin	1999	2018	Äquivalent zur Bundesebene. Allerdings werden die Einzahlungen nach 2017 noch bis 2020 in gleicher Höhe weitergeführt <sup>a</sup>	Die Verwendung erfolgt ausschließlich zur Finanzierung von Versorgungsaufwendungen. Es existieren getrennte Regelungen für das Land Berlin (Entnahme ab 2020) und für die unter Aufsicht des Landes stehenden Einrichtungen (Entnahme ab 2018).	k. A.	<b>263 €</b>
HB	Versorgungsrücklage des Landes Bremen	1999	2014	Es existieren getrennte Zuführungsverfahren auf verschiedenen Ebenen. Diese sind teilweise äquivalent zum Bund und teilweise durch den Haushalt festgesetzt <sup>a</sup>	Die Verwendung erfolgt ausschließlich zur Finanzierung von Versorgungsaufwendungen. Zusätzlich erfolgt eine jährliche Abführung von Zinserträgen an den Landeshaushalt.	k. A.	<b>778 €</b>
	Rücklage zur Versorgungsvorsorge	2006	offen	Die Zuführungshöhe setzt sich aus den aus Versorgungszuschlägen erzielten Einnahmen, sowie weiteren im jeweiligen Haushalt festzusetzenden Beträgen zusammen.	Die Verwendung erfolgt ausschließlich zur Finanzierung von Versorgungsaufwendungen.	k. A.	
HH	Versorgungsrücklage der Freien und Hansestadt Hamburg	1999	2018	Äquivalent zur Bundesebene <sup>a</sup>	Schrittweise Entnahme zur Finanzierung der Versorgungsaufwendungen des Landes	0 %	<b>512 €</b>
	Versorgungsfonds für die Altersversorgung der Bediensteten der Freien und Hansestadt Hamburg	2001	2010	Es erfolgt eine jährliche Zuführung von rund 5,1 Mill. €. Weitere Zuführungen vom Land und von Dritten sind möglich.	Die Verwendung erfolgt nach Maßgabe des Haushaltsplans mit dem Zweck der zusätzlichen Finanzierung der Altersversorgung der Bediensteten der Freien und Hansestadt Hamburg.	0 %	

Land	Sondervermögen	Aufbau seit	Entnahme ab	Zuführungen	Verwendung	Anlage in Aktien möglich	Gesamtvermögen je EW (31.12. 2015)
HE	Versorgungsrücklage des Landes Hessen	1999	2018	Äquivalent zur Bundesebene <sup>a</sup> Außerdem gibt es zusätzliche Vorsorgebeträge aus dem Landeshaushalt.	Verwendung für die Finanzierung von Versorgungsausgaben. Die jährliche Entnahmehöhe darf 1/15 des am 31.12.2017 bestehenden Bestandes nicht überschreiten	k. A.	<b>352 €</b>
MV	Versorgungsrücklage des Landes Mecklenburg-Vorpommern	1999	2018	Äquivalent zur Bundesebene <sup>a</sup>	Entnahme zur schrittweisen Entlastung der Versorgungsausgaben über einen Zeitraum von 15 Jahren	0 %	<b>168 €</b>
	Versorgungsfonds des Landes Mecklenburg-Vorpommern	2008		Die Zuführungen erfolgen in Form bestimmter Prozentsätze der jeweiligen Ruhegehaltfähigen Dienst- und Amtsbezüge, sowie Entgeltzahlungen (Prozentsätze vom Finanzministerium bestimmt). Weitere Zuführungen sind möglich.	Der Fonds dient zur Finanzierung der Versorgungsleistungen für die Versorgungsempfänger mit Amtsantritt ab 2008.	k. A.	
NI	Versorgungsrücklage des Landes Niedersachsen	1999	2009	Dem Sondervermögen können Mittel aus dem Landeshaushalt zugeführt werden, soweit die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen dafür vorliegen.	Die Verwendung erfolgt ausschließlich zur Finanzierung von Versorgungsaufwendungen.	0 %	<b>65 €</b>
NW	Pensionsfonds des Landes Nordrhein-Westfalen	2017		Es erfolgt eine jährliche Zuführung in Höhe von 200 Mill. € aus dem Landeshaushalt. Außerdem werden die Beträge aus der ehemaligen Versorgungsrücklage zugeführt. Weitere Zuführungen sind möglich.	Die Verwendung erfolgt ausschließlich zur Finanzierung von Versorgungsaufwendungen.	k. A.	<b>536 €</b>
RP	Versorgungsrücklage Rheinland-Pfalz	1999	2012	Äquivalent zur Bundesebene <sup>a</sup>	Die Verwendung erfolgt ausschließlich zur Finanzierung von Versorgungsaufwendungen.	k. A.	<b>1 414 €</b>
	Finanzierungsfonds für die Beamtenversorgung	1996	2020	Die Zuführungen erfolgen nach Maßgabe des Haushaltes und sollen 70 Mill. € pro Jahr nicht unterschreiten.	Verwendung zur Deckung der Versorgungsausgaben für Landesbeamte, die ab 1996 eingestellt wurden	k. A.	
SL	Versorgungsrücklage Saarland	1999	2018	Äquivalent zur Bundesebene <sup>a</sup>	Entnahme zur schrittweisen Entlastung der Versorgungsausgaben über einen Zeitraum von 15 Jahren	0 %	<b>209 €</b>
SN	Versorgungsrücklage des Freistaates Sachsen	1999	2018	Äquivalent zur Bundesebene <sup>a</sup>	Die Verwendung erfolgt ausschließlich zur Finanzierung von Versorgungsaufwendungen.	0 %	<b>1 302 €</b>
	Generationenfonds des Freistaates Sachsen	2005	2005/2018	Die Zuführungen erfolgen auf Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen.	Verwendung zur Vollfinanzierung der Beamtenjahrgänge ab 1997 und Teilfinanzierung der Beamtenjahrgänge vor 1997	k. A.	
ST	Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt	2006		Die Zuführungen erfolgen auf Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen. Es erfolgen zusätzliche Zuführung in Höhe von 27 Mill. € pro Jahr.	Dient zur Finanzierung der Versorgungsansprüche für Beamte mit Antritt der Beschäftigung ab 2007, sowie Teilfinanzierung der Beamten mit Antritt der Beschäftigung vor 2007	k. A.	<b>307 €</b>
SH	Versorgungsrücklage des Landes Schleswig-Holstein	1999	2018	Äquivalent zur Bundesebene <sup>a</sup>	Entnahme zur schrittweisen Entlastung der Versorgungsausgaben über einen Zeitraum von 15 Jahren	0 %	<b>174 €</b>
TH	Thüringer Pensionsfonds	1999	2014	Äquivalent zur Bundesebene <sup>a</sup> Außerdem gibt es zusätzliche Zuführungen aus dem Landeshaushalt.	Schrittweise Entnahme zur Finanzierung der Versorgungsaufwendungen des Landes	k. A.	<b>105 €</b>

Anmerkungen: a) Auf Bundesebene ist die Zuführungshöhe zu den Versorgungsrücklagen im § 14a Absatz 2 und 3 des Bundesbesoldungsgesetzes festgelegt. Darin wurde im Zeitraum von 1999 bis 2017 eine Verringerung der Anpassung des Besoldungs- und Versorgungsniveaus bestimmt. Die dadurch eingesparten Beträge sollten den Versorgungsrücklagen zugeführt werden.

Quelle: Recherchen und Darstellung des ifo Instituts.

men sowie den Mechanismen zu Zuführungen und Entnahmen sind auch die momentanen Bestände der Rücklagen (Stichtag 31.12.2015) aufgeführt.

Bereits vor 2006 hatten einige Bundesländer (z. B. Hamburg im Jahr 2001 oder Sachsen im Jahr 2005) mit der Einrichtung zusätzlicher Versorgungsfonds begonnen. Diesen Sondervermögen lagen völlig andere Zuführungs- und Entnahmeregelungen zugrunde als bei den früheren durch den Bund vorgeschriebenen Versorgungsrücklagen vor 2006. In Sachsen werden beispielsweise vollständige Rücklagen für alle Beamtenjahrgänge ab 1997 geleistet. Die Zuführungen beruhen auf versicherungsmathematischen Berechnungen und sollen die komplette Deckung der zukünftigen Versorgungsaufwendungen sicherstellen.

Nach 2006 wurden in vielen weiteren Bundesländern ähnliche Versorgungsfonds errichtet. So werden beispielsweise in Bayern und Nordrhein-Westfalen jährlich fixe Beträge zugeführt. In Baden-Württemberg gibt es eine monatliche Einzahlung in Abhängigkeit von der Beamtenzahl. In Brandenburg werden die Zuführungen dagegen nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltes festgesetzt.

Auch im Hinblick auf den weiteren Umgang mit den früheren Versorgungsrücklagen entwickelten sich verschiedene Konzepte. Während einige Länder (Baden-Württemberg, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen und Schleswig-Holstein) die früheren Rücklagen parallel fortführten, stockten andere die Rücklagen durch zusätzliche Einzahlungen auf (Berlin, Hessen, Thüringen). Niedersachsen entschloss sich zu einer frühzeitigen Auflösung des Sondervermögens; dort startete man bereits im Jahr 2009 mit der Auszahlung der Beträge. Noch einen anderen Weg schlug Bayern ein. Dort wurde im Jahr 2013 die frühere Versorgungsrücklage mit dem seit 2008 ebenfalls existierenden Versorgungsfonds in den neuen Pensionsfonds überführt.<sup>4</sup> Sachsen-Anhalt (2014) und Nordrhein-Westfalen (2017) folgten diesem Beispiel.

Die unterschiedlichen Rahmenbedingungen der verschiedenen Rücklagen führen dazu, dass diese in ihrer Höhe zwischen den Ländern stark variieren. Auf die Zahl der Einwohner gerechnet,<sup>5</sup> weisen Rheinland-Pfalz und Sachsen mit großem Abstand die höchsten Rücklagen auf (1 414 Euro bzw. 1 302 Euro pro Einwohner). Die geringsten Rücklagen pro Einwohner haben dabei die Länder Niedersachsen und Thüringen mit 65 Euro bzw. 105 Euro pro Kopf. Diese Zahlen müssen allerdings im Kontext der jeweiligen Ausgestaltung der Verbeamtung und Zuführungsprinzipien gesehen werden. Während Niedersachsen bereits seit 2009 keine Zuführungen mehr leistet, verfolgen Sachsen und Rheinland-Pfalz das Ziel einer Vollfinanzierung. Außerdem ist bei den Zahlen zu beachten, dass es starke Unterschiede in der Beschäftigungsstruktur gibt und die Anzahl der Beamten in Relation zur Bevölkerung deshalb unterschiedlich ist.

Im aktuellen Kontext der Niedrigzinsen kommt es weiterhin zu Umgestaltungen in den Rahmenbedingungen der Vorsorgesysteme. Länder mit dem Ziel einer Vollfinanzierung rücken hiervon mitunter ab, da bei Einrichtung der Fonds mit deutlich höheren Zinsen gerechnet worden war. Außerdem ist auch eine Änderung in den Anlagestrategien zu beobachten. Während die Länder bisher den Aspekt der Sicherheit der

Geldanlage in den Vordergrund rückten und aus diesem Grund vor allem in festverzinsliche Staatsanleihen investierten, werden nun zunehmend auch Aktien zugekauft. Damit werden die Länder in zunehmendem Maße auch aktiv am Kapitalmarkt tätig. Öffentliches Vermögen ist damit vermehrt auch Marktschwankungen unterworfen, was die generelle Frage nach der Vorteilhaftigkeit von Fonds und Rücklagen provoziert, die wir im Folgenden näher betrachten.

## THEORETISCHE ÜBERLEGUNGEN

### Unterschiede von Pensionsfonds und Umlagesystemen

In den 1990er Jahren gab es in Deutschland eine intensive und intellektuell anspruchsvolle Kontroverse um die Sinnhaftigkeit einer (Teil-)Kapitaldeckung in der Rentenversicherung (Breyer 1989, Homburg 1990, Sinn 2000). Etwas überspitzt formuliert lautete die Frage, ob ein Land etwas gewinnen kann, wenn es vom reinen Umlagesystem („Pay-as-you-go“-System) auf ein Kapitaldeckungssystem umstellt. Während beim Umlagesystem die jetzt aktive Bevölkerung Beiträge bezahlt, die dann sofort als Renten an die ältere Bevölkerung weitergereicht werden, spart jede Generation beim kapitalgedeckten System für sich selbst und entspart wieder für die eigene Versorgung im Alter. Angesichts der damals hohen Kapitalmarktzinsen und des wegen des demografischen Wandels vermutlich langfristig niedrigen Lohnsummenwachstums, das die Verzinsung im Umlagesystem determiniert, lag die Vermutung nahe, dass man lieber auf kapitalgedeckte Systeme setzen sollte.<sup>6</sup> Diese Vermutung erweist sich bei näherer Betrachtung für die Organisation des gesamten Rentensystems jedoch als falsch. Zwar müsste bei einer Umstellung auf das Kapitaldeckungssystem jeder zukünftige Beitragszahler wegen der höheren Verzinsung weniger ansparen, um dieselbe Rente wie im Umlageverfahren zu erzielen. Aber zusätzlich muss man noch die Renten der Umstellungsgeneration finanzieren, die selbst Beiträge ins Umlageverfahren eingezahlt und deshalb selbst nichts akkumuliert hat. Der Betrag, der nötig ist, um diese Umstellungsgeneration zu kompensieren, ist genau so groß wie die Vorteile, die alle zukünftigen Generationen aus dem höheren Kapitalmarktzins ziehen. Barwertmäßig kann man daher nichts aus der Umstellung auf ein kapitalgedecktes System gewinnen.

Auf den ersten Blick ist nicht sofort ersichtlich, was diese akademische wie politische Debatte mit dem Pensionssystem der Beamten in Deutschland zu tun hat. Denn schließlich zahlen die Beamten nicht explizit in ein Pensionssystem ein. Aber der Arbeitgeber (Bund oder Länder), der letztendlich die Altersbezüge zu finanzieren hat, sieht sich denselben Alternativen wie die Gesetzliche Rentenversicherung gegenüber. Traditionell bedienten der Bund und die Länder ihre Pensionslasten aus dem laufenden Haushalt, was letztendlich dem Umlagesystem entspricht. Die Gebietskörperschaften haben aber auch Pensionsfonds eingerichtet, bei denen sie für jeden aktiven Beamten Einzahlungen leisten. Bei versicherungsmathematisch adäquater Ausgestaltung würde der so angehäuften Kapitalstock gerade ausreichen, um im Mittel die Altersbezüge des Beamten ab Pensionierung zu leisten.



Voll ausgebaute Pensionsfonds entsprechen daher der Kapitaldeckung. Natürlich gilt auch hier, dass durch die Umstellung von einem auf das andere System im Barwert nichts zu gewinnen ist.<sup>7</sup>

### Welche Gründe sprechen sonst für Pensionsfonds?

Was spricht dann noch für die Einrichtung oder Beibehaltung von Pensionsfonds? Zum einen sicher die Transparenz der öffentlichen Finanzen. Da die implizite Verschuldung, die mit jedem neu verbeamteten Mitarbeiter eingegangen wird, für die Kreditgeber, Steuerzahler und Wähler schwer durchschaubar ist, wird durch Pensionsfonds zumindest eine Quelle der Unsicherheit aus den Budgets getilgt. Zum anderen verändern Pensionsfonds aber auch die Anreize. Da Politiker, die jetzt im Amt sind, ziemlich sicher nicht mehr in den Jahren aktiv sind, in denen die Pensionslasten anfallen, droht die Gefahr, dass ohne Pensionsfonds bei der Entscheidung über Neueinstellungen die wahren Kosten nur unzureichend berücksichtigt werden. Diese Unterschätzung der Personalkosten kann erstens dazu führen, dass heute zu viel Personal eingesetzt wird und die finanziellen Spielräume in der Zukunft ineffizient eingeengt werden.<sup>8</sup> Zweitens wird die Ausgabenstruktur tendenziell verzerrt. Während beim Einsatz von Kapital (Gebäude, Maschinen etc.) die vollen Kosten budgetmäßig wirksam werden, geht beim Personal nur ein Teil der barwertmäßigen Kosten ins Kalkül ein. Tendenziell wird der Staat damit zu personalintensiv produzieren. Der Zwang zur versicherungsmathematisch adäquaten Einzahlung in Pensionsfonds wirkt diesen Verzerrungen entgegen, da alle Neueinstellungen – im Idealfall – mit den vollen Kosten belastet werden. Es war daher durchaus sinnvoll, dass Bund und Länder in den letzten Jahrzehnten auf eine (Teil-) Kapitaldeckung gesetzt haben.

Allerdings sind Pensionsfonds auch politisch äußerst fragil, wie die letzten Jahre gezeigt haben. Zahlreiche Bundesländer haben die Einzahlungen in die Pensionsfonds gestoppt oder lösen sie langfristig auf. Hier zeigt sich, wie die Begehrlichkeiten zu kurzfristiger Verausgabung die Versuche der langfristigen Selbstbindung torpedieren. Ein Parlament, das die Einzahlungen in den Pensionsfonds stoppt, kann nicht nur die ohnehin verfügbaren Mittel für sichtbare Ausgabenprogramme verwenden, sondern auch die eingesparten Beiträge zum Pensionsfonds. Wenn man einen bereits angesparten Pensionsfonds auflöst, kann man sogar den gesamten Kapitalstock in einer Haushaltsperiode „verfrühstücken“. Die Anreize zum „Schlachten“ der Pensionsfonds sind groß und die Zugriffe lassen sich kaum vollständig verhindern; denn schließlich ist die Budgetaufstellung das höchste Recht eines jeden Parlaments. Eine perfekte Regelbindung würde dieses Budgetrecht ad absurdum führen.<sup>9</sup>

### EMPIRISCHE UNTERSUCHUNG

Die Zuführungen an die Pensionsfonds stehen damit weitgehend im Ermessen des Haushaltsgesetzgebers. Wann sind Einzahlungsstopps oder Auflösungen von Pensionsfonds jedoch am wahrscheinlichsten? Aufgrund der oben beschriebenen politökonomischen Prozesse ist es naheliegend, dass

die Politik die Pensionstöpfe umso eher angreift, je angespannter die Haushaltslage ist und je größer der Bedarf der Politik nach sichtbaren Ausgabenprogrammen ist (siehe auch Deubel 2017). Letzteres dürfte insbesondere vor Wahlen der Fall sein, wenn die aktuellen Regierungsparteien der Wahlbevölkerung die Leistungsfähigkeit der Regierung demonstrieren müssen.

Aufbauend auf den bisherigen Überlegungen untersuchen wir diese beiden Thesen. Erstens sollten höhere Haushaltsdefizite mit einer Reduktion der Zuführungen einhergehen. Eine Schuldenaufnahme zum Zwecke der Rücklagenbildung erscheint aus finanzwirtschaftlicher Perspektive nur begrenzt sinnvoll.<sup>10</sup> Zweitens könnten Wahltermine eine Rolle bei der jährlichen Bemessung der Zuführungen spielen. Frühere Studien konnten zeigen, dass in Wahljahren eine Verschiebung hin zu „Wähler-freundlichen“ (*voter-friendly*) Ausgaben zu beobachten sind (Drazen und Eslava 2010). Zuführungen an den Pensionsfonds dürften in diesem Zusammenhang als weniger attraktive Ausgabe als z. B. Investitionen in Krankenhäuser oder Straßen wahrgenommen werden. Wir vermuten daher eine Reduktion der Zuführungen an die Landes pensionsfonds in Wahljahren.

### Modellspezifikation

Wir untersuchen im Folgenden empirisch, ob höhere Defizite und Landtagswahltermine mit Änderungen in den Zuführungen an die Pensionsfonds der Länder einhergehen. Unser Datensatz beinhaltet die jährlichen, preisunbereinigten Zuführungen an die Pensionsfonds der 16 Länder im Zeitraum 2001 bis 2015 sowie Informationen über die Landtagswahltermine und die jährlichen Haushaltsdefizite.<sup>11</sup> Im Durchschnitt führten die Länder in diesem Zeitraum ihren Pensionsfonds jährlich rund 24,20 Euro je Einwohner zu. Wir schätzen vier Regressionsmodelle, bei denen wir die jährlichen Zuführungen an die Pensionsfonds als abhängige Variable verwenden. Die vier Modelle unterscheiden sich in der betrachteten Zeitperiode. In der Basisvariante betrachten wir den vollen Zeitraum von 2001 bis 2015. Anschließend schließen wir das Jahr 2010 aus, in dem die Definition öffentlicher Schulden wesentlich modifiziert wurde. Schließlich betrachten wir den Zeitraum vor und nach dem Kompetenzzuwachs der Länder im Beamtenrecht durch die Föderalismusreform I im Jahr 2005.

Die erklärenden Variablen in den vier Modellen sind das Haushaltsdefizit des Landeshaushalts je Einwohner sowie eine Dummyvariable, die den Wert 1 im Jahr einer Landtagswahl und sonst den Wert 0 annimmt. Außerdem berücksichtigen wir Dummies für jedes Jahr (jahresfixe Effekte) und länderfixe Effekte. Damit können wir Einflüsse von Schocks, die in einem bestimmten Jahr alle Länder gleichermaßen betreffen (z. B. die Auswirkung der globalen Finanzkrise 2008/2009), sowie zeitunveränderlichen länderspezifischen Charakteristika als Treiber der Ergebnisse ausschließen.

### Ergebnisse

Tabelle 2 zeigt die Ergebnisse der Regressionsanalysen. Wir finden in der Basisvariante [Spalte (1)] eine signifikante Korrelation von Haushaltsdefizit je Einwohner und Zuführungen

**Tab. 2****Determinanten der Zuführungen an die Pensionsfonds der Länder, 2001 bis 2015**

	Abhängige Variable: Zuführung an Pensionsfonds je Einwohner			
	2001–2015	Ohne 2010	Vor 2005	Nach 2005
	(1)	(2)	(3)	(4)
Haushaltsdefizit je Einwohner	–0,010* (0,006)	–0,013* (0,006)	–0,002 (0,002)	–0,008 (0,007)
Wahljahr (Landtagswahl)	–4,470** (1,963)	–3,595* (1,888)	–1,846 (1,477)	–5,567* (2,635)
Länderfixe Effekte	Ja	Ja	Ja	Ja
Jahresfixe Effekte	Ja	Ja	Ja	Ja
Beobachtungen	208	193	62	146
R <sup>2</sup> (Within)	0,348	0,365	0,312	0,267

Anmerkungen: Die Beobachtungseinheit sind die 16 deutschen Länder im Zeitraum zwischen 2001 und 2015. Wir regressieren die Zuführungen an den Pensionsfonds/Versorgungsrücklage je Einwohner auf länder- bzw. jahresfixe Effekte, eine Konstante sowie das Haushaltsdefizit je Einwohner und einen Dummy für Landtagswahljahre. Messung des Haushaltsdefizits je Einwohner als Änderung des Schuldenstandes beim nicht-öffentlichen und öffentlichen Bereich je Einwohner. Robuste Standardfehler in Klammern. Statistische Signifikanz: \* 10 %-Niveau, \*\* 5 %-Niveau, \*\*\* 1 %-Niveau.

Quelle: Haushaltsrechnungen der Länder, Recherchen, Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

an die Pensionsfonds: Ein um 100 Euro höheres Haushaltsdefizit je Einwohner geht mit einer Senkung der Zuführungen an den Pensionsfonds um rund 1 Euro je Einwohner einher. Der Effekt ist statistisch signifikant auf dem 10-%-Niveau und bleibt robust, wenn wir das Jahr 2010 ausklammern [Spalte (2)]. Eine mögliche Ursache für Reduktionen in den Zuführungen an die Pensionsfonds sind damit steigende Haushaltsdefizite. Wir konstatieren in Tabelle 2 außerdem einen negativen Zusammenhang von Landtagswahlterminen und Pensionsfondszuführungen: In Wahljahren zahlen die Länder 3,60 bis 4,47 Euro je Einwohner weniger in Pensionsfonds ein als in Nicht-Wahljahren. Der Effekt ist in der Basisvariante [Spalte (1)] auf dem 5-%-Niveau statistisch signifikant. Dies deutet darauf hin, dass in Wahljahren statt Pensionsfondszuführungen eher Ausgaben in „attraktiveren“ Ausgabenkategorien getätigt werden.

In Spalten (3) und (4) teilen wir den Datensatz in die Zeit vor und nach 2005 als Robustheitsanalyse. In der Zeit nach 2005 verfügten die Länder über weitgehende Autonomie im Bereich der Beamtenversorgung. Folgerichtig beobachten wir die beschriebenen signifikanten Wahljahr-Effekte erst nach 2005, nicht aber vorher. Aufgrund der niedrigen Zahl von Beobachtungen können wir in den Teilperioden keinen signifikanten Effekt des Haushaltsdefizites mehr beobachten. Insgesamt geben die Ergebnisse jedoch einen deutlichen Hinweis auf die große Bedeutung angespannter Landeshaushalte bzw. von Landtagswahlterminen für die Zuführungen an die Pensionsfonds der Länder.

**FAZIT**

In diesem Beitrag haben wir die Vor- und Nachteile, die unterschiedliche Ausgestaltung sowie die Determinanten von Zuführungen der Pensionsfonds der Länder diskutiert. Zwischen den Ländern bestehen spürbare Unterschiede in der

Anlagestrategie sowie im Volumen der Pensionsfonds. Aufgrund der langfristigen Äquivalenz von Umlage- und kapitalgedecktem Verfahren ist keine der unterschiedlichen Strategien a priori vorteilhaft. Politökonomische Argumente der Transparenz und der Selbstbindung mögen für die Einrichtung von Pensionsfonds sprechen. Unabhängig von der gewählten Finanzierungsstrategie sollte aus politökonomischen Gründen jedoch auf Stetigkeit geachtet und es sollten die von uns dokumentierten arbiträren Abweichungen in den Zuführungen in Wahljahren vermieden werden.

**LITERATUR**

- Breyer, F. (1989), On the Intergenerational Pareto Efficiency of Pay-as-you-go Financed Pension Schemes, *Journal of Institutional and Theoretical Economics* 145, S. 643–658.
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2016), Sechster Versorgungsbericht der Bundesregierung, Berlin.
- Deubel, I. (2017), Pensionsfonds der Länder und Schuldenbremse: Linke Tasche, rechte Tasche oder seriöse Vorsorge?, *Wirtschaftsdienst* 97 (7), S. 513–520.
- Drazen, A. und M. Eslava (2010), Electoral Manipulation via Voter-friendly Spending: Theory and Evidence, *Journal of Development Economics* 92 (1), S. 39–52.
- Homburg, S. (1990), The Efficiency of Unfunded Pension Schemes, *Journal of Institutional and Theoretical Economics* 146, S. 640–647.
- Homburg, S. (1991), Interest and Growth in an Economy with Land, *Canadian Journal of Economics* 24, S. 450–459.
- Sinn, H.-W. (2000), Why a Funded System is Useful and Why it is not Useful, *International Tax and Public Finance* 7, S. 389–410.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2017), Finanzen und Steuern, Personal des öffentlichen Dienstes, 2015, Fachserie 14 Reihe 6, erschienen am 23.06.2016, Wiesbaden.

- 1 Nach Statistisches Bundesamt (2016) entfallen mehr als 75 % aller zum 30.06.2015 beschäftigten Beamten in Deutschland auf die Länder (nach Vollzeitäquivalenten).
- 2 Für eine aktuelle Ausnahme siehe Deubel (2017).

- 3 Bereits ab 2003 kam es dann aber zur Aussetzung weiterer Absenkungen des Versorgungsniveaus. Dies war eine direkte Folge des Versorgungsänderungsgesetzes aus dem Jahr 2001. Die dort bestimmte Verminderung des Versorgungshöchstsatzes hätte zusammen mit den Regelungen der Versorgungsrücklagen zu einer Doppelbelastung der Versorgungsempfänger geführt. Dem wurde gesetzlich entgegengewirkt, indem man bei den nächsten acht allgemeinen Anpassungen die Absenkung des Versorgungsniveaus aussetzte. Den Versorgungsrücklagen wurden jedoch weiterhin die bisher schon vorgenommenen Einsparungsbeträge zugeführt und darüber hinaus wurden zusätzlich 50 % der Einsparungen, die durch das Versorgungsänderungsgesetz entstanden waren, ebenfalls zugeführt.
- 4 Die wesentlichen Gründe hierfür waren administrative Erwägungen. Die zwei vormals getrennten Fonds, die jedoch dem gleichen Zweck dienten, sollten zusammengeführt und in Zuge dessen die Rahmenbedingungen zu Zuführungshöhe und Startzeitpunkt der Entnahme vereinheitlicht und teilweise angepasst werden.
- 5 Die Bezugsgröße „Einwohnerzahl“ berücksichtigt die unterschiedliche „Verbeamtungs- und Eingruppierungskultur“, Kohortenstärke und Altersstruktur der Beamtenschaft zwischen den Ländern nur teilweise, vorzugswürdig wären in diesem Sinne z. B. die Summe der diskontierten Pensionslasten der Länder, die jedoch im Rahmen dieses Artikels nicht zur Verfügung stehen.
- 6 Aktuell liegen die Kapitalmarktzinsen eher unter dem Lohnsummenwachstum. Allerdings dürfte diese Umkehrung der Verzinsungen nicht auf Dauer Bestand haben. Denn eine solche Situation würde implizieren, dass endlich verfügbare Vermögensgegenstände wie Grundstücke einen unendlichen Wert haben, was wir aber empirisch nicht beobachten (Homburg 1991).
- 7 Gelegentlich wird das Argument vorgebracht, ein Land würde davon profitieren, dass es selbst niedrige Zinsen bezahlen muss, bei Anlage am Kapitalmarkt aber höhere Zinsen bekomme. Allerdings spiegelt die Zinsdifferenz Risikounterschiede wider. Deutsche Gebietskörperschaften zahlen niedrige Zinsen, weil sie als sichere Kreditgeber gelten. Ein Ausnutzen der Zinsdifferenzen geht also einher mit zusätzlicher Risikoübernahme von einem solchen Spiel mit dem Geld der Steuerzahler abstrahieren wir hier.
- 8 Da die Länder praktisch über keine Einnahmeautonomie verfügen, ist das Budget letztendlich exogen gegeben. Die Länder können lediglich durch implizite Verschuldung in begrenztem Umfang Mittel zwischen Perioden verschieben.
- 9 Abweichungen von früher beschlossenen Einzahlungen in das Pensionssystem sind beispielsweise in Zeiten schwerer Konjunkturkrisen sinnvoll. So ließen sich die nicht antizipierten Einbrüche bei den Einnahmen zumindest zum Teil auch über temporär verringerte Einzahlungen in den Pensionsfonds ausgleichen, um nicht den gesamten Einbruch bei den laufenden Ausgaben auffangen zu müssen.
- 10 Gegebenenfalls können strategische Gründe eine Rolle spielen. Anders als sämtliche andere Bundesländer qualifiziert das Land Rheinland-Pfalz die Zuführungen an den landeseigenen Pensionsfonds als „Investition“, wodurch sich zumindest gemäß der geltenden Schuldenregeln der Landesverfassung der Neuverschuldungsspielraum erhöht. (Diese Schuldenregel wird im Jahr 2020 durch die „Schuldenbremse“ abgelöst.)
- 11 Wir messen das Haushaltsdefizit als Änderung des Schuldenstandes beim nicht-öffentlichen und öffentlichen Bereich.

Für das Projektteam: Wolfgang Nierhaus\*

# Deutschlandprognose 2017/2018: Aufschwung gewinnt an Stärke und Breite<sup>1</sup>

Der Aufschwung, in dem sich die deutsche Wirtschaft seit 2013 befindet, gewinnt an Stärke und Breite. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte um 1,8 % im laufenden Jahr steigen und um 2,0 % im kommenden Jahr. Wie schon in den vergangenen Jahren wird die konjunkturelle Entwicklung von der weiter lebhaften Konsumnachfrage der privaten Haushalte und der regen Bautätigkeit bestimmt. Einen zunehmenden Beitrag zum Aufschwung werden die Exporte leisten, die von den verbesserten Konjunkturaussichten im Euroraum und dem Rest der Welt profitieren. Deshalb dürften auch die bisher eher zur Schwäche tendierende Industrieproduktion und die ebenfalls enttäuschenden Unternehmensinvestitionen anziehen.

## LAGE DER WELTWIRTSCHAFT

Das weltwirtschaftliche Expansionstempo hat sich im zurückliegenden Winterhalbjahr wieder etwas verlangsamt, nachdem es in den vier Quartalen zuvor stets gestiegen war. Allerdings war diese Verlangsamung vor allem temporären Faktoren geschuldet. Insgesamt bleibt die zugrundeliegende konjunkturelle Dynamik in der Welt robust. Der globale Warenhandel verzeichnete im zurückliegenden Winterhalbjahr deutlich kräftigere Zuwächse als in den drei Quartalen zuvor, wo er nahezu stagniert hatte. In den Vereinigten Staaten erfreuen sich die privaten Haushalte eines robusten Beschäftigungsaufbaus, stetig sinkender Kurz- und Langzeitarbeitslosigkeit und solider Reallohnzuwächse, trotz des zuletzt wieder gestiegenen Preisauftriebs. Zudem generieren in der Tendenz steigende Immobilienpreise und Aktienkurse positive Vermögenseffekte, die die Kaufkraft der US-amerikanischen Konsumenten zusätzlich stützen. Auch die privaten Bau- und Ausrüstungsinvestitionen verzeichneten zuletzt robuste Zuwächse. Im Euroraum hat der Aufschwung im Winterhalbjahr sowohl an Kraft als auch an Breite gewonnen. Auch hier profitieren die privaten Haushalte von der langsamen aber stetigen Aufhellung auf dem Arbeitsmarkt sowie von dem Anstieg der Realeinkommen angesichts der niedrigen Inflation in den zurückliegenden zwei Jahren. Zudem wirkt die außerordentlich expansive Geldpolitik der EUROPÄISCHEN ZENTRALBANK (EZB) stützend auf die private Investitionstätigkeit und verleiht den öffentlichen Haushalten zusätzlichen Ausgabenspielraum, der zumeist auch genutzt wird. Die wirtschaftliche Expansion in Japan hat zu Jahresbeginn 2017 ebenfalls etwas an Schwung gewonnen. Hierfür waren vor allem die Nettoexporte verantwortlich, die von der Abwertung des Yen profitierten.

Auch in den großen aufstrebenden Volkswirtschaften ist die konjunkturelle Lage gut. Zwar legte die aggregierte Produktion in China im ersten Quartal 2017 etwas schwächer zu als im Sommerhalbjahr. Allerdings dürfte diese Verlang-

samung nur vorübergehend sein, denn es wird erwartet, dass der Staat weiterhin am anvisierten Wachstumsziel von etwa 6,5 % für dieses Jahr festhalten und durch zahlreiche Infrastruktur- und Ausgabenprogramme die Wirtschaft stützen wird. Kräftige Zuwächse verzeichneten im ersten Quartal auch Indien sowie viele ostasiatische Volkswirtschaften. Insbesondere in dieser Region kam es im Winterhalbjahr zu einem deutlichen Anstieg des Warenhandels. Zudem befinden sich auch Russland und Brasilien wieder auf Expansionskurs. Als Rohstoffexporteure durchliefen beide Länder in den Jahren 2015 und 2016 eine Rezession, die durch den scharfen Rückgang der Preise für Erdöl sowie weiterer Rohstoffe im Herbst 2014 bedingt war.

Dennoch bleibt die weltwirtschaftliche Entwicklung nach wie vor durch zahlreiche Ungewissheiten gekennzeichnet. Zwar sind manche Negativszenarien im Frühjahr nicht eingetreten. So gingen bei den in Frankreich und den Niederlanden abgehaltenen Wahlen die populistischen Parteien, die sich für einen Austritt aus der EU ausgesprochen hatten, als Verlierer hervor. Zudem scheint der im November 2016 gewählte US-Präsident Donald Trump seine Pläne für umfangreiche Revisionen vorhandener Freihandelsabkommen und deutlich mehr Protektionismus vorerst nicht realisieren zu können oder zu wollen. Trotzdem hängen noch immer dichte Wolken am weltwirtschaftlichen Himmel. Zum einen zeichnet sich ab, dass sich die Verhandlungen zwischen der EU und Großbritannien im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Austritt des Landes aus der Union als zäh erweisen könnten. Zum anderen bleibt die künftige politische, fiskalische und handelspolitische Ausrichtung der USA unter Präsident Trump weiter ungewiss. Schließlich bleibt unklar, ob und wann in Italien Neuwahlen abgehalten werden und ob dabei politische Parteien als Sieger hervorgehen, die das Land aus dem Euroraum führen wollen. Diese Ungewissheiten dürften sich dämpfend

\* Dr. Wolfgang Nierhaus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

auf die Investitionsbereitschaft und die Kauflaune in weiten Teilen der Welt auswirken.

In den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften ist die Geldpolitik nach wie vor spürbar stützend ausgerichtet. Dabei wurde ihr Expansionsgrad in den zurückliegenden sechs Monaten in den einzelnen Ökonomien in sehr unterschiedlichem Maße adjustiert, was die Heterogenität hinsichtlich des Preisdrucks sowie der allgemeinen konjunkturellen Lage widerspiegelt. So hat die US-Notenbank (FED) seit Dezember 2016 bereits drei Mal die Leitzinsen um jeweils 0,25 Prozentpunkte angehoben. Hingegen haben die Notenbanken des Euroraums (EZB) und Japans (BANK OF JAPAN) den Leitzins jeweils bei null belassen und die umfangreichen quantitativen Programme zum Ankauf von Wertpapieren fortgesetzt. Die jüngste Beschleunigung des Preisaufrichts im Euroraum ist weitgehend auf temporäre Faktoren – wie den Erdölpreisanstieg zu Jahresbeginn – zurückzuführen. Zwar hat auch der zugrundeliegende Inflationsdruck gemessen an der Kerninflationsrate auf etwas mehr als 1 % zugenommen; allerdings liegt diese Rate noch immer deutlich unterhalb der Zielmarke der EZB von knapp 2 %. Im Prognosezeitraum dürfte die US-Notenbank den Zinsanhebungszyklus, wenngleich moderat, fortsetzen. Die EZB und die BANK OF JAPAN haben signalisiert, dass sie zunächst an ihrer Politik der Quantitativen Lockerung festhalten und von Zinsschritten absehen würden. Allerdings wird in der vorliegenden Prognose unterstellt, dass sich der Aufschwung im Euroraum weiter festigt und deshalb die EZB im kommenden Jahr mit dem Ausstieg aus dem Wertpapierankaufprogramm beginnen wird.

## AUSBLICK FÜR DIE WELTWIRTSCHAFT

Das Tempo der weltwirtschaftlichen Expansion dürfte im Sommerhalbjahr 2017 wieder spürbar anziehen. Darauf deutet die Mehrzahl der konjunkturellen Frühindikatoren hin. So hat sich das ifo Weltwirtschaftsklima im April erneut spürbar auf breiter Front verbessert, nachdem es bereits seit Mitte 2016 kontinuierlich gestiegen war. Auch die Einkaufsmanagerindizes für die großen Industrie- und Schwellenländer lagen im Mai deutlich im Expansionsbereich. Zwar haben die Indikatoren des Unternehmensvertrauens in den USA seit April als die politische Durchsetzung umfangreicher fiskalischer Stimuli zusehends unwahrscheinlich wurde etwas nachgegeben, sie bleiben jedoch nach wie vor hoch, was eine Fortsetzung der gesamtwirtschaftlichen Expansion mit robusten Raten signalisiert.

Auch im Euroraum dürfte die gesamtwirtschaftliche Wirtschaftsleistung im Prognosezeitraum dynamisch zulegen. In den vergangenen Monaten haben sich die Stimmungsindikatoren im Euroraum nochmals deutlich verbessert. Befragungen von Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor deuten auf eine weiterhin hohe Dynamik bei der Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktion hin. Das Verbrauchervertrauen für den Euroraum insgesamt ist auf den höchsten Wert seit Sommer 2007 gestiegen. Auch die politische Unsicherheit, die in Folge des Brexit-Votums und der Wahl Donald Trumps zum neuen US-Präsidenten im vergangenen Jahr sowie im Zusammenhang mit Parlamentswahlen in verschiedenen Mitgliedstaaten in die-

sem Jahr zum Teil deutlich angestiegen war, hat sich seit Jahresanfang kontinuierlich verringert. Stützend wirkt hier, neben der spürbar expansiven Ausrichtung der Geldpolitik, auch die zunehmende Erholung am Arbeitsmarkt, die den Lohndruck verstärken und das Verbrauchervertrauen weiter festigen dürfte. Auch die inzwischen hohe Kapazitätsauslastung dürfte die Unternehmen veranlassen, die Investitionstätigkeit mit robusten Raten auszuweiten. Dennoch leidet der Euroraum nach wie vor unter den massiven strukturellen Schwächen einiger Mitgliedsländer – etwa dem großen Volumen ausfallgefährdeter Kredite in den Bankbilanzen in Italien und Portugal und der geringen Wettbewerbsfähigkeit der französischen und italienischen Volkswirtschaften.

Insgesamt bleibt die Weltwirtschaft auch im Prognosezeitraum auf robustem Expansionskurs. In diesem Jahr dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion in der Welt mit 3,0 % zunehmen. Im kommenden Jahr dürfte die Rate leicht auf 2,9 % zurückgehen, was vor allem der trendmäßigen Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in China geschuldet sein wird. Damit sind diese Zuwachsraten zwar nur etwa halb so hoch wie in den Jahren vor der globalen Finanzkrise. Dennoch sind die konjunkturellen Aussichten heute günstiger als noch vor einem halben Jahr. Im Vergleich zur Winterprognose 2016 wurden die Wachstumsraten nahezu aller Regionen für dieses und für kommendes Jahr um durchschnittlich 0,2 Prozentpunkte nach oben revidiert. Auch der Zuwachs des Weltwarenhandels dürfte kräftiger ausfallen als noch vor einem halben Jahr prognostiziert. Er wird im Jahr 2017 preisbereinigt voraussichtlich um 4,9 % und im kommenden Jahr um 4,0 % expandieren. Mit diesen Zuwachsraten, die mehr als doppelt so hoch wie im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre ausfallen, wird der Welthandel wieder zu einem wichtigen Treiber der internationalen Konjunktur werden.

## RISIKEN

In der vorliegenden Prognose wird unterstellt, dass die Brexit-Verhandlungen zwischen Großbritannien und der EU ohne nennenswerte Verwerfungen verlaufen und sich frühzeitig ein Austritt abzeichnet, bei dem es zu keinen signifikanten Beeinträchtigungen der gegenwärtig bestehenden wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen der EU und Großbritannien kommt. Im Frühjahr 2017 wurden die Verhandlungen zwischen der EU und Großbritannien hinsichtlich der künftigen Ausgestaltung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen offiziell aufgenommen. Der formale Austritt soll im März 2019 erfolgen. Allerdings besteht noch keinerlei Klarheit darüber, wie ein neues Abkommen aussehen könnte. Sollte etwa die getroffene Einigung den Aufbau neuer Schranken für den Güterhandel und den Kapitalverkehr vorsehen, so gäbe es spürbare negative Folgen für das mittelfristige Wirtschaftswachstum in Europa sowie (wenngleich in geringerem Maße) in anderen Regionen der Welt. Aber auch bereits im Prognosezeitraum könnte es zu Belastungen für die Investitionstätigkeit in Großbritannien und in der EU kommen, gerade wenn die Verhandlungen durch eine mangelnde Kooperationsbereitschaft beider Parteien gekennzeichnet sind und dadurch die Wahrscheinlichkeit für ein wirtschaftlich unvorteilhaftes Austrittsszenario („harter Brexit“) zunimmt.

Auch wird in dieser Prognose angenommen, dass die US-Regierung die bereits geltenden Freihandelsabkommen im Prognosezeitraum nicht nennenswert revidiert. Da noch keine konkreteren Pläne oder gar Beschlüsse vorliegen, wird unterstellt, dass die finanzpolitische Ausrichtung der USA im Prognosezeitraum unverändert bleibt. Allerdings ist die künftige wirtschafts-, außen- und sicherheitspolitische Ausrichtung der USA seit den Präsidentschaftswahlen im November 2016 mit großer Ungewissheit behaftet und stellt daher eine Quelle positiver wie negativer Risiken für die weltwirtschaftliche Entwicklung in den kommenden Jahren dar. So hat der neu gewählte Präsident während des Wahlkampfes für eine starke Ausweitung der staatlichen Infrastrukturinvestitionen in Verbindung mit Unternehmenssteuersenkungen, einer merklich protektionistischeren Außenhandelspolitik und einem deutlichen Abbau des internationalen sicherheitspolitischen Engagements seines Landes geworben. Ob, in welchem Umfang und wann diese Vorhaben umgesetzt werden können, ist noch völlig ungewiss. Die Implementierung massiver schuldenfinanzierter fiskalischer Stimuli erscheint derzeit, angesichts der Sitzverhältnisse in beiden Parlamentskammern, eher unwahrscheinlich. Sollte dennoch eine kräftige Erhöhung des finanzpolitischen Expansionsgrades durchgeführt werden, würde dies die Konjunktur in den USA und dem Rest der Welt signifikant ankurbeln. Mittelfristig könnten gerade umfangreiche Senkungen der Unternehmenssteuern die relative Wettbewerbsfähigkeit der USA zulasten anderer Regionen erhöhen. Negative Risiken für die Weltwirtschaft gehen von einem eventuellen Übergang der USA zu mehr Protektionismus in der Handelspolitik aus. Dies würde den Welthandel belasten und das Potenzial für technologische Spill-Overs in weiten Teilen der Welt reduzieren. Schließlich könnte eine starke Reduktion der sicherheitspolitischen Beteiligung der USA innerhalb der NATO oder bei internationalen Krisen und Konflikten die politische Unsicherheit in vielen Ländern zunehmen lassen und die Investitionstätigkeit dort spürbar dämpfen.

Die konjunkturelle Entwicklung im Euroraum könnte durch nach wie vor nur zögerlich umgesetzte Struktur-reformen in einer Reihe von Mitgliedstaaten doch stärker gebremst werden, als hier unterstellt. Zwar bessert sich die Situation in einigen Ländern allmählich. Allerdings sind die Arbeitsmärkte vielerorts durch hohe strukturelle Erwerbslosenquoten gekennzeichnet und behindern damit ein stärkeres Wachstum. Auch die Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit kommt in einigen ehemaligen Krisenländern, insbesondere Italien, nur schleppend voran. Zudem leiden die Bankbilanzen vor allem in Italien weiterhin unter einem hohen Volumen ausfallgefährdeter Kredite. Einige italienische Banken stehen deshalb vor enormen Solvenzproblemen, deren nachhaltige Lösung noch nicht in Sicht ist und die deshalb ein bedeutendes Risiko für die Finanzstabilität im Euroraum insgesamt darstellen.

### AUSBLICK FÜR DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT

Der Aufschwung, in dem sich die deutsche Wirtschaft seit nunmehr 2013 befindet, gewann zu Beginn dieses Jahres deutlich an Stärke. Nach eher verhaltenen Zuwächsen des

preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts in der zweiten Jahreshälfte 2016 fiel das erste Quartal des laufenden Jahres mit 0,6 % spürbar kräftiger aus. Zu dieser Beschleunigung hat vor allem die Industrie beigetragen. Dort hat sich die Stimmung seit Jahresanfang deutlich verbessert, nachdem sie sich in den Jahren zuvor mehr oder weniger seitwärts bewegt hat. Die Produktion weitete sich vier Monate in Folge aus; gleichzeitig stiegen die Unternehmensinvestitionen und die Exporte. Die Produktionskapazitäten sind mittlerweile überdurchschnittlich ausgelastet.

Bislang war der Aufschwung im Wesentlichen durch binnenwirtschaftliche Kräfte getrieben. Der starke Beschäftigungsaufbau erhöhte die verfügbaren Einkommen und stimulierte die private Konsumnachfrage und damit die Umsatzentwicklung im Einzelhandel. Die Flüchtlingszuwanderung ließ die Konsumausgaben des Staates kräftig expandieren. Die Niedrigzinspolitik der EZB schließlich stimulierte die Nachfrage nach Bauinvestitionen und damit die Bauproduktion. Insgesamt nahm die gesamtwirtschaftliche Produktion mit Raten zu, die nur geringfügig über der Potenzialrate lagen, sodass die Kapazitätsauslastung nur allmählich stieg. Allzu dynamische Lohn- und Preisanstiege blieben aus, der Aufschwung war moderat.

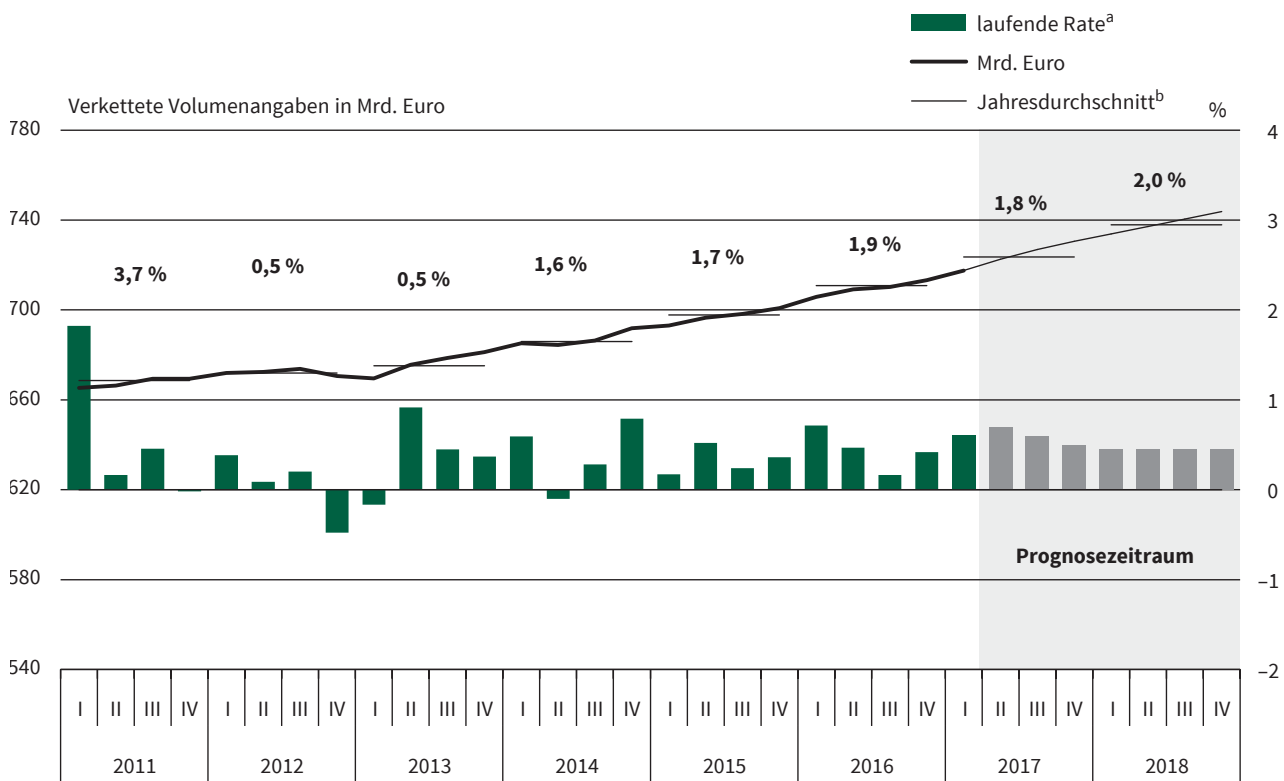
Damit entsprach dieser Aufschwung allerdings nicht dem Muster, das typischerweise in Deutschland beobachtet werden konnte. Früher war meist die Industrie der sog. Zyklusmacher. Der Impuls kam aus dem Ausland, die Exporte deutscher Unternehmen zogen an, zur Kapazitätserweiterung stiegen die Investitionen, die Produktion wurde ausgeweitet und über Einkommenssteigerungen profitierten schließlich auch die privaten Haushalte. Dem aktuellen Aufschwung fehlt bislang genau dieser Impuls. Im Vergleich zu früheren Aufschwüngen weiten sich Exporte und Industrieproduktion nur sehr verhalten aus.

Möglicherweise trugen das Ausbleiben dieses Impulses und die vorwiegend binnenwirtschaftlichen Triebkräfte auch dazu bei, dass der derzeitige Aufschwung in Deutschland außergewöhnlich stabil verläuft. Jedenfalls befindet sich die Schwankungsbreite der Vorquartalsveränderungsraten des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts mit derzeit  $\pm 1/4$  Prozentpunkt auf einem historischen Tiefstand. Selbst in der Phase der sog. Großen Moderation, die Mitte der 1980er einsetzte und mit der Großen Rezession Ende der 2000er ein jähes Ende fand, war die Stabilität der konjunkturellen Entwicklung nicht so ausgeprägt.

Im Prognosezeitraum wird sich der Aufschwung in Deutschland fortsetzen. Getragen wird die Expansion der Wirtschaft nicht nur von der weiter lebhaften Konsumnachfrage der privaten Haushalte und den Bauinvestitionen, sondern nun auch von den Exporten, in deren Gefolge die bisher eher zur Schwäche tendierende Industriekonjunktur und die ebenfalls enttäuschenden Unternehmensinvestitionen anziehen dürften. Der bisher binnenwirtschaftlich getragene Aufschwung gewinnt daher an Stärke und Breite.

Im Jahresdurchschnitt 2017 dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion um 1,8 % expandieren und damit in einem geringfügig langsameren Tempo als im vergangenen Jahr (vgl. Abb. 1). Im Jahr 2018 dürfte die jahresdurchschnittliche Rate des realen Bruttoinlandsprodukts bei 2,0 % liegen,

**Abb. 1**  
**Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland (saison- und kalenderbereinigter Verlauf)**



- a) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
- b) Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

wobei für das höhere Wachstumstempo ein größerer Überhang aus diesem Jahr maßgeblich sein dürfte. Im Vergleich zur ifo Konjunkturprognose vom Dezember 2016 wurden damit die Zuwachsraten des realen Bruttoinlandsprodukts für die Jahre 2017 und 2018 um 0,3 Prozentpunkte angehoben. Kalenderbereinigt, d. h. unter Berücksichtigung der von Jahr zu Jahr unterschiedlichen Zahl von Arbeitstagen, nimmt die gesamtwirtschaftliche Produktion in diesem Jahr um 2,1 % zu und im kommenden Jahr um 2,0 %. Damit steigt das reale Bruttoinlandsprodukt in beiden Jahren schneller als das Produktionspotenzial, das mit einer durchschnittlichen Rate von 1¾ % wächst. Die Produktionslücke, die den Abstand der gesamtwirtschaftlichen Produktion vom Produktionspotenzial misst und die sich bereits seit 2015 im Bereich der Überauslastung befindet, wird bis 2018 weiter auf 0,8 % zunehmen.

Die Prognoseunsicherheit lässt sich anhand von Intervallen angeben, die die unbekannte Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts mit vorgegebenen Wahrscheinlichkeiten einschließen. Zur Berechnung der konkreten Intervalle für die Jahre 2017/18 wurden die Prognosefehler des IFO INSTITUTS der Jahre 1992 bis 2016 herangezogen. Gemessen an diesen Prognosefehlern beträgt die Spanne für ein Prognoseintervall, das die Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2017 mit einer Wahrscheinlichkeit von etwa zwei Dritteln (68 %) überdeckt, ±0,6 Prozentpunkte.

Bei der vorliegenden Punktprognose von 1,8 % reicht das Intervall also von 1,2 % bis 2,4 %. Die Punktprognose von 1,8 % stellt den mittleren Wert dar, der am ehesten erwartet werden kann. Für das Jahr 2018 nimmt die Prognoseunsicherheit naturgemäß zu, sodass sich das entsprechende Prognoseintervall auf ±1,9 Prozentpunkte vergrößert. Bei der vorliegenden Punktprognose von 2,0 % reicht das 68%-Prognoseintervall dann von 0,1 % bis 3,9 %.

Bei alledem bleiben die Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt gut, jedoch wird sich die derzeit schwungvolle Zunahme der Beschäftigung im Prognosezeitraum abschwächen. Im Durchschnitt des Jahres 2017 steigt die Zahl der Erwerbstätigen um 590 000, im Jahr 2018 um 385 000. Die Zahl der Arbeitslosen sinkt im Durchschnitt des Jahres 2017 um rund 155 000. Im Jahr 2018 dürfte die Arbeitslosigkeit um weitere 100 000 Personen zurückgehen. Die Arbeitslosenquote sinkt von 6,1 % im Jahr 2016 auf 5,7 % in diesem Jahr und voraussichtlich auf 5,5 % im nächsten Jahr (vgl. Tab. 1).

Die Verbraucherpreise (gemessen am VPI) dürften im Jahresdurchschnitt 2017 um 1,7 % steigen, nach einer Rate von 0,5 % im abgelaufenen Jahr. Erstmals seit drei Jahren geht von Energieträgern kein negativer Inflationsbeitrag mehr aus. Im kommenden Jahr wird sich der Verbraucherpreisindex um 1,6 % erhöhen. Die Kernrate (VPI ohne Energieträger) wird voraussichtlich von 1,5 % in diesem Jahr auf 1,6 % im nächsten Jahr steigen.

**Tab. 1**  
**Eckdaten der Prognose für Deutschland**

	2015	2016	2017	2018
<b>Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr<sup>a</sup></b>				
Private Konsumausgaben	2,0	2,1	1,2	1,6
Konsumausgaben des Staates	2,7	4,0	1,4	1,1
Bruttoanlageinvestitionen	1,7	2,2	2,3	3,2
Ausrüstungen	3,7	1,1	1,0	3,8
Bauten	0,3	2,8	3,0	3,1
Sonstige Anlagen	1,9	2,6	2,5	2,4
Inländische Verwendung	1,6	2,3	1,6	2,0
Exporte	5,2	2,7	4,4	4,5
Importe	5,5	3,8	4,5	4,9
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	1,7	1,9	1,8	2,0
Erwerbstätige <sup>b</sup> (in 1 000 Personen)	43 057	43 595	44 186	44 571
Arbeitslose (in 1 000 Personen)	2 795	2 691	2 537	2 437
Arbeitslosenquote BA <sup>c</sup> (in %)	6,4	6,1	5,7	5,5
Verbraucherpreise <sup>d</sup> (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	0,3	0,5	1,7	1,6
Lohnstückkosten <sup>e</sup> (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,5	1,6	2,0	1,6
Finanzierungssaldo des Staates <sup>f</sup> in Mrd. Euro				
in Mrd. Euro	20,9	26,4	19,1	22,9
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	0,7	0,8	0,6	0,7
Leistungsbilanzsaldo				
in Mrd. Euro	260,0	261,2	265,0	279,0
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	8,6	8,3	8,2	8,3

a) Preisbereinigte Angaben. – b) Inlandskonzept. – c) Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit) – d) Verbraucherpreisindex (2010 = 100) – e) Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde – f) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank; 2017 und 2018: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

## ZUR FINANZPOLITIK

Die Finanzpolitik ist in diesem Jahr leicht expansiv ausgerichtet, im kommenden Jahr dürfte sie konjunkturalneutral sein. Der gesamtstaatliche Finanzierungsüberschuss wird in diesem Jahr voraussichtlich bei 0,6 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts liegen, im kommenden Jahr könnte er sich leicht auf 0,7 % erhöhen. Der strukturelle Finanzierungssaldo ist seit dem Jahr 2014 positiv und wird von 0,6 % im vergangenen Jahr auf 0,3 % in 2017 und 0,2 % in 2018 zurückgehen. Die staatliche Schuldenquote wird in diesem Jahr bei 66 % liegen und im nächsten Jahr bei 63 %.

Die strukturellen Haushaltsüberschüsse eröffnen gewisse budgetäre Handlungsspielräume. Eine wachstumsfreundliche Politik würde die Steuer- und Abgabenbelastung der Arbeitnehmer senken und/oder die Ausgaben für Investitionen in Sach- und insbesondere Humankapital erhöhen, um das Produktionspotenzial zu steigern. Welcher Weg gewählt wird, ist letztlich eine politische Entscheidung. Auf keinen Fall sollten derzeit konsumtive Staatsausgaben erhöht werden, die die Konjunktur stimulieren. Da die deutsche Volkswirt-

schaft sich in einem kräftigen Aufschwung befindet und das Produktionspotenzial stärker als normal ausgelastet ist, wäre ein weiterer fiskalischer Stimulus kontraproduktiv. Es geht derzeit eher um strukturelle, also langfristige Veränderungen von staatlichen Ausgaben oder Einnahmen. Derartige langfristige Änderungen können im Volumen über die strukturellen Haushaltsüberschüsse hinausgehen, müssen dann aber durch Gegenfinanzierungsmaßnahmen gedeckt sein.

Im Bereich der Senkung der staatlichen Einnahmen werden derzeit Entlastungen bei der Einkommensteuer oder bei den Sozialversicherungsbeiträgen diskutiert. Die Debatte um den Mittelstandsbauch und die kalte Progression sprechen für Einkommensteuerentlastungen. Alternativ könnte man bei den Sozialabgaben ansetzen. Das würde Entlastungen stärker bei niedrigen und mittleren Einkommen konzentrieren. Allerdings ist zu bedenken, dass den Sozialabgaben bestimmte Leistungen gegenüberstehen und dieser Zusammenhang geschwächt wird, wenn aufgrund steigender Steuereinnahmen Sozialversicherungsbeiträge gesenkt werden. Außerdem werden Selbständige und Beamte von der Entlastung ausgeschlossen.



Als Argument für mehr Staatsausgaben wird neben den aktuellen Überschüssen im Staatshaushalt der hohe Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands angeführt. Die ohnehin schon sehr starke deutsche Konjunktur noch weiter durch Staatskonsum zu stimulieren, wäre der falsche Weg. Öffentliche Investitionen zu steigern, hätte den Vorteil, dass das Produktionspotenzial zunimmt. Aktuell sind jedoch nicht fehlende Mittel, sondern andere Hindernisse, vor allem langwierige Planungsverfahren das wichtigste Hindernis. Wichtiger wäre es derzeit, Investitionshemmnisse im privaten Bereich zu reduzieren – etwa im Energie- oder Dienstleistungssektor. Hohe Bürokratiekosten und ein hohes Maß an Regulierung bei gleichzeitig hohen Produktionskosten und wachsenden Steuerlasten auf Investitionen, insbesondere durch die Gewerbesteuer, schwächen das inländische Produktionspotenzial und tragen dazu bei, dass Investitionen eher im Ausland stattfinden, sodass der Leistungsbilanzüberschuss in die Höhe getrieben wird. Hier herrscht schon lange Reformbedarf.

## ZUR GELDPOLITIK

Da sich die konjunkturelle Lage im Euroraum in den kommenden Monaten weiter verbessern dürfte und deshalb mit einem allmählichen Anziehen der Inflation zu rechnen ist, ist die Einleitung eines Tapering-Prozesses mit dem Ende der

derzeitigen Wertpapierkäufe Ende 2017 dringend geboten.<sup>2</sup> Dies gilt insbesondere, da erst das Wertpapierankaufprogramm beendet sein muss, bevor die Zentralbank erste Leitzinsanhebungen vornehmen kann, um die ohnehin angespannte Gewinnsituation einiger Banken nicht zusätzlich zu belasten. Beim Tapering-Prozess sollte die EZB dem Vorgehen der FED folgen und schrittweise über eine Verringerung des Ankaufvolumens entscheiden. Zwar sollten bei jeder Entscheidung weitere zukünftige Drosselungen in Aussicht gestellt werden, um die Erwartungshaltungen der privaten Marktteilnehmer und damit auch die längerfristigen Zinsen zu steuern. Allerdings sollten diese von einer fortgesetzten Verbesserung der konjunkturellen Lage abhängig gemacht werden. Bei vorab festgelegten Zeitpunkten und Umfängen weiterer Drosselungen würde sich die EZB der Gefahr aussetzen, im Falle überraschend schlechterer konjunktureller Entwicklungen von ihrem angekündigten Plan abweichen zu müssen und somit gewonnenes Vertrauen und Glaubwürdigkeit zu verspielen.

- 
- 1 Gekürzte Fassung der ifo Konjunkturprognose vom Juni 2017. Vgl. T. Wollmershäuser et. al. (2017), ifo Konjunkturprognose 2017/2018: Deutsche Wirtschaft stark und stabil, in: ifo Schnelldienst, 12/2017, 70. Jg., S. 30–83.
  - 2 Der Prozess des allmählichen Ausschleichens von quantitativen geldpolitischen Maßnahmen wird im Englischen als „Tapering“ bezeichnet.

Jannik A. Nauerth, Joachim Ragnitz und Michael Weber\*

# ifo Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2017/2018: Ostdeutsche Wirtschaft bleibt auf kräftigem Wachstumskurs

Die Wirtschaft in Ostdeutschland und Sachsen dürfte in den Jahren 2017 und 2018 kräftig expandieren. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt wird in Ostdeutschland im laufenden und im kommenden Jahr voraussichtlich um jeweils 1,8 % zulegen. In Sachsen dürfte sich die Wirtschaft mit Zuwachsraten von 1,9 % bzw. 2,0 % etwas dynamischer entwickeln. Positive Impulse kommen von den binnenwirtschaftlichen Kräften sowie zunehmend vom Auslandsgeschäft. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte im Prognosezeitraum ebenfalls weiter zunehmen. In Ostdeutschland dürfte die Erwerbstätigkeit im laufenden Jahr um 0,9 % und im kommenden Jahr um 0,7 % zulegen, in Sachsen um 0,7 % bzw. 0,5 %.

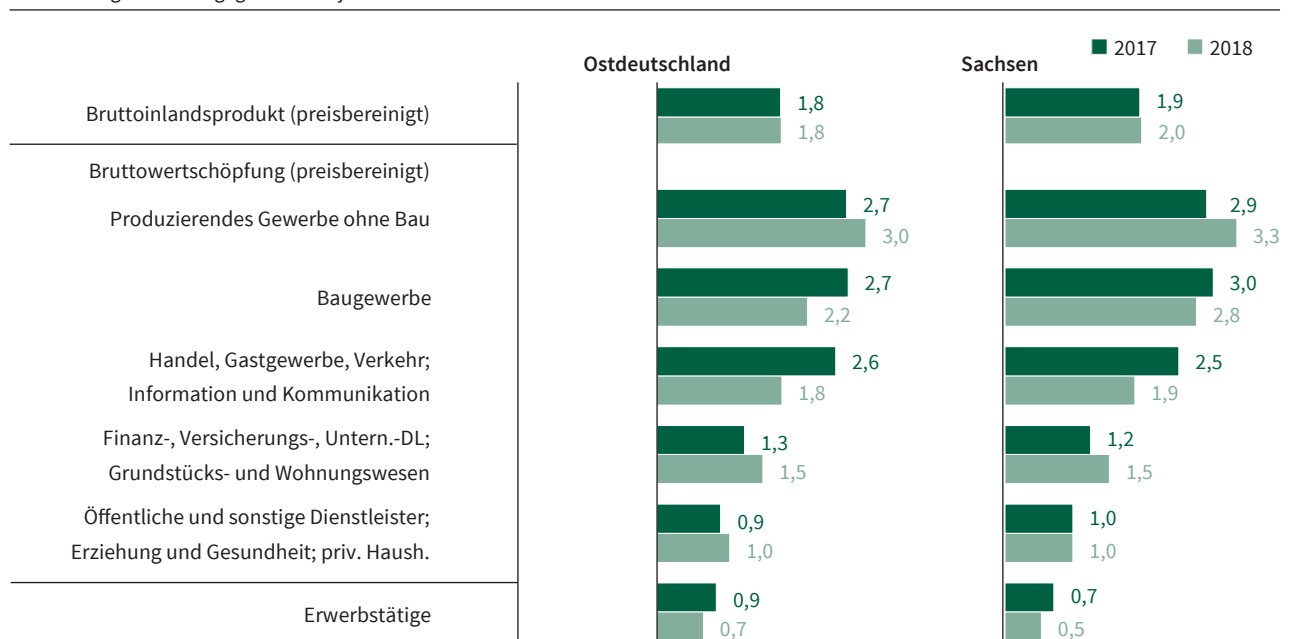
## EINLEITUNG

Die Wirtschaft in Ostdeutschland und Sachsen befindet sich auf einem stabilen Wachstumskurs. In diesem und im kommenden Jahr dürfte das Bruttoinlandsprodukt in der ostdeutschen Wirtschaft preisbereinigt um jeweils 1,8 % expandieren (vgl. Abb. 1). In Sachsen wird sich die Wirtschaft mit Zuwachsraten von 1,9 % im Jahr 2017 und 2,0 % im Jahr 2018 wahrscheinlich noch etwas dynamischer entwickeln. Neben den binnenwirtschaftlichen Kräften dürfte das Auslandsgeschäft im Prognosezeitraum zusätzliche Impulse für die Wirtschaft in Ostdeutschland und Sachsen liefern. Dies sind die zentralen Ergebnisse der ifo Konjunkturprognose für Ostdeutschland und Sachsen vom 22. Juni 2017.

Dieser Beitrag stellt die Prognose im Detail vor. Er beginnt mit einem kurzen Überblick zur Lage der Wirtschaft bis zum ersten Quartal 2017 und beleuchtet anschließend die Annahmen der Prognose sowie die gesamtwirtschaftliche Entwicklung bis Ende des Jahres 2018. Abschließend wird die Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe und in ausgewählten Dienstleistungsbereichen genauer diskutiert.

\* Jannik A. Nauerth ist Doktorand, Prof. Dr. Joachim Ragnitz ist stellvertretender Geschäftsführer und Dr. Michael Weber ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Niederlassung Dresden des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

**Abb. 1**  
Eckdaten der ifo Konjunkturprognose für Ostdeutschland und Sachsen  
Veränderung in Prozent gegenüber Vorjahr



Quelle: ifo Institut, Prognose vom Juni 2017.

© ifo Institut

**WIRTSCHAFTLICHE LAGE IM ÜBERBLICK**

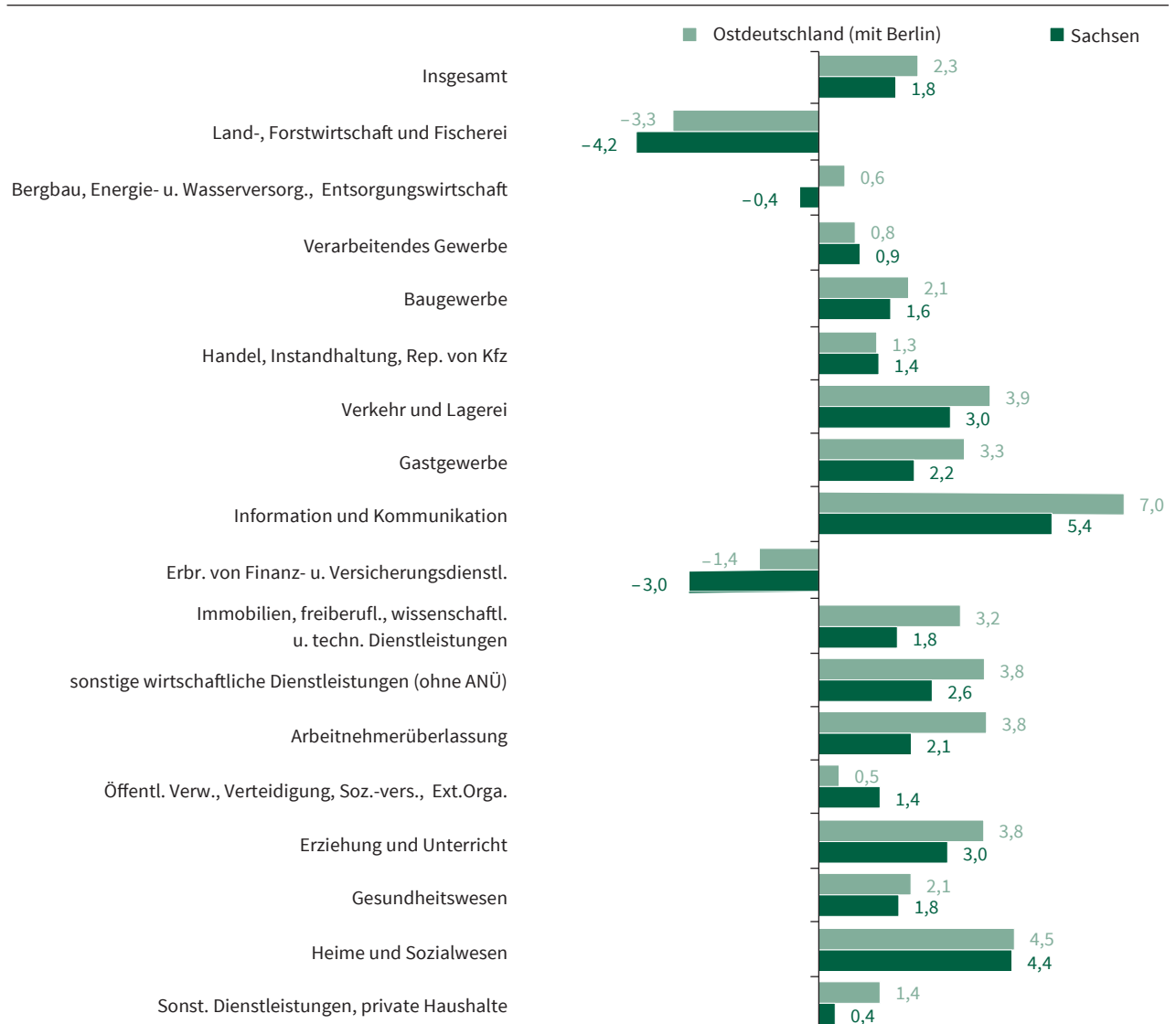
Ostdeutschland und Sachsen befinden sich in einem robusten Aufschwung. Im Jahr 2016 expandierte die gesamtwirtschaftliche Wirtschaftsleistung nach vorläufigen Angaben des ARBEITSKREISES VOLKWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN (VGR) DER LÄNDER (2017) mit 2,1 % bzw. 2,7 %. Beide Regionen wuchsen damit das dritte Jahr in Folge spürbar kräftiger als Deutschland insgesamt (1,9%). Dabei profitierten Ostdeutschland und Sachsen auf Grund ihrer weniger exportorientierten Wirtschaftsstruktur davon, dass auch im vergangenen Jahr die binnenwirtschaftlichen Kräfte – privater Konsum und Bauinvestitionen – die maßgeblichen Wachstumstreiber waren.

Zuletzt nahm der Welthandel jedoch deutlich Fahrt auf. Die rohstoffexportierenden Länder Russland und Brasilien, die durch den scharfen Rückgang der Preise für Erdöl sowie weiterer Rohstoffe in den Jahren 2015 und 2016 eine Rezession durchliefen, befinden sich wieder auf Wachstumskurs. In den USA hat sich das Expansionstempo seit Sommer, im Euroraum seit An-

fang 2016 kontinuierlich beschleunigt. Hier profitieren die privaten Haushalte von der langsamen aber stetigen Aufhellung auf dem Arbeitsmarkt, während zugleich die außerordentlich expansive Geldpolitik der EUROPÄISCHEN ZENTRALBANK (EZB) stützend auf die private Investitionstätigkeit wirkt und den öffentlichen Haushalten zusätzlichen Ausgabenspielraum verleiht, der zumeist auch genutzt wird. Noch in der Ratssitzung im Juni 2017 bestätigte die EZB ihren expansiven geldpolitischen Kurs.

Getrieben durch die weltwirtschaftliche Dynamik zogen auch die deutschen Exporte im Winterhalbjahr an. Da die Produktionskapazitäten mittlerweile überdurchschnittlich ausgelastet sind, steigen zudem auch die Unternehmensinvestitionen. Bei alledem entwickelt sich der Arbeitsmarkt robust. Im ersten Quartal 2017 waren nach vorläufigen Angaben der Statistik der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (2017) in Deutschland 730 000 Personen (2,4%), in Ostdeutschland 131 000 Personen (2,3 %) und in Sachsen 27 000 Personen (1,8%) mehr sozialversicherungspflichtig beschäftigt als im Vorjahresquartal (vgl. Abb. 2).

**Abb. 2**  
**Wachstumsrate der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Ostdeutschland und Sachsen**  
 Januar bis März 2017 gegenüber dem Vorjahreszeitraum in Prozent



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Berechnung und Darstellung des ifo Instituts.

## ANNAHMEN DER PROGNOSE

Die ifo Konjunkturprognose für Sachsen und Ostdeutschland ist auf die Ergebnisse der ifo Konjunkturprognose für Deutschland vom 20. Juni 2017 abgestimmt. In seiner Prognose unterstellt das IFO INSTITUT, dass ein Barrel Rohöl der Sorte Brent in diesem Jahr durchschnittlich 50,2 US-Dollar und im kommenden Jahr 51,3 US-Dollar kostet. Der Wechselkurs zwischen Euro und US-Dollar beträgt in diesem Jahr 1,10. Im kommenden Jahr beläuft sich das Tauschverhältnis auf 1,12.

Die weltwirtschaftliche Entwicklung bleibt im Prognosezeitraum durch zahlreiche Ungewissheiten gekennzeichnet. Zum einen zeichnet sich ab, dass sich die Verhandlungen zwischen der Europäischen Union (EU) und Großbritannien im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Austritt des Landes aus der EU („Brexit“) als zäh erweisen könnten. Zum anderen bleibt die künftige politische, fiskalische und handelspolitische Ausrichtung der USA unter Präsident Trump weiter ungewiss. Schließlich bleibt unklar, ob und wann in Italien Neuwahlen abgehalten werden und ob dabei politische Parteien als Sieger hervorgehen, die das Land aus dem Euroraum führen wollen. Diese Ungewissheiten dürften sich dämpfend auf die Investitionsbereitschaft und die Kaufkraft in weiten Teilen der Welt auswirken.

In der Prognose wird unterstellt, dass die Brexit-Verhandlungen zwischen Großbritannien und der EU ohne nennenswerte Verwerfungen verlaufen und sich frühzeitig ein Austritt abzeichnet, bei dem es zu keinen signifikanten Beeinträchtigungen der gegenwärtig bestehenden wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen der EU und Großbritannien kommt. Sollten die Verhandlungen dagegen durch eine mangelnde Kooperationsbereitschaft beider Parteien gekennzeichnet sein und dadurch die Wahrscheinlichkeit für ein wirtschaftlich unvorteilhaftes Austrittsszenario („harter Brexit“) zunehmen, könnte es zu zusätzlichen Belastungen für die Investitionstätigkeit insbesondere in Großbritannien, aber auch in den übrigen EU-Mitgliedsländern kommen.

Auch wird in dieser Prognose angenommen, dass in den Vereinigten Staaten die finanzpolitische Ausrichtung im Prognosezeitraum unverändert neutral bleibt und die US-Regierung die bereits geltenden Freihandelsabkommen nicht nennenswert revidiert. Sollte der finanzpolitische Expansionsgrad schuldenfinanziert kräftig erhöht werden, was jedoch angesichts der Mehrheitsverhältnisse in beiden Parlamentskammern eher unwahrscheinlich ist, würde dies die Konjunktur in den USA und dem Rest der Welt signifikant ankurbeln. Ein Übergang der USA zu mehr Protektionismus würde hingegen den Welthandel belasten. Schließlich könnte eine starke Reduktion der sicherheitspolitischen Beteiligung der USA die politische Unsicherheit in vielen Ländern zunehmen lassen und die Investitionstätigkeit dort spürbar dämpfen.

## AUSBLICK

Unter den Annahmen dieser Prognose dürfte das Tempo der weltwirtschaftlichen Expansion im Prognosezeitraum zunächst spürbar anziehen, ab kommendem Herbst voraussichtlich tendenziell aber wieder abnehmen. Verantwortlich

dafür werden vor allem die trendmäßige Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in China und die restriktiver werdende Finanzpolitik in Japan sein. Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion in der Welt in diesem Jahr mit 3,0 % zunehmen; im kommenden Jahr dürfte die Rate leicht auf 2,9 % zurückgehen. Der Welthandel dürfte dabei deutlich zulegen. Mit Zuwachsraten, die mehr als doppelt so hoch wie im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre ausfallen, wird er wieder zu einem wichtigen Treiber der internationalen Konjunktur werden.

Auch im Euroraum dürfte die gesamtwirtschaftliche Wirtschaftsleistung dynamisch zulegen. Stützend wirkt hier, neben der spürbar expansiven Ausrichtung der Geldpolitik, auch die weiterhin zunehmende Erholung am Arbeitsmarkt. Auch die inzwischen hohe Kapazitätsauslastung dürfte die Unternehmen veranlassen, die Investitionstätigkeit mit robusten Raten auszuweiten. Da sich der Aufschwung im Euroraum weiter festigen dürfte, wird in der vorliegenden Prognose unterstellt, dass die EZB im kommenden Jahr mit dem Ausstieg aus dem Wertpapierankaufprogramm beginnen wird. Damit bleiben die Finanzierungsbedingungen im Euroraum kurz- und mittelfristig aber weiterhin sehr günstig, wenn auch die Kapitalmarktzinsen im Prognosezeitraum allmählich wieder steigen dürften.

In Großbritannien dürften die wirtschaftspolitischen Ungewissheiten im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Austritt aus der EU die Investitions- und Ausgabenbereitschaft der privaten Wirtschaftsakteure eintrüben und somit das Expansionstempo etwas dämpfen. Die BANK OF ENGLAND dürfte ihre Geldpolitik, die sie nach dem Brexit-Referendum im Sommer 2016 gelockert hat, vor diesem Hintergrund vorerst nicht wieder straffen.

Bei alledem wird sich auch in Deutschland der Aufschwung fortsetzen. Getragen wird die Expansion der Wirtschaft nicht mehr nur von der weiter lebhaften Konsumnachfrage der privaten Haushalte und den Bauinvestitionen, sondern nun auch von den Exporten, in deren Gefolge die bisher eher zur Schwäche tendierende Industriekonjunktur und die bislang ebenfalls verhaltenen Unternehmensinvestitionen anziehen dürften. Die stärksten Impulse auf die Auslandsnachfrage nach deutschen Gütern dürften weiterhin aus dem Euroraum, aber auch aus Asien kommen. Die nach wie vor überdurchschnittlich hohe Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe dürfte sich in Verbindung mit den anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen stimulierend auf die heimische Investitionsnachfrage auswirken. Der bisher binnenwirtschaftlich getragene Aufschwung gewinnt daher an Stärke und Breite. Die Finanzpolitik dürfte in diesem Jahr leicht expansiv ausgerichtet, im kommenden Jahr dürfte sie konjunkturneutral sein. Durch die Bundestagswahl im Herbst 2017 ist die Einschätzung der Finanzpolitik für das Jahr 2018 aber mit einer gewissen Unsicherheit behaftet.

Insgesamt dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion Deutschlands im Jahr 2017 um 1,8 % und im Jahr 2018 um 2,0 % expandieren (vgl. Nierhaus 2017a). Dabei wird die Wachstumsrate im Jahr 2017 durch die geringere Zahl von Arbeitstagen gedämpft; unter anderem ist der 31. Oktober 2017 (Reformationstag) einmalig ein bundeseinheitlicher Feiertag.

In Ostdeutschland wird die Wirtschaftsleistung in diesem und im kommenden Jahr voraussichtlich um jeweils 1,8 % expandieren. Positiv schlagen im laufenden Jahr unter anderem die Veranstaltungen zum 500-jährigen Jubiläum der Reformation zu Buche, im kommenden Jahr lässt dann aber die geringere Beteiligung der ostdeutschen Wirtschaft am Welthandel die gesamtwirtschaftliche Expansion gegenüber dem Bundesdurchschnitt zurückfallen.

Der Freistaat Sachsen dürfte mit Zuwachsraten von 1,9 % im Jahr 2017 und 2,0 % im Jahr 2018 geringfügig stärker expandieren als die ostdeutschen Bundesländer insgesamt. Dies ist unter anderem der etwas stärker exportorientierten Industrie in Sachsen sowie einer höheren Dynamik im Wohnungs- und Wirtschaftsbau geschuldet.

Bei alledem bleiben die Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt gut, jedoch wird sich die derzeit schwungvolle Zunahme der Beschäftigung im Prognosezeitraum abschwächen. In Ostdeutschland dürfte die Zahl der Erwerbstätigen im laufenden Jahr um 67 000 Personen (0,9 %) und im kommenden Jahr um 53 000 Personen (0,7 %) zunehmen. In Sachsen erwartet das IFO INSTITUT ein Plus von 14 000 Erwerbstätigen (0,7 %) im Jahr 2017 und von 11 000 Erwerbstätigen (0,5 %) im Jahr 2018. Dabei haben Ostdeutschland und Sachsen mehr noch als die westdeutschen Bundesländer mit dem demografisch bedingten Rückgang des heimischen Erwerbspersonenpotenzials zu kämpfen. Bereits jetzt geht die Hälfte des Beschäftigungsaufbaus auf ausländische Erwerbspersonen zurück (vgl. Fanghänel und Weber 2017). Für die Prognose ist unterstellt, dass ausländische Arbeitnehmer auch weiterhin kräftig zur hohen Beschäftigungsdynamik beitragen werden.

## DIE WIRTSCHAFTSBEREICHE IM EINZELNEN

### Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe

Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) expandierte im letzten Jahr nach vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises VGR der Länder (2017) in Ostdeutschland um 2,0 % und im Freistaat Sachsen um 2,4 %. Nach einem Dämpfer im dritten Quartal nahm das Verarbeitende Gewerbe zum Jahresende wieder Fahrt auf und befand sich im ersten Quartal 2017 weiter auf Expansionskurs. Ausschlaggebend hierfür war die Zunahme des Welthandels im vierten Quartal 2016, die sich auch im laufenden Jahr fortsetzte. Zudem profitierten konsumnahe Produzenten weiterhin von der hohen Binnennachfrage.

Entsprechend waren die Umsätze der ostdeutschen Industriebetriebe im ersten Quartal 2017 um 6,0 % höher als im Vorjahreszeitraum (vgl. hier und im Folgenden Statistisches Bundesamt 2017b). Die ostdeutschen Vorleistungsgüterproduzenten (ohne Energie) partizipierten direkt sowie indirekt über die Einbindung in die Lieferketten westdeutscher Exporteure am gestiegenen Außenhandel und konnten ihre Umsätze im Vergleich zum Vorjahresquartal um 7,5 % steigern (Auslandsumsätze +10,1 %). Die Investitionsgüterproduzenten profitierten neben dem Auslandsgeschäft von der steigenden Investitionsbereitschaft der heimischen Industrie.

Entsprechend stieg ihr Umsatz im ersten Quartal 2017 im Vergleich zum Vorjahresquartal um 4,7 %, die Auslandsumsätze stiegen im gleichen Zeitraum um 6,5 %.

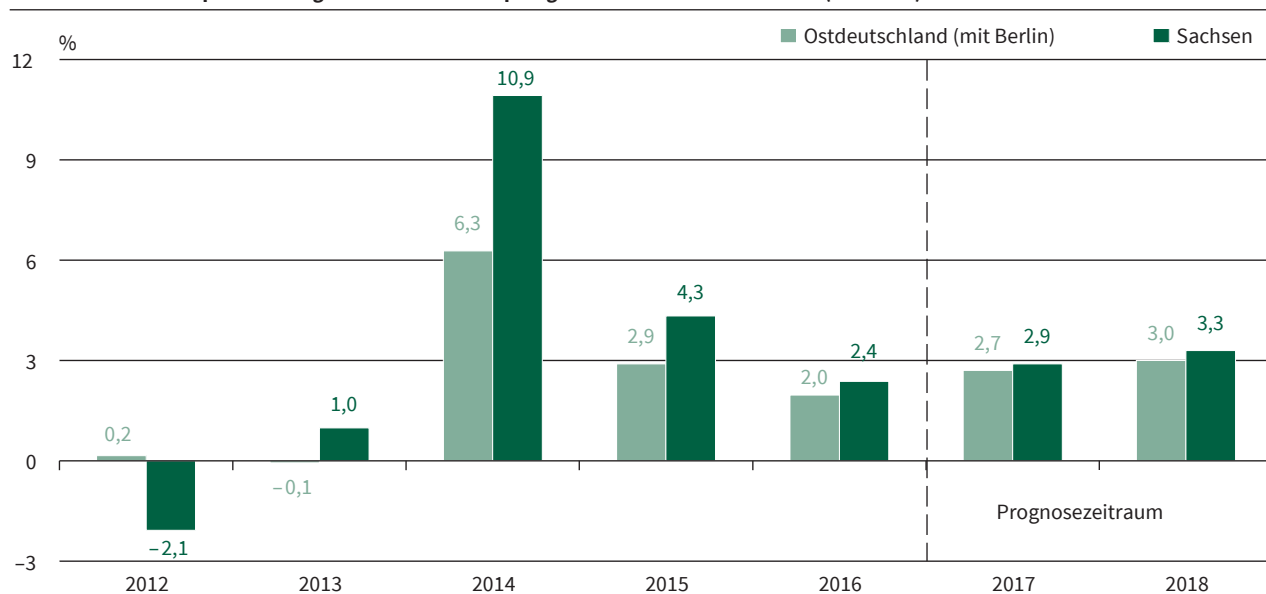
Noch etwas günstiger war die Situation in Sachsen, denn das sächsische Verarbeitende Gewerbe ist im Vergleich zur ostdeutschen Industrie etwas stärker in den internationalen Handel eingebunden. Während die ostdeutsche Industrie im ersten Quartal 2017 38,7 % ihrer Umsätze im Ausland erwirtschaftete, waren es in Sachsen 40,2 % (Deutschland: 50,3 %). Aufgrund der höheren Partizipation am Außenhandel stiegen die Umsätze der sächsischen Vorleistungs- und Investitionsgüterproduzenten im ersten Quartal mit 9,6 % und 4,9 % etwas stärker als in Ostdeutschland (vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2017d).

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten entwickelte sich ebenfalls positiv. In den ostdeutschen Industriebetrieben waren nach vorläufigen Angaben der Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2017) im ersten Quartal 2017 0,8 % mehr Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt als im Vorjahresquartal. In Sachsen stieg die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im gleichen Zeitraum mit 0,9 % leicht stärker (vgl. Abb. 2).

Die Ergebnisse des Ifo Konjunkturtest für Sachsen und Ostdeutschland weisen darauf hin, dass sich die Situation des Verarbeitenden Gewerbes im Jahresverlauf weiter verbessern dürfte. Die Lageeinschätzung der Industriebetriebe stieg seit Jahresbeginn deutlich und die Geschäftserwartungen legten ebenfalls zu. Im laufenden Jahr dürfte der Außenhandel deutliche Impulse für das Verarbeitende Gewerbe liefern, die im kommenden Jahr nochmals leicht zunehmen werden. Entsprechend dürften mehr und mehr Betriebe in Ostdeutschland und Sachsen an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen und vermehrt Erweiterungsinvestitionen vornehmen. Die Investitionstätigkeit dürfte zusätzlich von den weiterhin günstigen Finanzierungsbedingungen unterstützt werden. Gleichzeitig könnte es zu Vorzieheffekten kommen, weil die Fördermöglichkeiten für Unternehmensinvestitionen ab 2018 sukzessive zurückgehen werden. Die Binnennachfrage wird im laufenden Jahr hingegen geringere Impulse für die Industrie liefern als zuletzt. Zwar nehmen die privaten Einkommen aufgrund der guten Beschäftigungssituation und steigender Transferzahlungen weiter zu, diese werden aber nicht so stark expandieren wie noch im vergangenen Jahr. Zudem dürften durch die Flüchtlingsmigration bedingte Konsumausgaben des Staates nicht mehr so stark ansteigen oder sogar zurückgehen. Im kommenden Jahr dürfte der Binnenkonsum aber wieder an Fahrt gewinnen. Insgesamt dürfte die konjunkturelle Dynamik des Produzierenden Gewerbes ohne Bau im Prognosezeitraum weiter zunehmen.

Alles in allem prognostiziert das IFO INSTITUT einen Anstieg der preisbereinigten Bruttowertschöpfung in Ostdeutschland von 2,7 % in diesem und 3,0 % im nächsten Jahr. Im Freistaat Sachsen wird die preisbereinigte Bruttowertschöpfung, aufgrund der besseren Einbindung in den internationalen Handel sowie des größeren Anteils des Investitionsgüterproduzierenden Gewerbes, mit 2,9 % im Jahr 2017 und 3,3 % im Jahr 2018 etwas stärker expandieren als in Ostdeutschland insgesamt (vgl. Abb. 3).

**Abb. 3**  
Wachstumsraten der preisbereinigten Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe (ohne Bau)



Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder (2017); 2017 und 2018: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

### Baugewerbe

Das ostdeutsche und das sächsische Baugewerbe können auf ein erfolgreiches Jahr 2016 zurückblicken. Während die preisbereinigte Bruttowertschöpfung in Ostdeutschland um 2,7 % wuchs, konnte diese in Sachsen um 4,9 % gesteigert werden (vgl. Arbeitskreis VGR der Länder 2017). Insbesondere der fortgesetzte Zuzug in ostdeutsche Großstädte lieferte deutliche Impulse für den ostdeutschen Wohnungsbau. In Sachsen waren, bedingt u. a. durch den Ausbau von Breitbandnetzen und anderer Infrastruktureinrichtungen, öffentliche Bauprojekte tonangebend. Vom Wirtschaftsbau gingen im vergangenen Jahr hingegen nur geringe Impulse aus.

Im ersten Quartal 2017 expandierten dann alle Bereiche der Bauwirtschaft. Zwar dämpfte die im Vergleich zum Vorjahr geringe Flüchtlingsmigration die Entwicklung im Wohnungsbau etwas, dennoch konnte der bauhauptgewerbliche Umsatz des ostdeutschen Wohnungsbaus im ersten Quartal 2017 gegenüber dem Vorjahreszeitraum mit 15,8 % Zuwachs deutlich gesteigert werden (vgl. hier und im Folgenden Statistisches Bundesamt 2017a). In Sachsen stiegen die Umsätze im gleichen Zeitraum um 17,7 %.

Die Dynamik des öffentlichen Baus legte im ersten Quartal 2017 ebenfalls zu. In Ostdeutschland stiegen die Umsätze im ersten Quartal 2017 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 4,7 %, in Sachsen belief sich das Umsatzwachstum bei öffentlichen Bauprojekten auf 7,7 %.

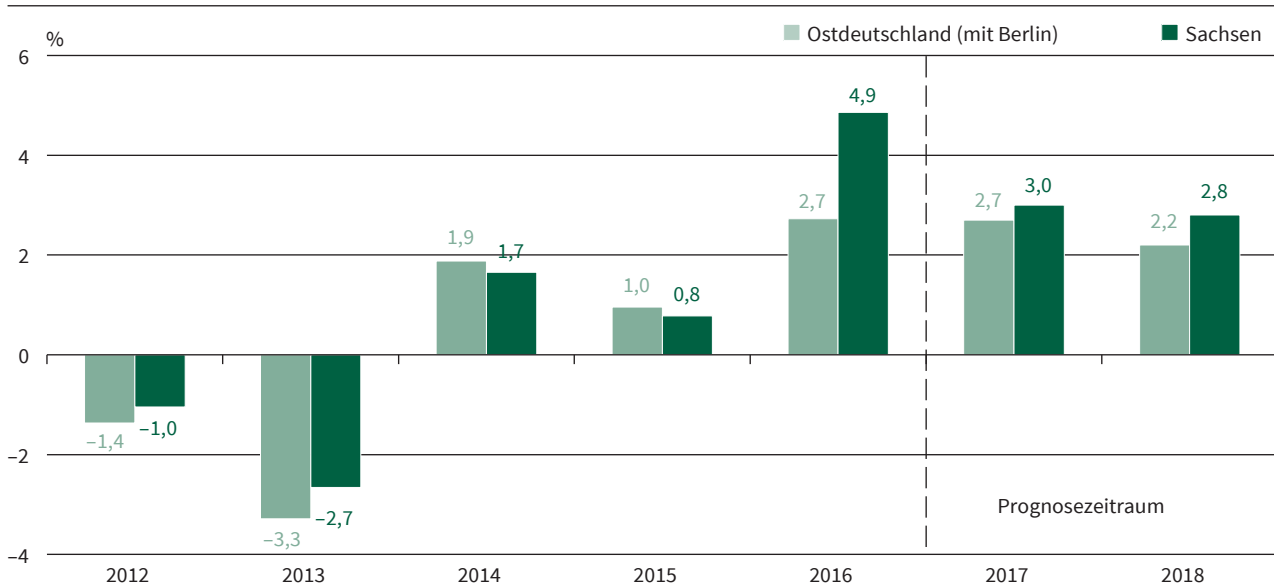
Der Wirtschaftsbau profitierte zu Jahresbeginn von der Zunahme der industriellen Dynamik; einhergehend mit dem gesteigerten Außenhandel weitete die Industrie ihre Kapazitäten aus. In Ostdeutschland konnten die Umsätze des Wirtschaftsbaus im ersten Quartal 2017 um 6,2 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum gesteigert werden. Aufgrund der stärkeren Dynamik der sächsischen Industrie legte der Umsatz des Wirtschaftsbaus im Freistaat im ersten Quartal 2017 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 14,9 % zu.

Entsprechend expandierte auch die Beschäftigung innerhalb der Baubranche. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stieg im ersten Quartal 2017 im Vergleich zum Vorjahresquartal in Ostdeutschland um 2,1 % und in Sachsen um 1,6 % (Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2017).

Die Ergebnisse der ifo Konjunkturtests zeigen, dass die Stimmung der Bauunternehmer in Sachsen und Ostdeutschland im bisherigen Jahresverlauf gut war und die Unternehmer optimistisch in die Zukunft blicken. Der Zuzug in Ballungsräume wird sowohl im laufenden als auch im kommenden Jahr positive Impulse für die Bauwirtschaft liefern, auch wenn diese nicht mehr ganz so stark ausfallen wie in den vergangenen Jahren. Ein Grund hierfür dürfte unter anderem die im Vorjahresvergleich geringere Flüchtlingsmigration sein. Die Auftragseingänge im ostdeutschen Wohnungsbau gingen im ersten Quartal etwas zurück, während diese in Sachsen deutlich stiegen. Die Bauinvestitionen der öffentlichen Hand werden mit der Fortführung des Breitbandausbaus und weiteren Infrastrukturinvestitionen auch im Prognosezeitraum positive Impulse liefern. Die Auftragseingänge des öffentlichen Baus stiegen im ersten Quartal 2017 sowohl in Ostdeutschland als auch in Sachsen. Der Wirtschaftsbau wird aufgrund der industriellen Dynamik im Prognosezeitraum weiter zulegen. Diese Steigerung dürfte in Sachsen deutlicher ausfallen als in Ostdeutschland insgesamt. Die günstigen Finanzierungsbedingungen werden die Bautätigkeit im Prognosezeitraum weiter befördern und im laufenden sowie auch im kommenden Jahr weiter günstig bleiben. Zugleich dürften die Baupreise aufgrund der hohen Kapazitätsauslastung im Baugewerbe weiter deutlich zunehmen und dafür sorgen, dass die nominale Umsatz- und preisbereinigte Wertschöpfungsentwicklung weiter auseinanderfallen.

Insgesamt prognostiziert das ifo INSTITUT für das ostdeutsche Baugewerbe (mit Berlin) eine Zunahme der preisbereinigten Bruttowertschöpfung von 2,7 % in diesem und 2,2 % im kommenden Jahr. In Sachsen wird die Ausweitung 3,0 % im laufenden und 2,8 % im kommenden Jahr betragen (vgl. Abb. 4).

**Abb. 4**  
Wachstumsraten der preisbereinigten Bruttowertschöpfung im Baugewerbe



Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder (2017); 2017 und 2018: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

**Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation**

Die konsumnahen und IT-Dienstleister erfreuen sich einer starken, stabilen Nachfrage. Im vergangenen Jahr konnten sie ihre Wertschöpfung nach vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises VGR der Länder (2017) sehr kräftig um 3,2 % in Ostdeutschland und um 4,0 % in Sachsen steigern. Im ersten Quartal dürfte sich die Expansion fortgesetzt haben. Schwächer ist die Entwicklung im Handel; die sächsischen Einzelhandelsumsätze legten gegenüber dem Vorjahresquartal preisbereinigt um 1,4 %, die Großhandelsumsätze um 2,4 % und die Kfz-Handelsumsätze um 6,9 % zu (vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2017a und 2017c). Im Bereich Verkehr und Lagerei stieg der nominale Umsatz in Sachsen um 5,9 %, bei den Informations- und Kommunikationsdienstleistern um 6,5 % (vgl. Statistisches Landesamt Sachsen 2017b). Bei alledem wurde die Beschäftigung nach vorläufigen Angaben der Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2017) ebenfalls kräftig ausgeweitet; im ersten Quartal des laufenden Jahres waren im gesamten Aggregat in Ostdeutschland 2,9 % und in Sachsen 2,3 % mehr Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt als im Vorjahresquartal.

Auch zu Beginn des zweiten Quartals blieb die Stimmung hervorragend. Im ifo Konjunkturtest erreichten die Geschäftslageeinschätzungen des ostdeutschen Handels im April ein neues Rekordniveau, das sie im Mai halten konnten. Auch die Geschäftserwartungen hellten sich zuletzt wieder tendenziell auf, wenn auch nach wie vor eine leichte Skepsis mitschwingt, dass sich die derzeit hohe Dynamik über den Sommer etwas abkühlen könnte.

Dabei profitieren die konsumnahen Dienstleister im Einzelhandel und Gastgewerbe aktuell und auch im gesamten Prognosezeitraum von der guten Arbeitsmarktsituation, steigenden Arbeits- und Transfereinkommen und steuerlichen Entlastungen der privaten Haushalte. Unter anderem wurden

zu Beginn des laufenden Jahres der gesetzliche Mindestlohn um 4,0 % auf 8,84 Euro je Stunde heraufgesetzt, die Hartz-IV-Regelsätze angehoben und der steuerliche Grundfreibetrag und der Kinderfreibetrag erhöht. Zur Jahresmitte wurden überdies die Renten in Ostdeutschland kräftig um 3,59 % angehoben und damit deutlich stärker als in Westdeutschland (1,9 %), wenn auch etwas schwächer als im Vorjahr (5,95 %). Im kommenden Jahr dürften steuerlicher Grundfreibetrag, Kinderfreibetrag und die gesetzlichen Renten abermals erhöht werden. Dies alles steigert die private Konsumnachfrage. Dämpfend wirken hingegen die Anhebung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung um 0,2 Prozentpunkte und die Erhöhung der EEG-Umlage von 6,354 Cent auf 6,88 Cent je Kilowattstunde zu Beginn dieses Jahres sowie voraussichtlich im kommenden Jahr die Anhebung des Zusatzbeitrages zur gesetzlichen Krankenversicherung. Außerdem dürfte im gesamten Prognosezeitraum der Verbraucherpreisindex schneller steigen als in den vergangenen Jahren. Die OPEC-Staaten wollen einem neuerlichen Preisverfall des Rohöls ggf. mit Fördermengen Kürzungen begegnen, wodurch die Energie- und Kraftstoffpreise im Vergleich zum Vorjahr steigen dürften. In Deutschland selbst erhöhen die steigenden Arbeitskosten den Preisdruck, während die hohe Auslastung der Produktionskapazitäten und die gute Konjunkturmöglichkeiten eröffnen, Preissteigerungen an die privaten Haushalte weiterzugeben. Zudem dürften in den Ballungsräumen angesichts des dort herrschenden Wohnungsmangels die Mietpreise beschleunigt steigen. Zu berücksichtigen sind des weiteren Sondereffekte von den zahlreichen Veranstaltungen und dem erhöhten Tourismus anlässlich des 500-jährigen Jubiläums der Reformation. Davon profitieren im laufenden Jahr insbesondere die konsumnahen Dienstleister in Sachsen-Anhalt und in Berlin. Im kommenden Jahr fehlt dieser Sondereffekt, was die weitere Expansion des privaten Konsums dann zusätzlich dämpfen dürfte. Insgesamt dürfte die Dynamik des privaten Konsums

in Ostdeutschland daher in diesem Jahr etwas höher sein als im Jahr 2018.

Die Bereiche Großhandel sowie Verkehr und Lagerei dürften hingegen eher der konjunkturellen Entwicklung der Industrie folgen und deshalb im Prognosezeitraum an Dynamik gewinnen. Die Informations- und Kommunikationsdienstleister werden ihre Produktion mit dem weiteren, auch von Bund und Ländern finanziell geförderten Ausbau des Breitbandnetzes im gesamten Prognosezeitraum dynamisch ausweiten können.

Alles in allem erwartet das IFO INSTITUT für den gesamten Bereich Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation in Ostdeutschland einen Zuwachs der preisbereinigten Bruttowertschöpfung von 2,6% im Jahr 2017 und 1,8% im Jahr 2018. Im Freistaat Sachsen, wo sich die Sondereffekte des Reformationsjubiläums nicht niederschlagen dürften und die industrienahen Dienstleister ein etwas größeres Gewicht einnehmen, wird das Wachstum in diesem Jahr mit 2,5% etwas geringer, im kommenden Jahr mit 1,9% etwas stärker sein als im ostdeutschen Durchschnitt (vgl. Abb. 5).

**Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister sowie Grundstücks- und Wohnungswesen**

Die wirtschaftsnahen Dienstleister erlebten ein stabiles Jahr 2016, wenn auch die Dynamik etwas geringer war als im Jahr 2015. Nach vorläufigen Angaben des Arbeitskreises VGR der Länder (2017) expandierte ihre preisbereinigte Bruttowertschöpfung in Ostdeutschland um 1,6% und in Sachsen um 1,2%. Die Beschäftigung legte dabei noch etwas kräftiger zu. Im ersten Quartal des laufenden Jahres lag sie in Ostdeutschland um 3,0% und in Sachsen um 1,6% über dem Niveau des Vorjahresquartals (vgl. Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2017). Die Zahl der Beschäftigten in der Arbeitnehmerüberlassung expandierte dynamisch, während sie im Bereich der Finanz- und Versicherungsdienstleistungen abermals sank.

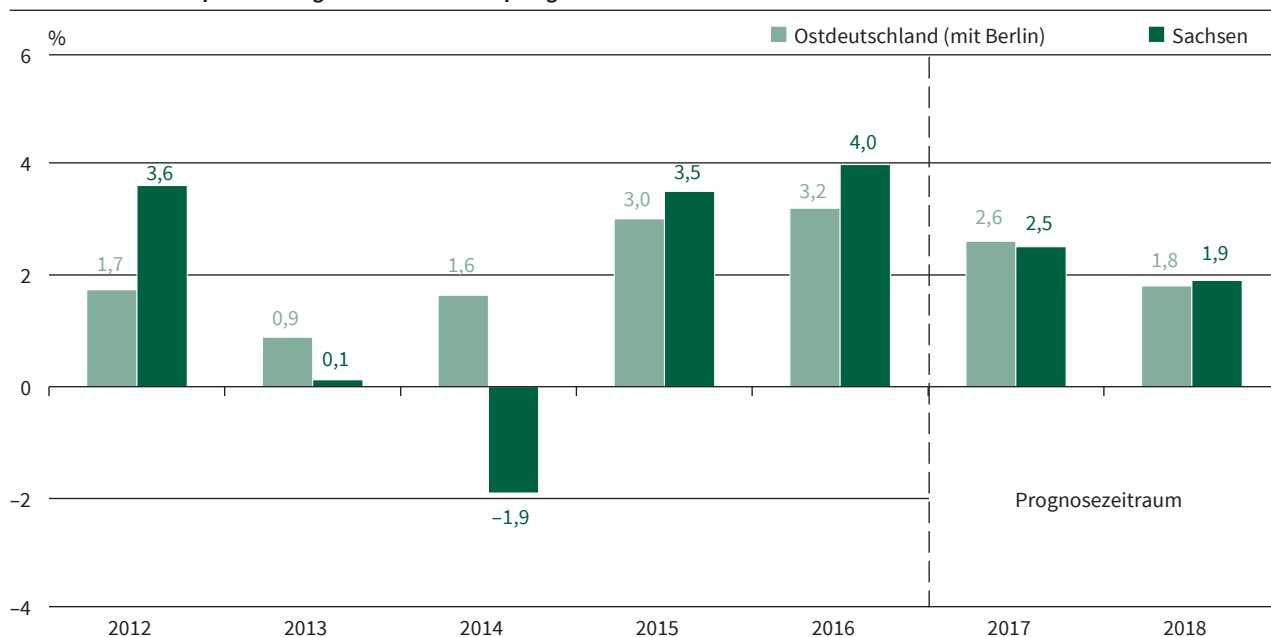
Im Prognosezeitraum dürften verschiedene Grundtendenzen die weitere Entwicklung der wirtschaftsnahen Dienstleister prägen. Das niedrige Zinsniveau stützt zwar zusammen mit den anziehenden Unternehmensinvestitionen die Kreditnachfrage, zugleich drückt es aber auch die Zinserträge der Finanz- und Versicherungsdienstleister. Diese dürften daher ihren personalpolitischen Konsolidierungskurs fortsetzen und sich weiter aus der Fläche zurückziehen. Erst gegen Ende des Prognosezeitraums ist mit einer geringfügigen Erhöhung der Kapitalmarktzinsen zu rechnen, sofern die EZB, wie in dieser Prognose unterstellt, im kommenden Jahr mit dem Ausstieg aus dem Wertpapierankaufprogramm beginnen wird.

Die Arbeitnehmerüberlassung und die übrigen unternehmensnahen Dienstleister profitieren von der hohen gesamtwirtschaftlichen Dynamik, allerdings hat die Arbeitnehmerüberlassung mit den im April 2017 in Kraft getretenen Regelungen zur Begrenzung der Höchstüberlassungsdauer von Leiharbeitnehmern auf 18 Monate und zum Anspruch auf gleiche Entlohnung ab einer Entleihdauer von über neun Monaten potenziell an Attraktivität eingebüßt. Insgesamt dürfte aber auch hier die Dynamik im Prognosezeitraum der sich beschleunigenden Industriekonjunktur folgend tendenziell zunehmen.

Die Wohnungswirtschaft wird ihre Produktion mit der Vermietung neu gebauter Wohneinheiten dynamisch ausweiten können, insbesondere in den Ballungsräumen mit hoher Wohnungsnachfrage. Mit dem sich abzeichnenden Rückgang der Wohnungsbautätigkeit dürften die Zuwachsraten aber gegen Ende des Prognosezeitraums langsam abnehmen.

Insgesamt dürfte die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im gesamten Aggregat Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister sowie Grundstücks- und Wohnungswesen im laufenden Jahr um 1,3% in Ostdeutschland und um 1,2% im Freistaat Sachsen expandieren. Im Jahr 2018 dürfte sich der Zuwachs für beide Regionen auf jeweils 1,5% beschleunigen (vgl. Abb. 6).

**Abb. 5**  
Wachstumsraten der preisbereinigten Bruttowertschöpfung bei den konsumnahen und IT-Dienstleistern

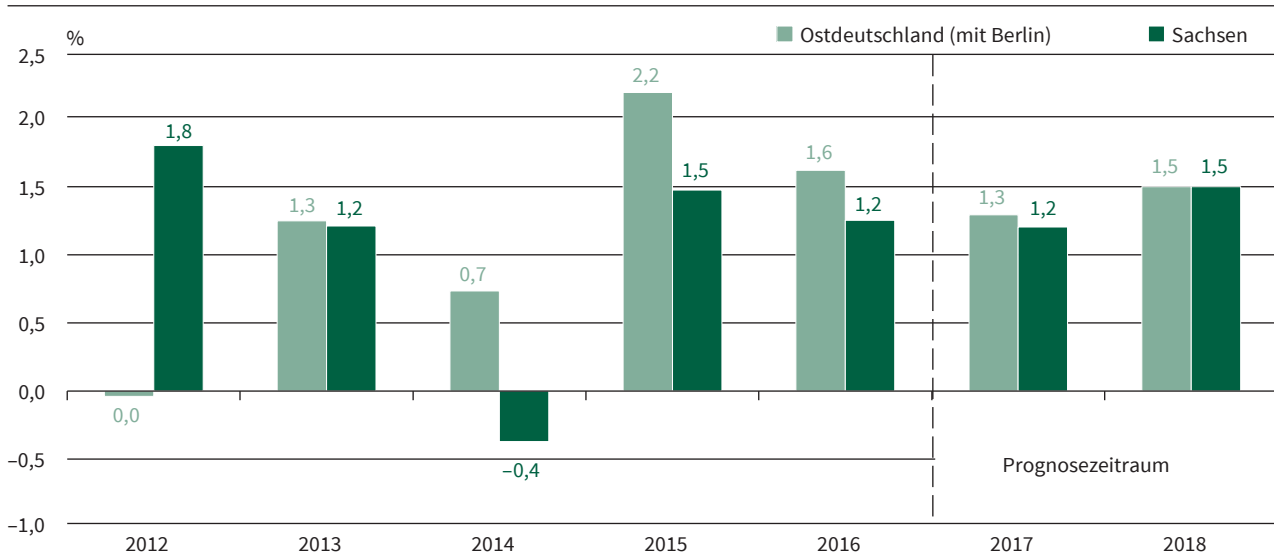


Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder (2017); 2017 und 2018: Prognose des ifo Instituts.



Abb. 6

## Wachstumsraten der preisbereinigten Bruttowertschöpfung bei den wirtschaftsnahen Dienstleistern



Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder (2017); 2017 und 2018: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

### Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, Private Haushalte

Im Bereich der öffentlichen und sonstigen Dienstleister expandierte die Produktion im Jahr 2016 nochmals etwas kräftiger als im Jahr 2015. Das Wachstum belief sich nach vorläufigen Angaben des Arbeitskreises VGR der Länder (2017) in Ostdeutschland auf 1,8 % und in Sachsen auf 2,5 %. Maßgeblich für diese hohe Dynamik dürfte die Betreuung, Unterbringung und Qualifizierung der Flüchtlingsmigranten gewesen sein. Sowohl im Bereich Erziehung und Unterricht als auch im Bereich Heime und Sozialwesen stieg die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung kräftig. Im gesamten Aggregat waren im ersten Quartal 2017 in Ostdeutschland 2,5 % und in Sachsen 2,4 % mehr Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt als im Vorjahresquartal (vgl. Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2017).

Allerdings hat sich die gesamtwirtschaftliche Dynamik des Aggregats zum Ende des Jahres 2016 hin etwas abgeschwächt (vgl. Nierhaus 2017b). Auch im weiteren Prognosezeitraum dürfte die Dynamik schwächer als im Vorjahr, aber immer noch vergleichsweise hoch ausfallen. Sprach- und Qualifizierungskurse für die Flüchtlingsmigranten sowie die Einstellung weiterer zusätzlicher Lehrer für die öffentlichen Schulen werden die Wertschöpfung im Bildungsbereich weiter expandieren lassen. Gleichzeitig dürften aber allmählich Kapazitäten in der Betreuung von Erstaufnahmeeinrichtungen und der Bearbeitung von Asylanträgen frei werden, was die weitere Zunahme der Produktion in der öffentlichen Verwaltung bremst. Für Ostdeutschland ergibt sich mit dem Umzug des Bundesnachrichtendienstes aus dem bayerischen Pullach nach Berlin ein einmaliger Sondereffekt. Ein Großteil des Umzugs wird nach gegenwärtigem Stand im Jahr 2018 stattfinden und dann die Beschäftigungsdynamik in Berlin kurzfristig erhöhen. Zusätzlich trägt die demografische und medizinische Entwicklung trendmäßig zur Expansion der Produktion im Gesundheitswesen bei.

Alles in allem dürfte die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im Aggregat Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erzie-

hung und Gesundheit, Private Haushalte in Ostdeutschland in diesem Jahr um 0,9 % und im kommenden Jahr um 1,0 % expandieren. Im Freistaat Sachsen dürfte das Wachstum in den Jahren 2017 und 2018 jeweils 1,0 % betragen (vgl. Abb. 7).

### LITERATUR

Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (Hrsg.) (2017), Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2016, Reihe 1, Ländereergebnisse Band 1, Berechnungsstand November 2016 / Februar 2017, Stuttgart.

Fanghänel, A. und M. Weber (2017): „Ausländische Beschäftigte tragen immer mehr zum Beschäftigungsaufbau in den ostdeutschen Flächenländern bei“, ifo Dresden berichtet 24 (02), S. 37–40.

ifo Institut (Hrsg.) (2017), ifo Konjunkturprognose 2017/2018 – Deutsche Wirtschaft stark und stabil, Juni 2017, München.

Nierhaus, W. (2017a), „Deutschlandprognose 2017/2018: Aufschwung gewinnt an Stärke und Breite“, ifo Dresden berichtet 24 (04), S. 10–15.

Nierhaus, W. (2017b), „Vierteljährliche VGR für Sachsen: Ergebnisse für das vierte Quartal 2016“, ifo Dresden berichtet 24 (03), S. 28–29.

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2017), Tabellen, Beschäftigung nach Ländern in wirtschaftsfachlicher Gliederung (WZ 2008), Nürnberg.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2017a), Auftragseingang, Arbeitsstunden, baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe (Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen): Bundesländer, Monate, Bauarten. Zeitreihen aus 44111-0007, Datenabruf bei Genesis Online am 13. Juni 2017.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2017b), Produzierendes Gewerbe – Beschäftigung und Umsatz der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden, März 2017, Fachserie 4 Reihe 4.1.1, Wiesbaden.

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Hrsg.) (2017a), Einzelhandel und Gastgewerbe im Freistaat Sachsen März 2017, Statistischer Bericht G 13 – m 03/17 und G IV 3 – m 03/17, Kamenz.

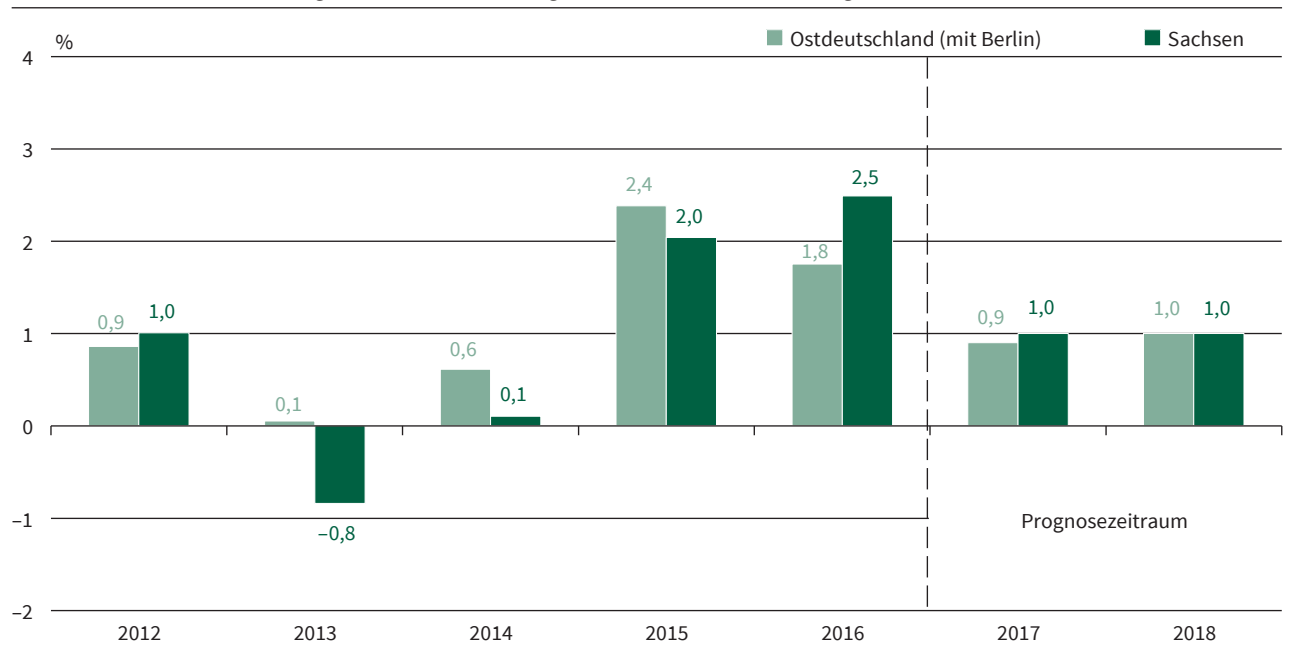
Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Hrsg.) (2017b), Konjunkturstatistik im Dienstleistungsbereich, Beschäftigung und Umsatz in ausgewählten Dienstleistungsbereichen, Kamenz.

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Hrsg.) (2017c), Kraftfahrzeughandel und Großhandel Februar 2017, Statistischer Bericht G 12 – m 02/17, Kamenz.

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Hrsg.) (2017d), Verarbeitendes Gewerbe: Betriebe (Beschäftigte >49), Beschäftigte, Arbeitsstunden, Entgelte, Umsatz. Zeitreihen aus 42111B-08Z, Datenabruf bei Genesis-Online am 14. Juni 2017.

**Abb. 7**

**Wachstumsraten der preisbereinigten Bruttowertschöpfung bei den öffentlichen und sonstigen Dienstleistern**



Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder (2017); 2017 und 2018: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Daniel Kretzschmar\*

# Spezifika des ostdeutschen Wohnungsmarktes – Teil 3: Wohnungsleerstandsprognose

Aufbauend auf den im ersten Teil (Heft 03/2017) skizzierten Heterogenitäten des ostdeutschen Wohnungsmarktes werden in diesem Beitrag Fortschreibungen des Wohnungsneubaus, des Wohnungsabgangs sowie – als Resultat von Bestands- und Haushaltsentwicklung – der zukünftige Wohnungsleerstand in Ostdeutschland dargestellt. Während die Wohnungsabgänge auf vergleichsweise niedrigem Niveau stagnieren werden, könnte der Neubau vor allem in den ostdeutschen Großstädten in der Zukunft merklich anziehen. In der Konsequenz wächst der Wohnungsbestand. Aufgrund der rückläufigen Haushaltsentwicklung in den ostdeutschen Flächenländern führt dieses Bestandswachstum zu höheren Leerständen, welche vor allem in den peripher-ländlichen Regionen stark zunehmen werden. Über alle ostdeutschen Bundesländer ist bis zum Jahr 2030 mit knapp 1,2 Mill. leerstehenden Wohnungen, d. h. einer Leerstandsquote von ca. 13 %, zu rechnen.

## EINLEITUNG

Die 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung zeichnet für Ostdeutschland ein düsteres demografisches Bild. Demnach sinkt die Einwohnerzahl unter der Annahme eines deutschlandweiten Gesamtwanderungssaldos von 200 000 Personen bis zum Jahr 2030 um rund 4 %. Auffällig ist hierbei die große regionale Spannweite der Entwicklung zwischen den einzelnen Bundesländern. Während Sachsen-Anhalt bis zum Jahr 2030 weitere 310 000 Personen verlieren wird (–14 %), wächst Berlin um 264 000 Personen (+8 %) (Statistisches Bundesamt 2015a).

Aufbauend auf dieser Bevölkerungsvorausberechnung wurde unter Anwendung bundeslandspezifisch fortgeschriebener Durchschnittshaushaltsgrößen durch das LEIBNIZ-INSTITUT FÜR ÖKOLOGISCHE RAUMENTWICKLUNG (IÖR) eine Haushaltsprognose für alle ostdeutschen Bundesländer erstellt (Effenberger et al. 2014). Diese diente als Grundlage für die Berechnung der Wohnungsbestandsentwicklung sowie des Wohnungsleerstands. Insgesamt folgen die Haushaltszahlen dem zuvor skizzierten Trend der Bevölkerungsentwicklung. Die in den ostdeutschen Flächenländern über den Prognosezeitverlauf absinkende durchschnittliche Haushaltsgröße wirkt zwar dämpfend auf die oben beschriebene negative demografische Entwicklung (vgl. Abb. 1), vermag diese jedoch nicht zu drehen (–15 000 Haushalte pro Jahr). Im Stadtstaat Berlin wird die Haushaltszahl bis zum Jahr 2030 demgegenüber deutlich um jährlich rund 17 200 Haushalte wachsen (vgl. Abb. 2).

## ENTWICKLUNG DES WOHNUNGSNEUBAUS

Die eingangs beschriebene Dichotomie des ostdeutschen Wohnungsmarktes zwischen prosperierenden, wachsenden Groß- und Universitätsstädten auf der einen Seite und einer

stark von Abwanderung betroffenen Peripherie auf der anderen Seite, schlägt direkt auf die zukünftige Entwicklung des Wohnungsneubaus durch. Während noch vor 10 bis 15 Jahren das ländlichere Umland aufgrund starker Suburbanisierungseffekte deutliche Einwohnergewinne verbuchen konnte und die Neubaulzahlen – insbesondere im Segment der Ein- und Zweifamilienhäuser – merklich anzogen, hat sich die Entwicklung in Ostdeutschland nun komplett umgekehrt. Während in den Großstädten die Neubaulzahlen auch zukünftig ansteigen dürften, verläuft die Entwicklung auf dem Land eher moderat.

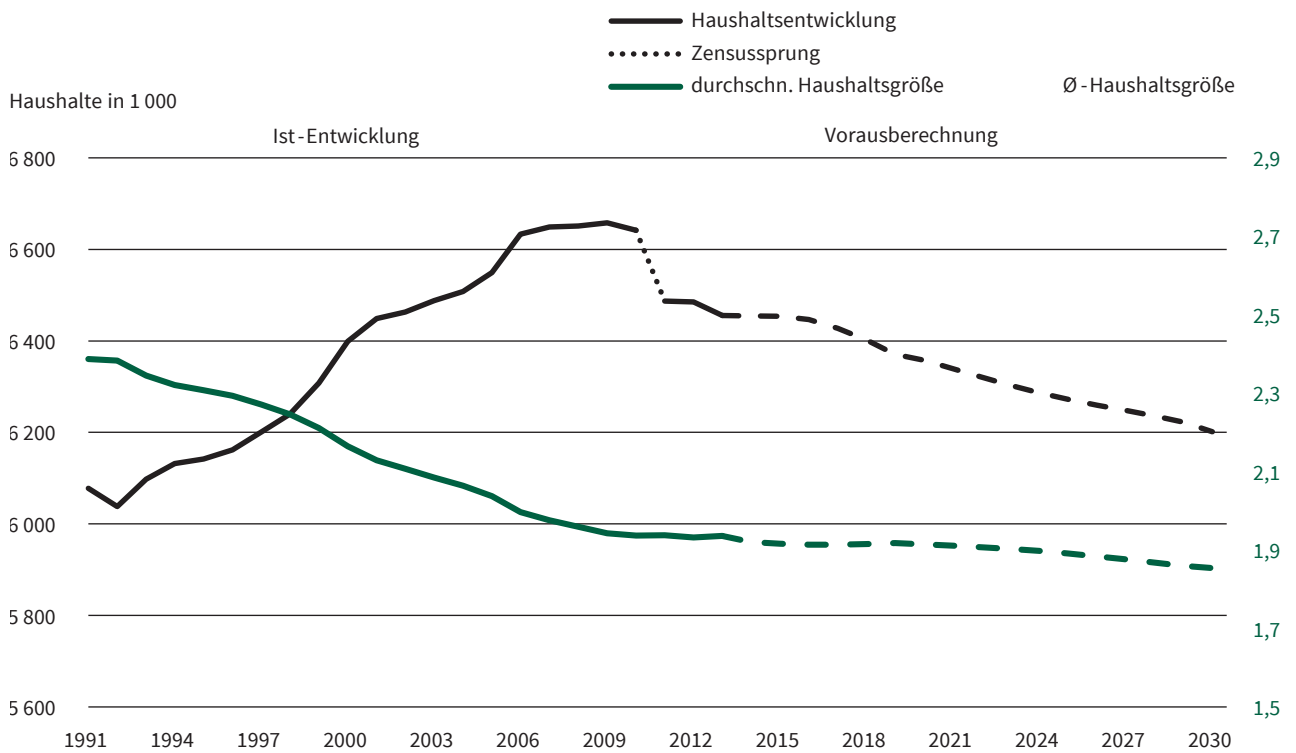
Wie in Abbildung 3 ersichtlich, wird die Neubautätigkeit bis zum Jahr 2030 in den ostdeutschen Flächenländern insgesamt weitgehend konstant verlaufen. Einen kleinen Impuls erhält sie in den nächsten Jahren durch die Flüchtlingsmigration, den gegenwärtig positiven Wanderungssaldo mit Westdeutschland (vgl. Berlin-Institut 2016) und die Rekordzuwanderung aus dem Ausland (vgl. Statistisches Bundesamt 2016a), welche jedoch deutlich stärker Westdeutschland zugutekommt.

Deutlich sichtbar ist der immer noch hohe Stellenwert des Ein- und Zweifamilienhausbaus, welcher kapazitiv den Mehrfamilienhausbau in den ostdeutschen Flächenländern auch zukünftig übertreffen wird. Das leichte Absinken in diesem Segment gegen Ende des Prognosezeitraums deutet eine langsam einsetzende Sättigung an. Der Nachholeffekt niedrigerer Wohneigentumsquoten dürfte bis dahin abgeklungen sein.

Gänzlich anders zeigt sich das Bild wie in Abbildung 4 dargestellt im Land Berlin. Hier ist bis etwa zum Jahr 2020 mit einem deutlichen Anstieg der Baufertigstellungen auf rund 30 000 Wohnungen pro Jahr zu rechnen, bevor der Neubau dann nach Abbau der zuvor akkumulierten Nachholbedarfe kontinuierlich abschmelzen wird.

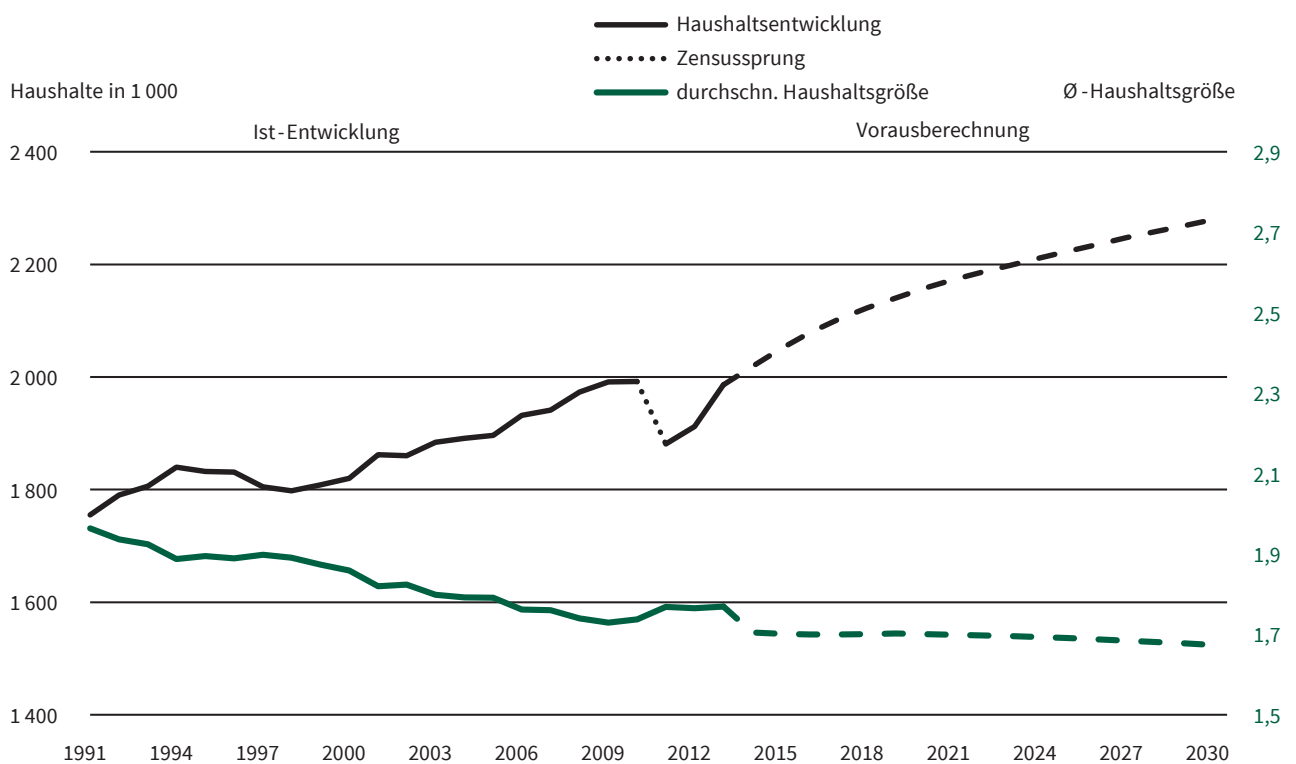
\* Daniel Kretzschmar ist Doktorand des Leibniz-Instituts für ökologische Raumentwicklung (IÖR) in Dresden.

**Abb. 1**  
**Entwicklung der Haushaltszahl sowie der durchschnittlichen Haushaltsgröße in den ostdeutschen Flächenländern bis 2030**



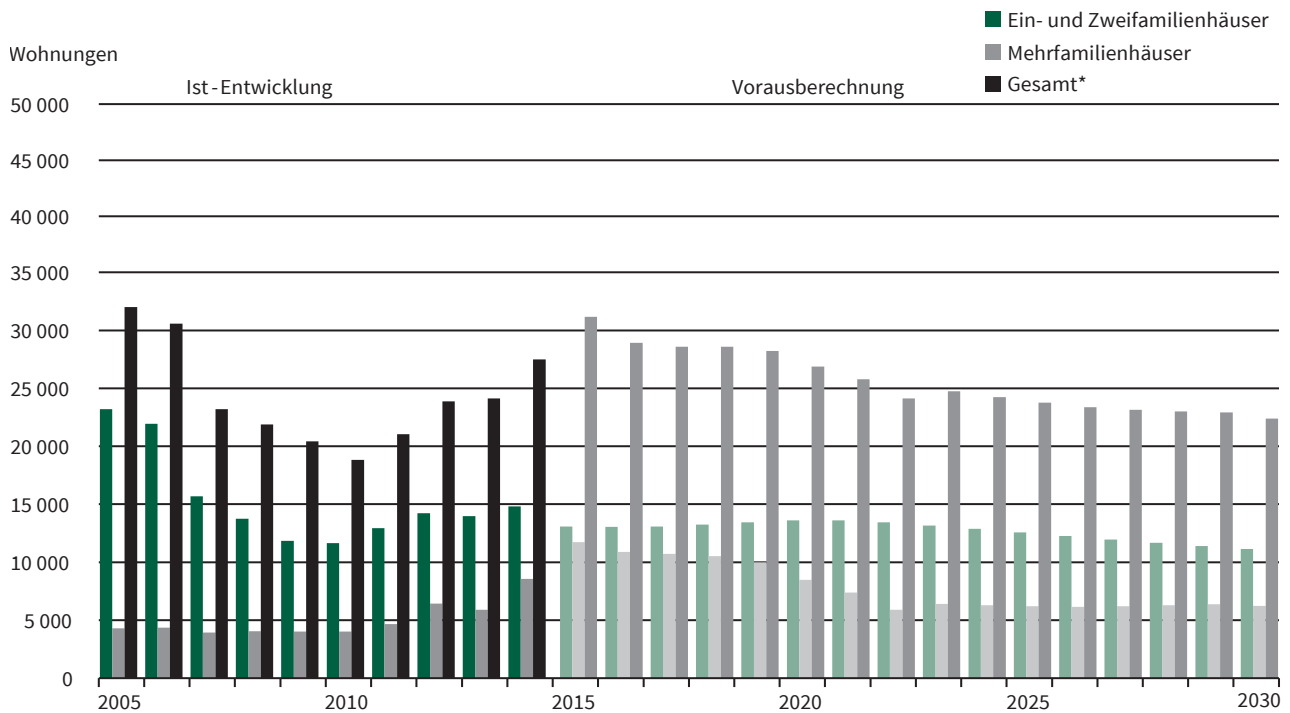
Quelle: Statistisches Bundesamt (2015a)<sup>1</sup>, Berechnung und Darstellung des IÖR.

**Abb. 2**  
**Entwicklung der Haushaltszahl sowie der durchschnittlichen Haushaltsgröße in Berlin bis 2030**



Quelle: Statistisches Bundesamt (2015a), Berechnung und Darstellung des IÖR.

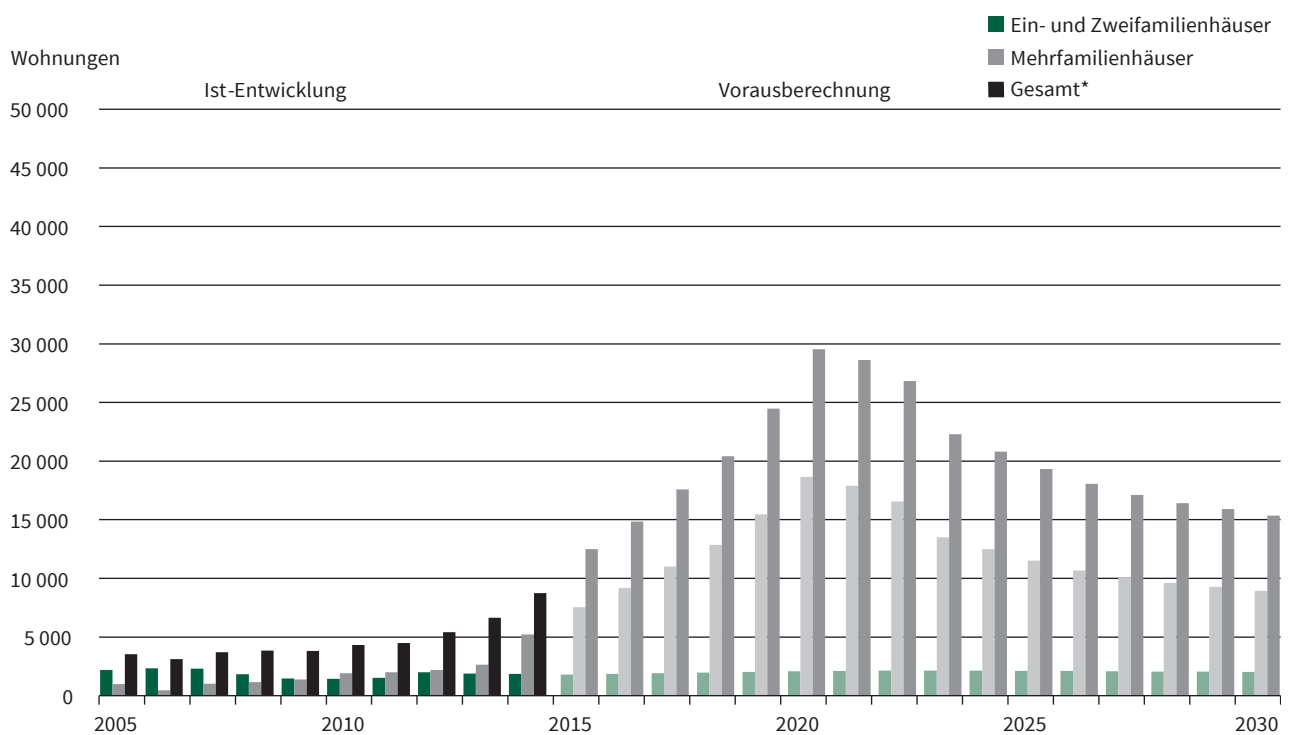
**Abb. 3**  
**Entwicklung des Wohnungsneubaus in den ostdeutschen Flächenländern bis 2030**



\* Einschließlich Maßnahmen an bestehenden Gebäuden sowie Wohnungen in Nichtwohngebäuden.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2015b), Berechnung und Darstellung des IÖR.

**Abb. 4**  
**Entwicklung des Wohnungsneubaus in Berlin bis 2030**



\* Einschließlich Maßnahmen an bestehenden Gebäuden sowie Wohnungen in Nichtwohngebäuden.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2015b), Berechnung und Darstellung des IÖR, Berlin mit West-Berlin.

Maßgeblicher Treiber dieser Entwicklung ist der Mehrfamilienhausbau. Im Spitzenjahr 2020 ist mit bis zu 20 000 fertiggestellten Wohnungen in Mehrfamilienhäusern zu rechnen. Neben der bereits thematisierten Haushaltsentwicklung als maßgeblichem Treiber wirken die gute Verfügbarkeit von Wohnbauland<sup>2</sup> sowie die Steigerung der Durchschnittsmieten in Berlin unterstützend. Demgegenüber wird der Einfamilienhausbau auf sehr niedrigem Niveau verharren, da dieser auch in Zukunft vor allem im Berliner Umland realisiert wird.

Die hier vorgestellten bundeslandspezifischen Prognosen orientierten sich am methodischen Rahmen der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des STATISTISCHEN BUNDESAMTES. Bei dieser größeren Betrachtungsebene kommt es unweigerlich zu Überlagerungen und letztlich zur Aufhebung positiver und negativer demografischer Effekte innerhalb eines Bundeslandes. So stehen in praktisch allen ostdeutschen Flächenländern wachsende Großstädte einem schrumpfenden ländlichen Raum gegenüber. Verbleibt man nun bei der Berechnung einer Wohnungsmarktprognose auf dieser Ebene, so wird die Entwicklung in den großstädtischen „Wachstumsinseln“ durch die negative Entwicklung in den schrumpfenden Kreisen überlagert, was den eigentlich zu erwartenden Neubau in diesen Großstädten kaschiert. Aus diesem Grund erscheint eine feiner regionalisierte Betrachtung Ostdeutschlands sinnvoll.

In Tabelle 1 wurde der Versuch unternommen, den regionalisiert berechneten Wohnungsneubau für Ostdeutschland bis zum Jahr 2030 abzuschätzen. Dabei wurde die zu beobachtende Bevölkerungsentwicklung aller wachsenden Kreise und kreisfreien Städten Ostdeutschlands bis zum Jahr 2030 fortgeschrieben. Nach Umrechnung dieser Bevölkerungs-

zahlen in Haushaltszahlen kann ein quantitativ induzierter Nachfragebedarf für neue Wohnungen ermittelt werden. In schrumpfenden Kreisen ist in wesentlich geringerer Höhe der Neubau von Mehrfamilienhauswohnungen zu beobachten. Um diesem Effekt Rechnung tragen zu können, erfolgte für die schrumpfenden ostdeutschen Kreise eine Fortschreibung der Baufertigstellungszahlen der letzten vier Jahre.

Diese Neubauzahlen sind nicht demografisch begründbar. Vielmehr handelt es sich hierbei um Ersatzneubauten nach Gebäudeabrissen, den Neubau von Ferien- und Freizeitwohnungen sowie qualitativ und regional induzierten Neubau infolge kleinräumiger teilmärklicher Nachfrageverlagerungen unterhalb der Kreisebene. Nach Abzug der vorhandenen Leerstandsreserven in den wachsenden Kreisen (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2015) und Addition des bereits ermittelten zukünftigen Wohnungsneubaus in Ein- und Zweifamilienhäusern sowie aus Maßnahmen an bestehenden Gebäuden (Umbau von Wohngebäuden, Umnutzung von Nichtwohngebäuden) ist der regionalisiert berechnete Wohnungsneubau in Ostdeutschland ablesbar. Auffällig ist der große Unterschied zwischen überregional und regional berechnetem Neubau in Sachsen. Während überregional ein jährlicher Neubau von rund 6 100 Wohnungen berechnet wurde, ist nach regionaler Vorausberechnung ein Neubau von jährlich etwa 9 600 Wohnungen notwendig. Ursächlich hierfür sind der hohe Urbanisierungsgrad des Bundeslandes sowie das Vorhandensein der drei größten wachsenden Großstädte in den ostdeutschen Flächenländern (Dresden, Leipzig und Chemnitz). In der Summe kommen in Ostdeutschland bis zum Jahr 2030 jährlich rund 27 900 Wohnungen durch Neubau hinzu.

**Tab. 1**  
Regionalisierte Entwicklung des Wohnungsneubaus in den ostdeutschen Flächenländern bis 2030

	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	
Geschätzte zusätzliche Einwohner in wachsenden Kreisen bis 2030	85 428	22 476	222 461	54 732	46 064	
Durchschnittliche Haushaltsgröße (mittel der Jahre 2015 bis 2030)	1,95	1,89	1,85	1,90	1,92	
<b>Nachfragepotenzial Neubau MFH</b>	<b>43 760</b>	<b>11 914</b>	<b>119 971</b>	<b>28 854</b>	<b>23 938</b>	
- Leerstandsreserven	24 045	9 981	49 804	19 929	6 939	
= Neubaubedarf MFH	19 715	1 933	70 167	8 925	17 000	
<b>Neubaubedarf MFH p. a.</b>	<b>1 232</b>	<b>121</b>	<b>4 385</b>	<b>558</b>	<b>1 062</b>	
+ Neubaunachfrage EZH p. a.	4 533	2 278	3 011	1 396	1 496	
<b>= Neubau EZH + MFH p. a.</b>	<b>5 765</b>	<b>2 399</b>	<b>7 396</b>	<b>1 954</b>	<b>2 558</b>	
+ Maßnahmen an bestehenden Gebäuden p. a.	1 344	582	1 748	512	840	
<b>+ Neubau MFH in schrumpfenden Kreisen p. a.</b>	<b>391</b>	<b>1 074</b>	<b>505</b>	<b>417</b>	<b>414</b>	
<b>= GESAMT regional p. a.</b>	<b>7 500</b>	<b>4 055</b>	<b>9 649</b>	<b>2 883</b>	<b>3 812</b>	<b>Summe:</b>
Vgl. GESAMT überregional p. a.	7 709	4 568	6 161	2 468	3 099	24 005

EZH = Ein- und Zweifamilienhaus, MFH = Mehrfamilienhaus, p. a. = per anno.

Quelle: Genesis-Datenbank, Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2015), Berechnung und Darstellung des IÖR.

**ENTWICKLUNG DES WOHNUNGSABGANGS**

Der Wohnungsabgang war in Ostdeutschland lange von staatlichen Eingriffen, Förder- und Abrissprogrammen beeinflusst (Fritzsche et al. 2017). Inzwischen hat sich die Abgangstätigkeit auf niedrigem Niveau stabilisiert. Es ist nicht zu erwarten, dass der Wohnungsabgang in Zukunft ohne speziell ausgerichtete finanzielle Anreizsysteme des Bundes und der Länder maßgeblich anziehen wird. Ein Grund ist erneut in der stärkeren Heterogenität des Wohnungsmarktes zu finden. Zukünftig werden sich Leerstände in den Beständen räumlich sehr kleinteilig über alle Ortslagen, Baualtersklassen, Strukturtypen und Eigentümer verteilen. Den ostdeutschen Genossenschaften und kommunalen Wohnungsunternehmen – den Hauptträgern der Abrisslast in der Vergangenheit – fehlt nach Wegfall der Altschuldenerverordnung 2013 ein wesentlicher Anreiz zur Konsolidierung ihrer Bestände. Einfamilienhausbesitzer scheuen häufig den hohen finanziellen Aufwand eines Abrisses, welcher nur im Falle eines Ersatzneubaus wirtschaftlich erscheint. Und institutionelle Besitzer größerer Mehrfamilienhausbestände können einen gewissen Leerstand problemlos innerhalb ihrer Portfolios abfedern.

In Abbildung 5 ist die zukünftige Entwicklung des Wohnungsabgangs nach Baualtersklassen abgetragen. Gut sichtbar ist der hohe Stellenwert der jüngsten Baualtersklasse bis zum Jahr 1970, welche auch in Zukunft die Hauptlast des Wohnungsabgangs tragen wird. Gegen Ende des Prognosezeitraums werden sich die Abgangszahlen aufgrund wachsender Leerstände in Ostdeutschland strukturbedingt leicht erhöhen.

Sie werden jedoch nicht wieder das Niveau des vergangenen Jahrzehnts erreichen. Die Hauptlast des zukünftigen Wohnungsabgangs entfällt auf die Bundesländer Sachsen und Sachsen-Anhalt, mit jeweils rund 4 300 abgehenden Wohnungen im Jahr 2030. Die Abgangszahlen in Berlin sind aufgrund des dort angespannten Wohnungsmarktes nahezu vernachlässigbar und rekurren vollständig aus Abgängen in Folge von Ersatzneubauten. Über alle Bundesländer summiert gehen bis zum Jahr 2030 jährlich rund 12 400 Wohnungen ab.

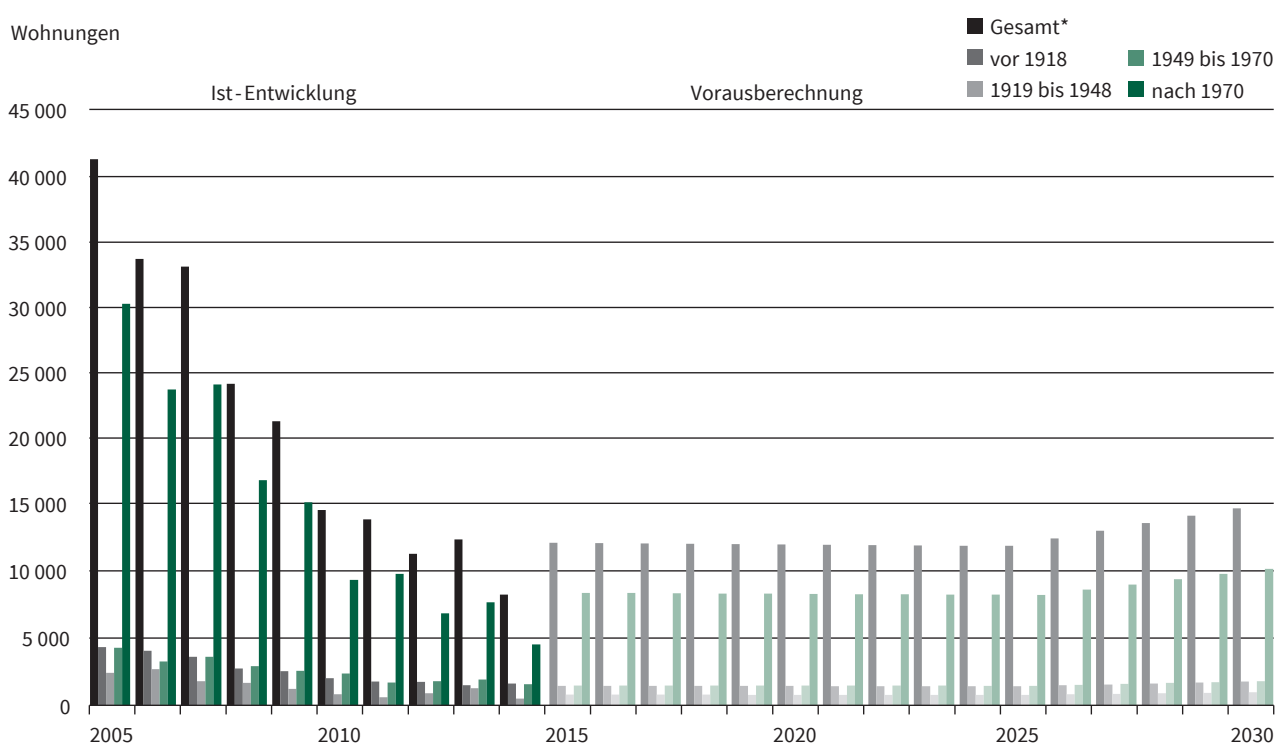
**ENTWICKLUNG DES WOHNUNGSLEERSTANDS**

Wichtigster Indikator für den Zustand eines Wohnungsteilmarktes ist die Leerstandsquote. Im ersten Teil dieses Beitrags konnte aufgezeigt werden, dass sich die Wohnungsleerstände in Ostdeutschland unterschiedlich entwickeln. Während in stark wachsenden Städten wie Leipzig oder Berlin durch verhaltene Bautätigkeit vorhandene Leerstände abgebaut werden konnten (empirica 2016), wächst der Leerstand in der Fläche (BBSR 2017a).

Dieser Trend wird auch in Zukunft anhalten. In den Wachstumsregionen sind jedoch die wenigen noch vorhandenen Leerstände zukünftig vollständig abgeschmolzen, ihr positiver Einfluss auf den Gesamt leerstand wird in der Zukunft versiegt sein. Demgegenüber wächst der Leerstand in der Peripherie stark an, wodurch – in Ermangelung eines positiven Gegentrends in den Großstädten – der Gesamt leerstand in Ostdeutschland deutlich ansteigen wird.

In der hier vorgestellten Vorausberechnung wird der zukünftige Leerstand rechnerisch aus der Differenz von Woh-

**Abb. 5**  
Entwicklung des Wohnungsabgangs in Ostdeutschland (mit Berlin) bis 2030



\* Totalabgang inklusive geförderten Rückbaus.

Quelle: Bautätigkeitsstatistik der ostdeutschen Bundesländer, Berechnung und Darstellung des IÖR, Ostdeutschland mit West-Berlin.

nungsbestand (beeinflusst von Neubau und Abgang) und der Haushaltszahl des jeweiligen Prognosejahres bestimmt (= normativer Wohnungsüberschuss). Während sich die Haushaltszahl wie dargestellt in den ostdeutschen Flächenländern erstmals seit der Wiedervereinigung rückläufig entwickeln wird, wächst der Wohnungsbestand, da der Neubau in allen Prognosejahren über dem hypothetischen Wohnungsabgang liegen wird. Einzig im Bundesland Sachsen-Anhalt ist ein zukünftig leicht sinkender Wohnungsbestand feststellbar (-16 000 Wohneinheiten). Hier liegt der Wohnungsabgang über dem (sehr moderaten) Wohnungsneubau.

In Abbildung 6 ist die absolute Entwicklung von Wohnungsbestand und Haushaltszahl sowie als Resultierende dieser Entwicklung der Wohnungsleerstand in den ostdeutschen Flächenländern indexiert seit dem Zensusjahr 1995 abgetragen. Alle drei Variablen (Bestand, Haushalte, Leerstand) wurden auf den theoretischen Startwert 0 gesetzt, um die Entwicklung der Größen im Zeitverlauf parallel darstellen zu können.

Gut zu erkennen ist die Entwicklung des ostdeutschen Wohnungsmarktes in den 1990er und 2000er Jahren. Zwischen dem Jahr 1995 und der Jahrtausendwende wuchs der Wohnungsbestand deutlich stärker als die Zahl der ostdeutschen Haushalte. In der Folge stieg der Leerstand. Die darauffolgenden staatlichen Bemühungen zur Reduzierung dieses Leerstands konnten den Wohnungsbestand in Ostdeutschland in der folgenden Dekade etwa auf dem Niveau des Jahres 2002 halten. Gleichzeitig stieg die Haushaltszahl weiter an, der Leerstand sank. Dieser positive Effekt steigender

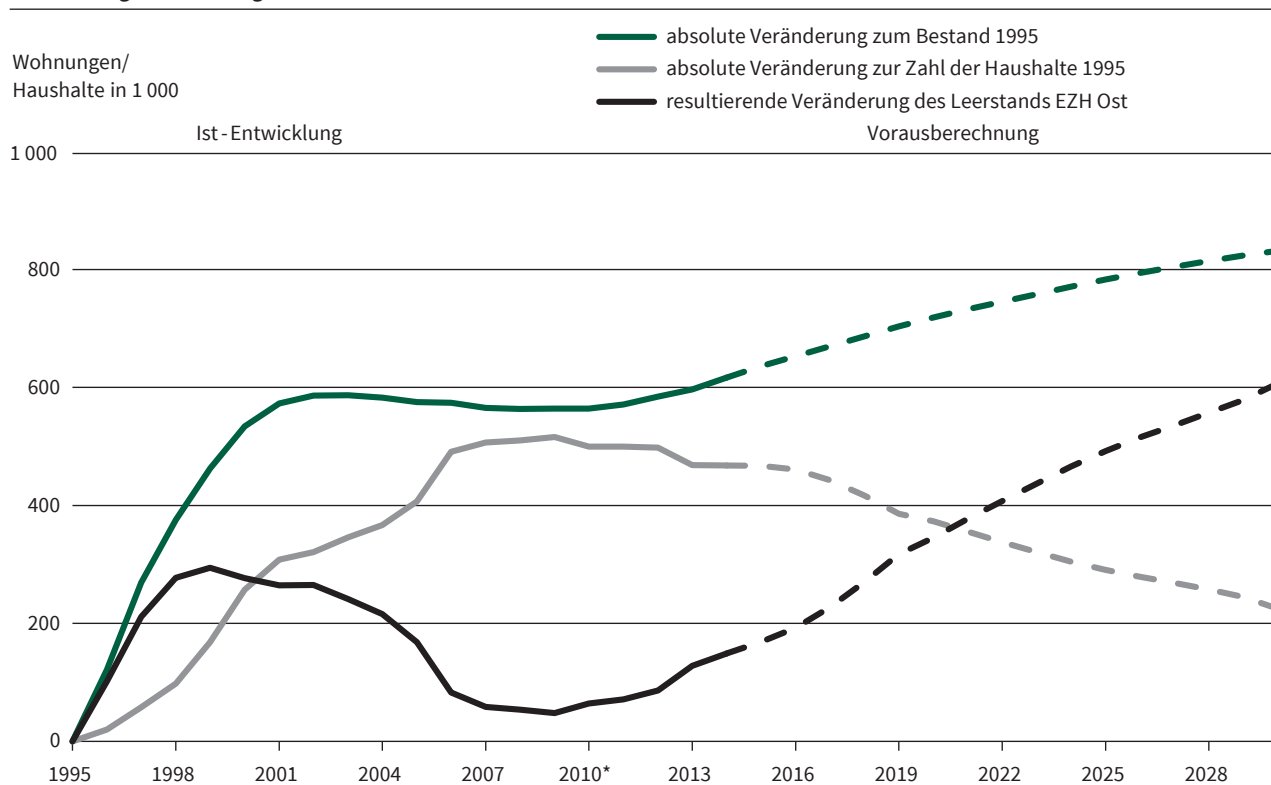
Haushaltszahlen hat sich nun ins Gegenteil verkehrt, die Haushaltszahl wird zukünftig deutlich zurückgehen, der Wohnungsbestand wächst jedoch aufgrund der aufgezeigten kleinräumigen Dichotomie zwischen Wachstums- und Schrumpfungregionen nach der beschriebenen Stagnationsphase weiter. Die Folge ist ein deutlicher Anstieg des Wohnungsleerstands.

Die hier abgetragene Kurve kann nur grob den rechnerisch zusätzlich seit dem Jahr 1995 in Ostdeutschland zu verzeichnenden Leerstand abtragen, da eine kontinuierliche Leerstandserfassung in Deutschland nicht existiert. Im Zensusjahr 2011 lag dieser zusätzliche Leerstand ungefähr auf dem Niveau des Jahres 1995. Addiert man nun den im Zensus 2011 für Ostdeutschland ermittelten Sockelleerstand von rund 630 000 leerstehenden Wohnungen (BBSR 2017a) zur Zahl der bis zum Jahr 2030 hier abgetragenen zusätzlich leerfallenden Wohnungen in Höhe von nochmals rund 580 000 Wohnungen, so erhält man für 2030 einen Gesamt-leerstand für die ostdeutschen Flächenländer von rund 1,2 Mill. Wohnungen. Dies entspricht 30 500 jährlich seit dem Jahr 2011 leerfallenden Wohnungen bzw. einer Leerstandsquote von 16,7 % (ohne Berlin).

**FAZIT**

Der ostdeutsche Wohnungsmarkt wird zukünftig von hohem Wohnungsleerstand geprägt sein. Jährliche Verluste von rund 15 000 Haushalten stehen einem Bestandswachstum von rund 15 500 Wohnungen gegenüber. In der Summe

**Abb. 6**  
Entwicklung des Wohnungsleerstandes in den ostdeutschen Flächenländern bis 2030



\* Zensuslücke in den Datenreihen von 2010 auf 2011 entfernt.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2015c/2016b), Berechnung und Darstellung des IÖR.



steigt der Leerstand jährlich um 30 500 Wohnungen an. Ein gänzlich anderes Bild zeigt sich in Berlin. Hier führte eine moderate Neubautätigkeit bei gleichzeitig starkem Anstieg der Haushaltszahl zum raschen Abbau des noch vorhandenen Wohnungsleerstands. Aktuell sind in Berlin erste Symptome einer Wohnungsknappheit zu beobachten. Unter tendenziell weiter steigenden Mieten ist aus diesem Grund mit einem deutlichen Anstieg der Neubautätigkeit in Berlin zu rechnen.

Beide Entwicklungen – der Anstieg des Leerstands in der Fläche sowie der zunehmende Neubau in den Großstädten – bedingen einander. Kleinräumig ausgeprägte interregionale Polarisierungsprozesse der Reurbanisierung und Suburbanisierung in das unmittelbar angrenzende Umland großer Agglomerationen (Herfert et al. 2012) sorgen für ein heterogenes Wohnungsbild mit gänzlich unterschiedlichen politischen Herausforderungen. Während in den wachsenden Großstädten ein auch sozial verträglicher Neubau von Wohnungen forciert werden sollte – insbesondere durch die Bereitstellung von Bauland und die Verschlinkung von Planungs- und Genehmigungsverfahren (BBSR 2017b) – muss in der Peripherie über neue Strategien des Leerstandsmanagements nachgedacht werden. Am Ende dieses Prozesses wird man im Zuge der aktuell anstehenden Neuauflage des Stadtumbauprogramms um eine wie auch immer gearbete finanzielle Förderung des Abrisses nicht mehr benötigter Wohnungen nicht umhinkommen, wenn man die hier skizzierten Verwerfungen am ostdeutschen Wohnungsmarkt noch rechtzeitig abfedern möchte.

## LITERATUR

Banse, J., Deilmann, C., Fritzsche, C., Hörnig, V., Kluge, J., Kretzschmar, D., Marquardt, G., Motzek, T., Ragnitz, J., Thum, M., und L. Vandrei (2017), Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf den ostdeutschen Wohnungsmarkt. ifo Dresden Studien 78, München/Dresden.

Berlin-Institut (Hrsg.) (2016), Im Osten auf Wanderschaft – Wie Umzüge die demografische Landkarte zwischen Rügen und Erzgebirge verändern, Berlin.

Bundesinstitut für Bau- Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) (2017a), Gemeinsame Evaluierung der Programme Stadtumbau Ost und Stadtumbau West, Bonn.

Bundesinstitut für Bau- Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) (2017b), Aktuelle Trends der Wohnungsbautätigkeit – Wer baut wo welche Wohnungen?, Bonn.

Effenberger, K., Banse, J. und H. Oertel (2014), Deutschland 2060. Die Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Wohnungsmarkt, Stuttgart.

Empirica (Hrsg.) (2016), CBRE-empirica-Leerstandsindex. 2009–2015. Ergebnisse und Methodik, Berlin.

Fritzsche, C. und L. Vandrei (2017), „Spezifika des ostdeutschen Wohnungsmarktes – Teil 1: Räumliche Unterschiede“, ifo Dresden berichtet 23 (03), S. 8-13.

Herfert, G. und F. Osterhage (2012), Wohnen in der Stadt: Gibt es eine Trendwende zur Reurbanisierung? Ein quantitativ-analytischer Ansatz. In: Brake, K. und G. Herfert (Hrsg.), Reurbanisierung. Materialität und Diskurs in Deutschland, Wiesbaden.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.) (2015), Zensus 2011. Gebäude- und Wohnungsbestand in Deutschland. Endgültige Ergebnisse, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2015a), Bevölkerungsentwicklung in den Bundesländern bis 2060 - Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2015b), Bauen und Wohnen. Baugenehmigungen/ Baufertigstellungen u. a. nach der Gebäudeart. Lange Reihen z.T. ab 1960, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2015c), Gebäude und Wohnungen. Bestand an Wohnungen und Wohngebäuden. Bauabgang von Wohnungen und Wohngebäuden. Lange Reihen ab 1969-2014, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2016a), Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Vorläufige Wanderungsergebnisse 2015, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2016b), Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Haushalte und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus – Fachserie 1, Reihe 3, Wiesbaden.

- 1 Die Aktualisierung der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung mit überarbeiteten Annahmen zur Zuwanderung auf Basis des Jahres 2015 war zum Zeitpunkt der Berechnung noch nicht veröffentlicht.
- 2 An dieser Stelle ist auf den Unterschied zwischen der theoretischen Verfügbarkeit von Bauland und den planerischen, bürokratischen und politischen Möglichkeiten, dieses tatsächlich verfügbar zu machen, zu verweisen. In dieser Prognose wird davon ausgegangen, dass es in Zukunft gelingen wird, diese Hürden zunehmend zu beseitigen.

Ronnie Schöb\*

# Ungleichheit und Zufriedenheit – Anmerkungen zur Ungleichheitsdebatte

Befragungen zur Lebenszufriedenheit in Deutschland zeigen einen deutlichen Anstieg der Zufriedenheit in den Jahren 2005 bis 2015. In der gegenwärtigen politischen Diskussion wird dagegen häufig ein Bild gezeichnet, wonach sich immer mehr Menschen abgehängt fühlen und zunehmend Sorgen um die Zukunft machen. Blickt man aber auf die Entwicklung der subjektiven Lebenszufriedenheit in den unterschiedlichen Einkommensgruppen, zeigt sich, dass die Schere zwischen Unzufriedenen und Zufriedenen nicht etwa aufgegangen ist, sondern sich sogar etwas geschlossen hat. Der vorliegende Beitrag ergründet mögliche Ursachen dieser gegensätzlichen Wahrnehmung.

Die Deutschen sind mit ihrem Leben so zufrieden wie noch nie seit der Wiedervereinigung. Das zeigt die jährliche Befragung des am DEUTSCHEN INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (DIW) angesiedelten Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), in der die immer gleichen Personen nach ihren Lebensumständen und nach ihrer Lebenszufriedenheit gefragt werden. Auf einer Skala von null (ganz und gar unzufrieden) bis zehn (ganz und gar zufrieden) können die Befragten ihre persönliche Lebenszufriedenheit einstufen.

Wie die Abbildung 1 zeigt, kreuzten die Deutschen 2015 im Durchschnitt einen Wert von fast 7,6 an. Zum Vergleich: 2005 betrug der Durchschnitt nur knapp 7,1. Dieser Anstieg ist in etwa doppelt so groß wie der Anstieg der Lebenszufriedenheit bei Menschen, die frisch verheiratet sind. Etwa 83 % der vom SOEP Befragten kreuzten zuletzt mindestens eine Sechs an – mehr als je zuvor. Umgekehrt kreuzten nicht einmal 7 % eine Vier oder einen schlechteren Wert an, ein Drittel weniger als noch 2005 (vgl. Grabka und Schupp 2017). Die Menschen sind im Durchschnitt zufriedener, der Anteil der Menschen, die sehr zufrieden ist, ist angestiegen, der Anteil der Unzufriedenen gefallen. Diese Entwicklung zeigt sich sowohl in den alten wie in den neuen Bundesländern. Der Anstieg der Lebenszufriedenheit war in den neuen Bundesländern sogar etwa größer als in den alten Bundesländern.

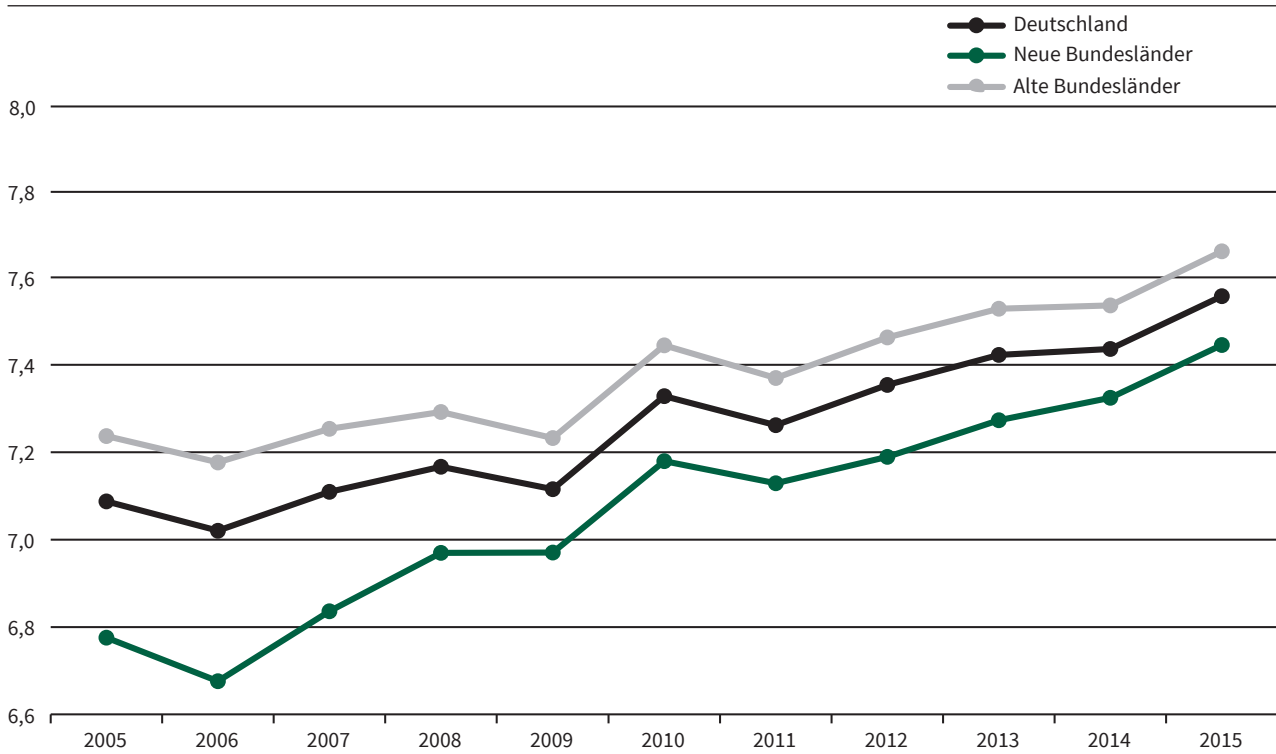
Diese guten Nachrichten waren zumindest in der Woche des Weltglückstages (20. März) ein paar Schlagzeilen wert. In der gegenwärtigen politischen Diskussion wird von Deutschland dagegen immer wieder das Bild gezeichnet, wonach sich immer mehr Menschen in Deutschland abgehängt fühlen und sich zunehmend mehr Sorgen um ihre eigene Zukunft und die Zukunft ihrer Kinder machen. Und diese Menschen haben keinen Grund, zufrieden mit ihrem Leben zu sein. Verteilt sich das Glück also nur auf immer weniger Menschen? Die Befragung des SOEP lässt die Betroffenen zu Wort kommen und es lohnt sich, einmal genauer darauf zu schauen, wie die Menschen in unterschiedlichen Einkommensgruppen ihre Lage selber einschätzen.

Betrachtet man die Einkommensentwicklung (vgl. Abb. 2), so sieht man, dass die unteren Nettohaushaltseinkommen seit 2005 weniger stark angestiegen sind als die Haushaltseinkommen der höheren Einkommensgruppen. Im ersten Einkommensquintil, das sind die 20 % aller Haushalte mit dem niedrigsten bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen, stieg das Realeinkommen um nicht einmal 3 %, die Haushaltseinkommen der 20 % einkommensstärksten Haushalte (5. Quintil) stieg im gleichen Zeitraum hingegen um über 10 % an. Ein Blick auf die Stundenlöhne zeigt jedoch, dass diese Entwicklung im Wesentlichen auf die schlechtere Einkommensentwicklung vor 2010 zurückzuführen ist. Seit 2010, also vor Einführung des Mindestlohns, wachsen die realen Stundenlöhne im Niedriglohnbereich schneller als die mittleren Stundenlöhne und in etwa im selben Maße wie die höchsten Stundenlöhne (vgl. Brenke und Kritikós 2017).

Blicken wir auf die Entwicklung der subjektiven Lebenszufriedenheit in den unterschiedlichen Einkommensgruppen, ergibt sich ein völlig anderes Bild. Die Schere zwischen Unzufriedenen und Zufriedenen ist nicht etwa aufgegangen, sondern hat sich etwas geschlossen. Wie Abbildung 3 zeigt, steigt (wie erwartet) die Lebenszufriedenheit mit steigendem Einkommen (vgl. Weimann, Knabe und Schöb 2015). Aber: Der Zuwachs in der Lebenszufriedenheit seit 2005 war in den unteren Einkommensquintilen größer als in den oberen Einkommensquintilen. Im untersten Einkommensquintil stieg die durchschnittliche Lebenszufriedenheit um 0,62 an. Dies entspricht in etwa dem Anstieg der Lebenszufriedenheit des 4. Einkommensquintils (0,5), ist aber deutlich größer als der Anstieg im obersten Einkommensquintil (0,33). Im untersten Einkommensquintil ist der Anteil derer, die dabei eine neun oder zehn angekreuzt haben, und damit offenbar sehr zufrieden sind, von etwa 9 % im Jahr 2005 auf 15 % im Jahr 2015 an-

\* Prof. Ronnie Schöb ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Freien Universität Berlin. Seit 2008 berät er die Niederlassung Dresden des ifo Instituts als Forschungsprofessor.

**Abb. 1**  
Die Lebenszufriedenheit in Deutschland 2005 bis 2015

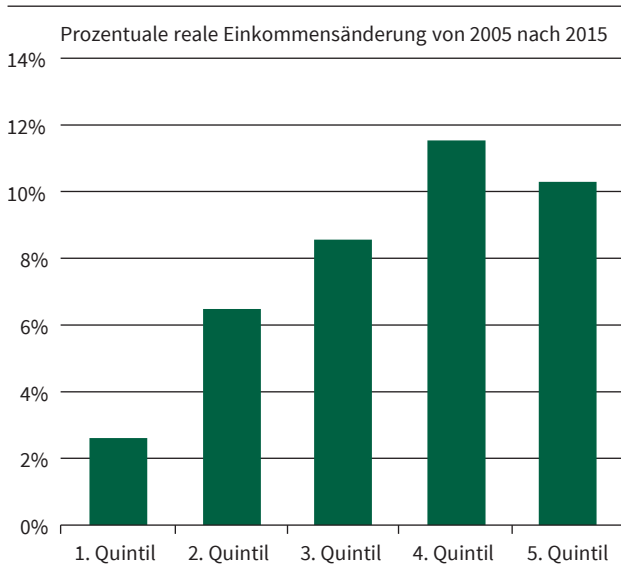


Legende: Lebenszufriedenheit auf einer 11-Punkte-Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (vollkommen zufrieden). Werte korrigiert um die Dauer der Panelzugehörigkeit; gewichtete Ergebnisse; neue Bundesländer inklusive Berlin.

Quelle: SOEP v32.

© ifo Institut

**Abb. 2**  
Einkommensentwicklung nach Einkommensgruppen



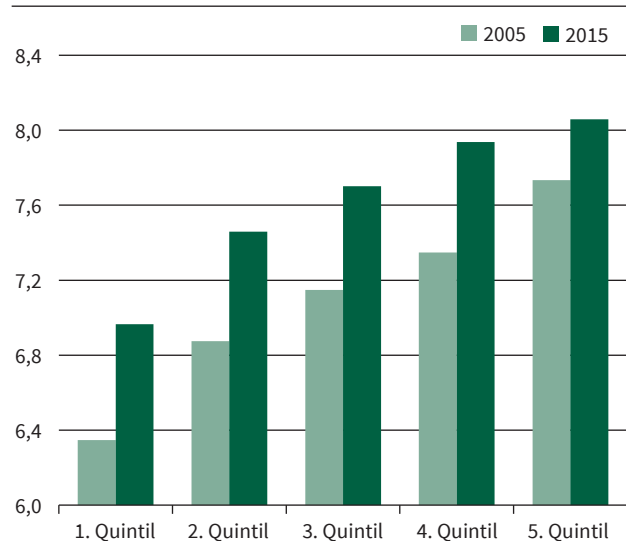
Legende: Äquivalenzgewichtete Haushaltsnettoeinkommen in Preisen von 2011; gewichtete Ergebnisse.

Quelle: SOEP v32.

© ifo Institut

gestiegen. Der Anteil der Unzufriedenen (Werte von Null bis Vier) nahm wie in allen Einkommensgruppen ab (vgl. Grabka und Schupp 2017). Bezüglich der Lebenszufriedenheit lässt sich also keinesfalls von einer wachsenden Zahl von „Abgehängten“ sprechen.

**Abb. 3**  
Lebenszufriedenheit 2005 vs. 2015



Legende: Lebenszufriedenheit auf einer 11-Punkte-Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (vollkommen zufrieden). Werte korrigiert um die Dauer der Panelzugehörigkeit; gewichtete Ergebnisse.

Quelle: SOEP v32.

© ifo Institut

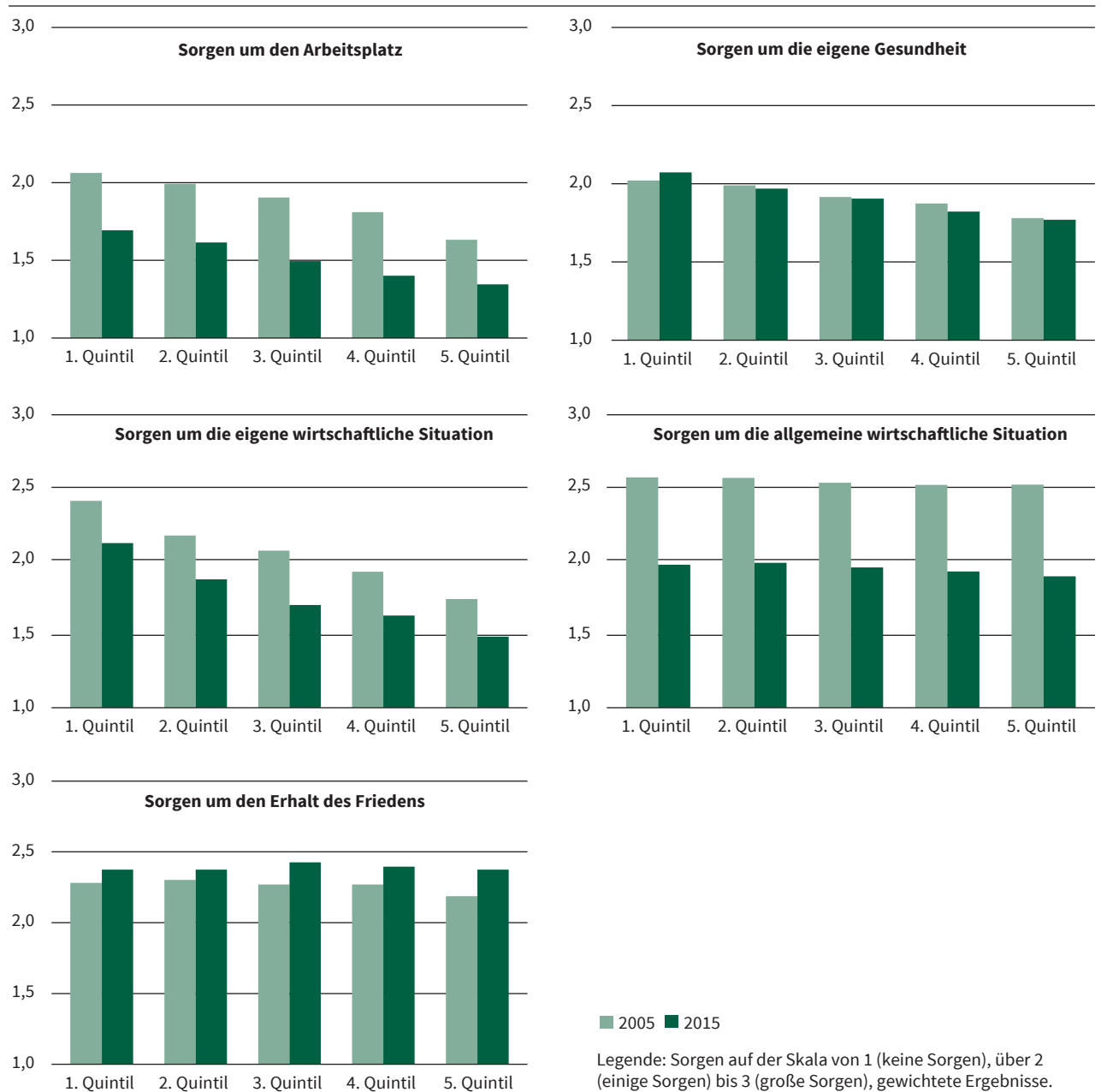
Ein wichtiger Grund für den Anstieg in der Lebenszufriedenheit über alle Einkommensgruppen hinweg ist die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Von Juni 2005 bis Juni 2015 ist die Zahl der Arbeitslosen um über zwei Millionen gefallen, die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

tigten ist im gleichen Zeitraum um 4,6 Mill. gestiegen. Arbeit spielt eine wesentliche Rolle für die eigene Lebenszufriedenheit, die weit über das hinausgeht, was durch höheres Einkommen zu erklären ist (vgl. Schüb 2013, Hetschko, Knabe und Schüb 2014). Dies belegt auch eine neuere Studie, die die Übergänge zwischen Arbeitslosigkeit, Arbeit mit ergänzendem ALG-II-Bezug und Arbeit ohne staatliche Unterstützung untersucht. Hetschko, Schüb und Wolf (2016) haben mit Hilfe von Befragungsdaten aus dem Panel „Arbeitsmarkt und soziale Sicherheit“ des INSTITUTS FÜR ARBEITSMARKT- UND BERUFSFORSCHUNG AUS NÜRNBERG (IAB) gezeigt: Wer arbeitslos war und dann wieder Arbeit im Niedriglohnsektor gefunden hatte, wurde durch den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt deutlich zufriedener, selbst wenn er nach wie vor auf ergänzendes Arbeitslosengeld (ALG) II angewiesen war.

Nicht nur die ehemals Arbeitslosen sind zufriedener sondern auch die Beschäftigten (vgl. Felbermayr et al. 2017). Die Angst um den eigenen Arbeitsplatz dämpft die Lebenszufriedenheit (vgl. Knabe und Rätzel 2011). Ein hohes Beschäftigungsniveau, ein stabiler Arbeitsmarkt und damit gute Arbeitsmarktaussichten können diese Angst schmälern. In der Tat spiegeln die Antworten zur individuellen Lebenszufriedenheit keinesfalls nur das gegenwärtige Empfinden wieder (vgl. Fratzscher 2017), sondern auch die Hoffnungen, Sorgen und Ängste der Menschen, die sie mit einer unsicheren Zukunft verbinden. Auch hiernach fragt das SOEP regelmäßig.

Abbildung 4 zeigt, wie sehr sich die Menschen in den unterschiedlichen Einkommensgruppen 2005 und 2015 um ihren eigenen Arbeitsplatz, ihre Gesundheit, die eigene und allgemeine wirtschaftliche Entwicklung und den Frieden sorg-

**Abb. 4**  
**Die Sorgen der Deutschen 2005 und 2015**



ten. Im Jahr 2015 machten die Menschen sich weniger Sorgen um den eigenen Arbeitsplatz, die eigene wirtschaftliche Situation und die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung als noch 2005, und die Sorgen sind tendenziell in den unteren Einkommensgruppen stärker gesunken. Nur die Sorge um den Frieden hat in allen Einkommensgruppen zugenommen. Fragt man also die Menschen direkt, findet sich das Bild von wachsenden Zukunftsängsten nicht und die Befragungsergebnisse bestätigen auch nicht die These, dass die Sorgen der unteren Einkommensgruppen immer prekärer werden.

Trotzdem: Viele Menschen bemängeln die soziale Ungleichheit und den bröckelnden gesellschaftlichen Zusammenhalt. Und in der erstmals 2015 vom SOEP gestellten Frage nach der Zufriedenheit mit der allgemeinen Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit in Deutschland zeigt sich tatsächlich, dass die Befragten hier wesentlich unzufriedener sind als bei anderen Dimensionen des alltäglichen Lebens wie zum Beispiel dem eigenen Familieneinkommen. Allerdings korreliert diese Unzufriedenheit über die Ungleichheit in der Gesellschaft mit der persönlichen Lebenszufriedenheit. Wer unzufrieden ist mit der sozialen Situation in Deutschland, ist in der Tendenz auch weniger zufrieden mit seinem eigenen Leben.

Woher stammt diese Unzufriedenheit über soziale Ungleichheit? Eine mögliche Antwort hierauf gibt Nierhues (2016). Sie hat untersucht, wie die Menschen die Einkommensverteilung in Deutschland einschätzen. Das Ergebnis ist in Abbildung 5 dargestellt.

Nierhues (2016) befragte mehr als 1 000 Deutsche wie ihrer Ansicht nach die vorherrschende Gesellschaftsform aussieht. So glaubten 54,2% der Befragten, dass die Mehrheit der in Deutschland lebenden Bevölkerung zum unteren Ende der Gesellschaftspyramide gehört (Typ A oder B). Interpretiert man die Schichtung im Hinblick auf die Einkommensverteilung und gruppiert die Mitte um das Medianeinkommen, so entspräche allerdings der Typ D der tatsächlichen gesellschaftlichen Schichtung. Wenn dem so ist, so ist der Maßstab für soziale Gerechtigkeit in Deutschland schon in Bezug auf die Einkommensverteilung verzerrt. Nimmt man die subjektive Einschätzung der Zufriedenheit

als Maß, wobei die Mitte der Skala (das wäre eine Fünf auf der Elf-Punkte-Skala) die Mitte der gesellschaftlichen Schichtung darstellt, so wird die Zufriedenheitsverteilung am besten durch Typ E beschrieben.

Die gute Nachricht der Zufriedenheitsforschung sollte nicht ganz in Vergessenheit geraten: Uns geht es gut, und wir sind alles in allem zufrieden mit unserem Leben. Und in den letzten Jahren sind wir über alle Einkommensgruppen hinweg zufriedener geworden. Als Gesellschaft darf man sich auf dem Erreichten aber nicht ausruhen und die Augen vor nach wie vor bestehenden sozialen Problemen verschließen. Wir haben das Glück nicht gepachtet.

LITERATUR

Brenke, K. und A. S. Kritikos (2017), „Niedrige Stundenverdienste hinken bei der Lohnentwicklung nicht mehr hinterher“. DIW-Wochenbericht 84(21), S. 407–416.

Felbermayr, G., Battisti, M. und J.-P. Suchta (2017), „Lebenszufriedenheit und ihre Verteilung in Deutschland: Eine Bestandsaufnahme“. ifo Schnelldienst 70 (9), S. 19–30.

Fratzscher, M. (2017), „Zufriedenheit und Ungleichheit“. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. April 2017.

Grabka, M. und J. Schupp (2017), „Geht’s uns wirklich so gut? Lebensqualität ist mehr als nur subjektive oder objektive Lebenslage“, Wirtschaftsdienst 97(6), S. 448–450.

Hetschko, C., Knabe, A. und R. Schöb (2014), „Changing Identity: Retiring from Unemployment“, Economic Journal 124(575), S. 149–166.

Hetschko, C., Schöb, R. und T. Wolf (2016), Income Support, (Un-)employment and Well-Being, CESifo Working Paper No. 6016, Juli 2016.

Knabe, A. und S. Rätzl (2011), „Scarring or Scaring? The psychological Impact of Past Unemployment and Future Unemployment Risk“. *Economica* 78(310), S. 283–293.

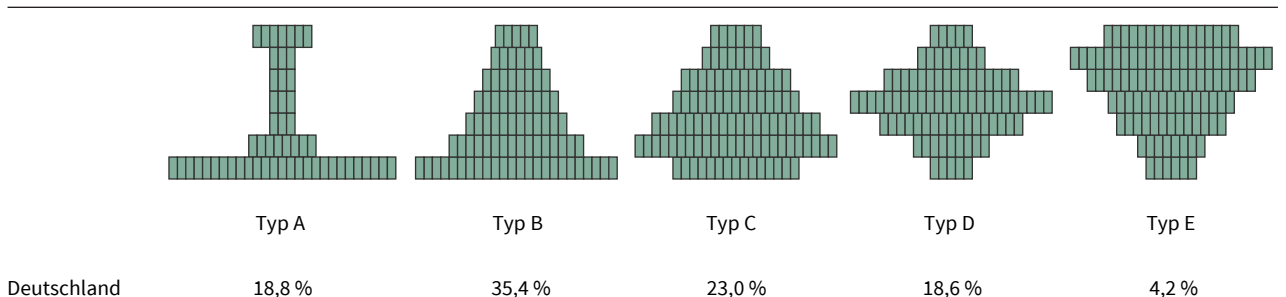
Nierhues, J. (2016), „Ungleichheit: Wahrnehmung und Wirklichkeit – ein internationaler Vergleich“. *Wirtschaftsdienst* 96(13), S. 13–18.

Schöb, R. (2013), „Unemployment and Identity“, *CESifo Economic Studies* 59(1), S. 149–180.

SOEP – Sozio-oekonomisches Panel (Hrsg.) (2017), SOEP: Daten für die Jahre 1984–2015, Version 32.1, doi: 10.5684/soep.v32.1.

Weimann, J., Knabe, A. und R. Schöb (2015), *Measuring Happiness: The Economics of Well-Being*, MIT Press: Cambridge, Mass., 2015.

Abb. 5  
Subjektiv wahrgenommene Gesellschaftsformen



Quelle: Nierhues (2016).

© ifo Institut

Jannik A. Nauerth und Michael Weber\*

## Zur Überarbeitung der Ergebnisse für das Wirtschaftswachstum im Jahr 2015<sup>1</sup>

Im März 2017 wurden die Ergebnisse für das Wirtschaftswachstum im Jahr 2015 auf der Ebene der Bundesländer außergewöhnlich kräftig überarbeitet. Neben den üblichen Anpassungen aufgrund neu verfügbarer Daten dürften hierfür unter anderem Schwierigkeiten bei der Schätzung der regionalen Vorleistungsquoten eine Rolle spielen. Diese zeigen in den letzten Jahren einen sprunghaften Verlauf und lassen sich daher schwieriger fortschreiben.

Im März 2017 überraschte der ARBEITSKREIS VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN (VGR) DER LÄNDER Wirtschaftspolitiker und Konjunkturforscher: Die amtlichen Angaben zum Wirtschaftswachstum auf Länderebene für das Jahr 2015 wurden im Zuge der turnusmäßigen Überarbeitung der Ergebnisse zum Teil kräftig korrigiert. So wurde beispielsweise für Sachsen in der im Vorjahr veröffentlichten „1. Fortschreibung“ für 2015 eine Wachstumsrate von 1,5% ausgewiesen; in der nunmehr veröffentlichten „2. Fortschreibung“ aber eine Wachstumsrate von 2,7%. Die sächsische Wirtschaft wuchs also nicht unter-, sondern weit überdurchschnittlich. Auch in Rheinland-Pfalz (+1,7 Prozentpunkte), Sachsen-Anhalt (+1,5) und Thüringen (+1,5) wurden die Wachstumsraten des Jahres 2015 deutlich nach oben korrigiert, während insbesondere in Niedersachsen (-2,3 Prozentpunkte), Mecklenburg-Vorpommern (-0,9) und dem Saarland (-0,7) nunmehr geringere Wachstumsraten ausgewiesen werden (vgl. Abb. 1).

Diese Unterschiede resultieren aus entsprechenden Anpassungen der Veränderungsraten der preisbereinigten Bruttowertschöpfung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen der Bundesländer. Diese waren regional und sektoral stark unterschiedlich ausgeprägt. Im Verarbeitenden Gewerbe wurden die Zuwachsraten in Niedersachsen (-10,4 Prozentpunkte) und Mecklenburg-Vorpommern (-10,9) am stärksten abgesenkt, in Sachsen-Anhalt (+5,8) und Rheinland-Pfalz (+4,9) am stärksten angehoben. Im Baugewerbe wurde die Wachstumsrate der preisbereinigten Bruttowertschöpfung in Hessen am deutlichsten nach unten (-5,7) und in Thüringen am stärksten nach oben (+11,0) korrigiert. In den Dienstleistungsbereichen sind die Abweichungen zwischen den beiden Berechnungsständen demgegenüber eher gering und weniger breit gestreut. Für alle Dienstleistungsbereiche zusammengenommen wurde die Wachstumsrate am stärksten in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen um je 0,5 Prozentpunkte angehoben, in Hamburg hingegen um 0,7 Prozentpunkte abgesenkt.

Überarbeitungen der Ergebnisse der ersten Fortschreibung sind üblich und der zum Berechnungszeitpunkt noch unvollständigen Datengrundlage geschuldet. In der Vergangenheit erwies sich die erste Fortschreibung der Länderergebnisse aber trotz ihres vorläufigen Charakters üblicher-

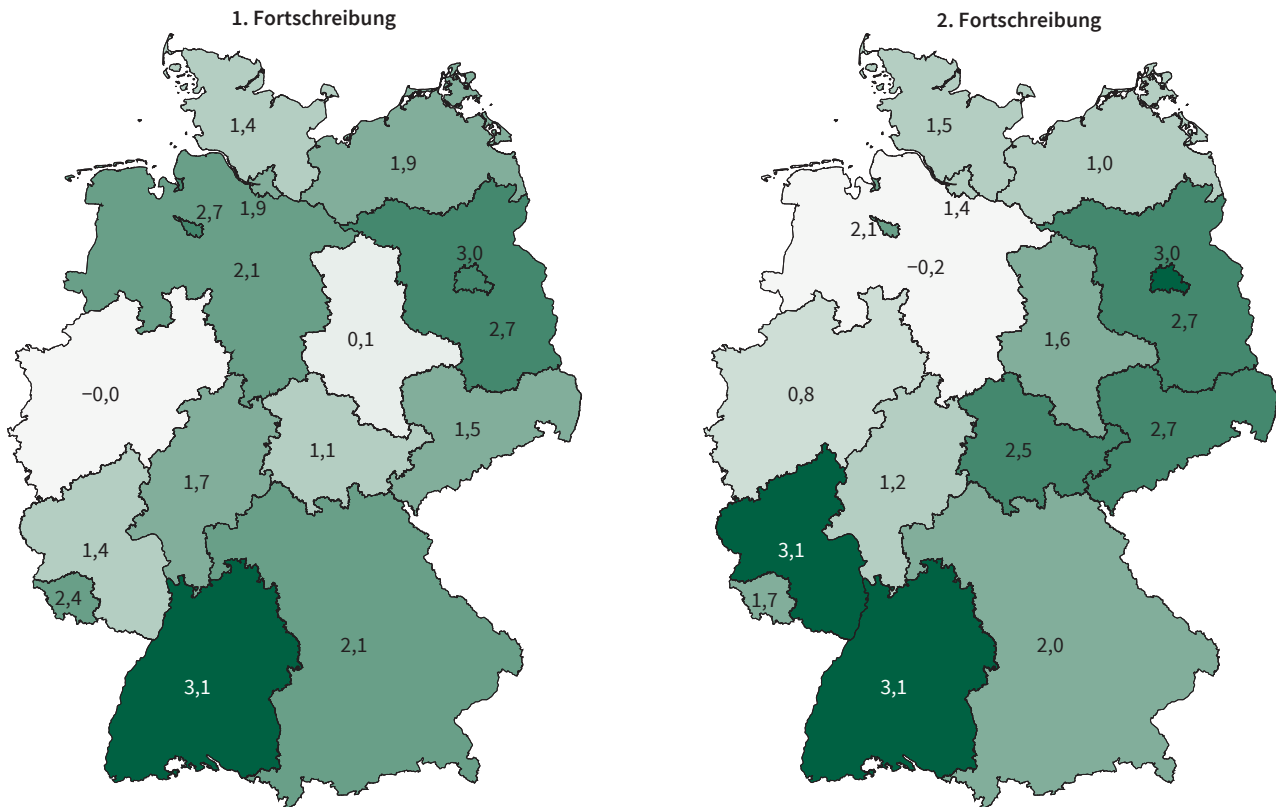
weise als vergleichsweise robust. Die Veränderungsraten des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts auf Länderebene unterschieden sich zwischen der ersten und der zweiten Fortschreibung sehr häufig nur um wenige Zehntel Prozentpunkte (vgl. Abb. 2). Für etwa ein Drittel aller Berichtsjahre von 2002 bis 2014 betrug der Unterschied nicht mehr als 0,2 Prozentpunkte nach oben oder unten.<sup>2</sup> Korrekturen um mehr als einen Prozentpunkt, wie sie sich für das Berichtsjahr 2015 in mehreren Bundesländern ergeben, gehörten dagegen zur absoluten Ausnahme und waren im Betrachtungszeitraum fast ausschließlich in den Jahren nach 2010 zu beobachten.

Allerdings sind auch die Ergebnisse der zweiten Fortschreibung noch vorläufig, ebenso wie die Berechnungsergebnisse, die in den beiden darauf folgenden Jahren veröffentlicht werden. Tatsächlich liegen erst fünf Jahre nach dem Berichtsjahr Ergebnisse vor, die endgültigen Charakter tragen. Das liegt daran, dass viele der Indikatoren, anhand derer entsprechend der Vorgaben des ESGV 2010<sup>3</sup> die Bruttowertschöpfung der einzelnen Wirtschaftszweige und das Bruttoinlandsprodukt berechnet werden, erst mit erheblicher Verzögerung zur Verfügung stehen. In den Jahren davor veröffentlicht der ARBEITSKREIS VGR DER LÄNDER vorläufige Ergebnisse, um den Datenbedarf von Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft zu decken. Jede neue Veröffentlichung kann auf umfangreichere Daten zurückgreifen, wodurch sich die Genauigkeit der Ergebnisse erhöht und regelmäßig Überarbeitungsbedarfe bei den vorläufigen Berechnungsergebnissen ergeben.

Für das Berichtsjahr 2015 wurden im Jahr 2016 die erste Fortschreibung und im Jahr 2017 die zweite Fortschreibung veröffentlicht. In den Fortschreibungsjahren stehen vergleichsweise wenige Indikatoren zur Verfügung. Daher berechnet die amtliche Statistik die Bruttowertschöpfung für diese Veröffentlichungen nicht direkt, sondern schreibt sie ausgehend von originär berechneten Ergebnissen früherer Berichtsjahre anhand geeigneter Indikatoren fort. Dabei setzte die im Jahr

\* Jannik A. Nauerth ist Doktorand und Dr. Michael Weber ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Niederlassung Dresden des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

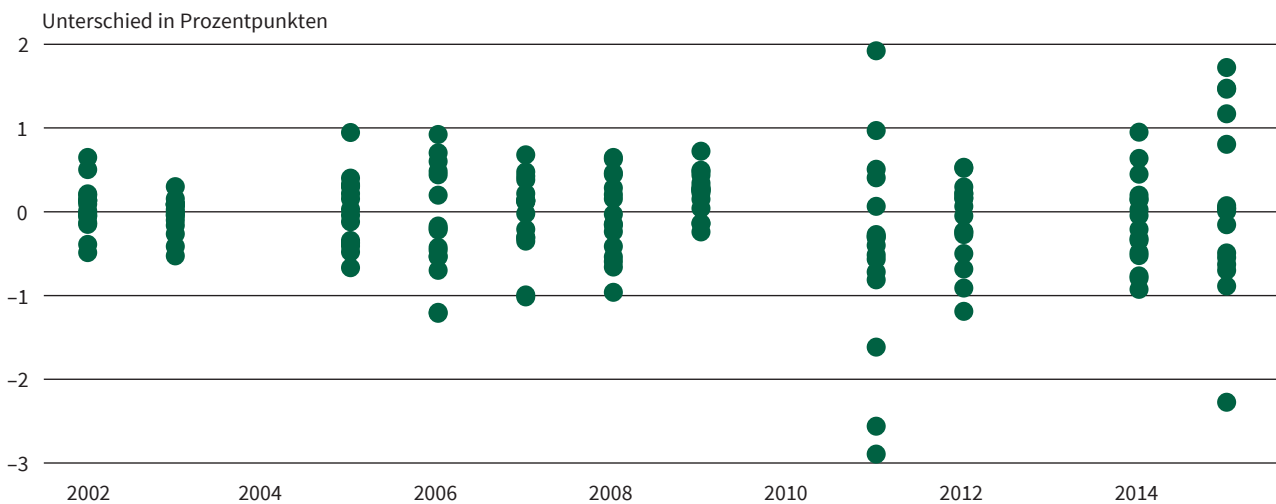
**Abb. 1**  
Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2015 (in %)



Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder (2016, 2017a), Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

**Abb. 2**  
Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts: Zweite gegenüber erster Fortschreibung<sup>a</sup>



a) Ergebnisse für alle Bundesländer. Ohne Berichtsjahre 2004, 2010 und 2013, da für diese Berichtsjahre die erste Fortschreibung vor, die zweite Fortschreibung nach einer größeren methodischen Revision der amtlichen Statistik veröffentlicht wurde.

Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder, Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

2016 veröffentlichte erste Fortschreibung für das Jahr 2015 auf der zum gleichen Zeitpunkt veröffentlichten zweiten Fortschreibung für das Jahr 2014 auf, die ihrerseits auf der ersten Originärberechnung für das Berichtsjahr 2013 fußte. Als Fortschreibungsindikatoren verwendet der ARBEITSKREIS VGR DER LÄNDER sowohl länderspezifische Informationen, z. B. zur Ent-

wicklung von Umsätzen, Beschäftigten oder Arbeitnehmerentgelten, als auch bundesdurchschnittliche Entwicklungsangaben (vgl. Arbeitskreis VGR der Länder 2017b, Kap. 7).

Im März 2018 wird der ARBEITSKREIS VGR DER LÄNDER die – immer noch vorläufige – erste Originärberechnung für das Jahr 2015 veröffentlichen, für die er die Wertschöpfungs-

angaben erstmals direkt aus zahlreichen Indikatoren – Umsatz, Kosten, Vorleistungen, Beschäftigung, Arbeitnehmerentgelte usw. – ermittelt. Aber voraussichtlich erst Anfang 2020 werden Ergebnisse der sogenannten dritten Originärberechnung für das Berichtsjahr 2015 vorliegen, die endgültigen Charakter tragen. Diese endgültigen Werte werden später nur noch im Zuge „großer Revisionen“ korrigiert, um z. B. die Statistik an neue internationale Konventionen, europäische Vorgaben oder neue Datenquellen anzupassen. Die letzte große Revision auf der Länderebene fand 2014/15 statt, die nächste wird voraussichtlich 2019/20 implementiert.

Für die Veröffentlichung im Jahr 2017 standen der amtlichen Statistik also mehr und umfangreichere Daten zur Fortschreibung des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2015 zur Verfügung als zum Zeitpunkt der ersten Fortschreibung im Jahr 2016. Dank der breiteren Datenbasis konnte wie üblich auch ein etwas anderer methodischer Berechnungsansatz verwendet werden. Dadurch ergaben sich unter anderem Überarbeitungen für die Ergebnisse auf der Bundesebene, die sogenannten Bundeseckwerte, an die wiederum die Länderergebnisse angepasst wurden, da diese auf die Bundesergebnisse koordiniert sind bzw. direkt von den Bundesergebnissen im Rahmen des Top-Down-Verfahrens abgeleitet werden. Dabei wirken sich Überarbeitungen der Bundeseckwerte auf Grund der regional unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen unterschiedlich stark auf die Ergebnisse der einzelnen Bundesländer aus, was zur Erklärung der regional unterschiedlichen Überarbeitungsmuster beiträgt.

Auf der Bundesebene wurden die Wachstumsraten der preisbereinigten Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe um 0,4 Prozentpunkte und im Baugewerbe um 0,5 Prozentpunkte gesenkt, im Dienstleistungsbereich um 0,2 Prozentpunkte angehoben. Insgesamt heben sich diese Ergebnisabweichungen aber auf, sodass die Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts für Deutschland weiterhin mit 1,7 % ausgewiesen wird. Von den Überarbeitungen auf der Bundesebene ist allein jene im Verarbeitenden Gewerbe im längerfristigen Vergleich etwas außergewöhnlich; doch selbst hier traten Anpassungen um immerhin 0,3 Prozentpunkte in der Vergangenheit wiederholt auf. Insgesamt erscheint es wenig wahrscheinlich, dass allein Änderungen in den Bundeseckwerten die umfangreichen Überarbeitungen auf der Länderebene erklären können.

Vielmehr werden auch aktualisierte bzw. zusätzliche Informationen aus den länderspezifischen Datenquellen zur umfangreichen Überarbeitung der Länderergebnisse beigetragen haben. Zum Beispiel stehen in der zweiten Fortschreibung mit der Schnellauswertung der amtlichen Kostenstrukturhebung erstmals Daten zu den regionalen Kosten und Vorleistungen im Verarbeitenden Gewerbe zur Verfügung. Hierdurch verbessert sich die Datenbasis erheblich und das Bruttoinlandsprodukt lässt sich grundsätzlich präziser fortschreiben; dadurch ergeben sich zugleich aber regelmäßig auch Abweichungen der Ergebnisse unterschiedlicher Berechnungsstände.

Mangels alternativer Daten wird in der ersten Fortschreibung unterstellt, dass sich in jedem Bundesland und jedem Wirtschaftsbereich die Relation zwischen Produktionswert, Vorleistungen und Wertschöpfung im Fortschreibungszeit-

raum gegenüber der letzten verfügbaren Originärberechnung nicht verändert. In der zweiten Fortschreibung können dann vorläufige und in den Originärberechnungen endgültige Vorleistungsangaben aus der Kostenstrukturhebung verwendet werden. Je stärker die angenommenen Vorleistungsquoten in der ersten Fortschreibung von den in der zweiten Fortschreibung verwendeten vorläufigen Vorleistungsquoten laut Kostenstrukturhebung abweichen, desto stärker müssen die Ergebnisse zu Bruttowertschöpfung und Wirtschaftsleistung korrigiert werden.

Die in der ersten Fortschreibung getroffene Annahme konstanter Vorleistungsquoten wird dabei von den aktuellen Erhebungsergebnissen kaum noch gestützt. „Gerade in den letzten Jahren zeigen die Vorleistungen einen sehr sprunghaften Verlauf, bedingt beispielsweise durch die Ausgliederung unternehmerischer Prozesse und Funktionen bzw. deren Verlagerung ins Ausland.“, betont der ARBEITSKREIS VGR DER LÄNDER (2017b, Kap. 1.1, S. 3). Tatsächlich werden die Wachstumsraten des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts seit dem Berichtsjahr 2010 im Zuge der zweiten Fortschreibung tendenziell stärker überarbeitet als im vorangegangenen Jahrzehnt (vgl. auch Abb. 2).

Für zukünftige Berichtsjahre bedeutet dies, dass weiterhin kräftige Überarbeitungen zu erwarten sind, sofern sich die Vorleistungsquoten nicht dauerhaft auf ggf. neuen Niveaus einpegeln. Dies stellt zukünftige Konjunkturanalysen und -prognosen auf der Länderebene, die auf die Berechnungsergebnisse der ersten Fortschreibung angewiesen sind, vor zusätzliche Herausforderungen. Gleichwohl wären entsprechende Berechnungen ohne die erste Fortschreibung wohl gar nicht erst möglich. Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft bleiben auf die frühzeitigen Fortschreibungsergebnisse der regionalen Gesamtrechner angewiesen. In die Berechnungen können jedoch nur die zum jeweiligen Berechnungszeitpunkt verfügbaren Ausgangsdaten einfließen. Deren Umfang und Verfügbarkeit wird letztlich von wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Überlegungen determiniert. Der amtlichen Statistik bleibt nur die Möglichkeit, für die verfügbaren Daten den bestmöglichen methodischen Ansatz zu wählen.

## LITERATUR

- Arbeitskreis VGR der Länder (Hrsg.) (2016), Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2015, Reihe 1, Band 1, Stuttgart.
- Arbeitskreis VGR der Länder (Hrsg.) (2017a), Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2016, Reihe 1, Band 1, Stuttgart.
- Arbeitskreis VGR der Länder (Hrsg.) (2017b), Methodenbeschreibung ESVG 2010 / Revision 2014, URL <http://vgrdl.de/VGRdL/MethDef/Methode.jsp?RV=2014>, zuletzt abgerufen am 19. Juli 2017.

- 1 Die Autoren bedanken sich sehr herzlich bei Herrn Dr. Wolf-Dietmar Speich vom Statistischen Landesamt des Freistaats Sachsen, der durch seine wertvollen Hinweise und Ergänzungen zu diesem Artikel wesentlich beigetragen hat.
- 2 Abweichungen für die Berichtsjahre 2004, 2010 und 2013 sind nicht enthalten, da für diese Berichtsjahre die erste Fortschreibung vor, die zweite Fortschreibung nach einer größeren methodischen Revision der amtlichen Statistik veröffentlicht wurde.
- 3 ESVG 2010 – Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, hrsg. von der Europäischen Kommission (Luxemburg, 2014).



Wolfgang Nierhaus\*

# Vierteljährliche VGR für Sachsen: Ergebnisse für das erste Quartal 2017<sup>1</sup>

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im ersten Vierteljahr 2017 um 2,8 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum gestiegen, in diesem Tempo expandierte auch die Bruttowertschöpfung (vgl. Tab. 1). Zur Expansion der gesamtwirtschaftlichen Produktion trugen weiterhin alle Wirtschafts-

bereiche bei. Aktuelle Wachstumstreiber sind das Produzierende Gewerbe (ohne Bau), das Baugewerbe und auch das Grundstücks- und Wohnungswesen sowie die Finanz- und Unternehmensdienstleister. Die Trend-Konjunktur-Komponente des preisbereinigten BIP zeigt beschleunigt nach oben (vgl. Abb. 1).

**Tab. 1**  
**Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in Sachsen (preisbereinigt)**

Jahr, Quartal	Bruttoinlandsprodukt	Gütersteuern abzüglich Subventionen	Bruttowertschöpfung						
			Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Baugewerbe	Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information u. Kommunikation	Grundstücks- u. Wohnungswesen, Finanz- u. Unternehmensdienstl.	Öffentl. u. sonstige Dienstleister, Erziehung u. Gesundheit
2014	2,3	3,0	2,2	-3,7	10,9	1,7	-1,9	-0,4	0,1
2015	2,7	4,3	2,5	-15,1	4,3	0,8	3,5	1,5	2,0
2016	2,7	2,9	2,6	2,0	2,4	4,9	4,0	1,2	2,5
1   2014	2,8	2,5	2,9	-8,0	11,6	13,6	-1,4	0,0	-0,2
2   2014	1,7	2,4	1,7	0,3	9,2	6,1	-2,9	-1,1	-0,3
3   2014	2,2	1,4	2,3	-0,1	13,3	-3,5	-2,4	-0,3	0,1
4   2014	2,3	5,9	1,9	-7,3	9,6	-3,4	-0,8	-0,1	0,8
1   2015	2,2	3,8	2,0	-8,3	5,2	-4,9	1,8	1,2	1,5
2   2015	2,9	3,3	2,9	-15,9	5,9	-1,0	3,4	2,0	2,0
3   2015	2,3	4,7	2,0	-18,3	1,4	3,5	4,0	1,3	2,2
4   2015	3,4	5,5	3,2	-16,9	5,0	3,3	4,7	1,3	2,5
1   2016	2,6	5,1	2,3	-4,3	2,8	1,3	4,0	0,7	2,7
2   2016	4,0	3,5	4,0	1,7	4,8	6,2	5,9	1,9	3,1
3   2016	2,2	2,7	2,1	3,4	1,1	4,2	3,3	1,0	2,5
4   2016	1,9	0,5	2,1	7,2	0,9	6,5	2,7	1,5	1,6
1   2017	2,8	2,1	2,8	6,2	2,7	15,4	2,2	3,3	0,9

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

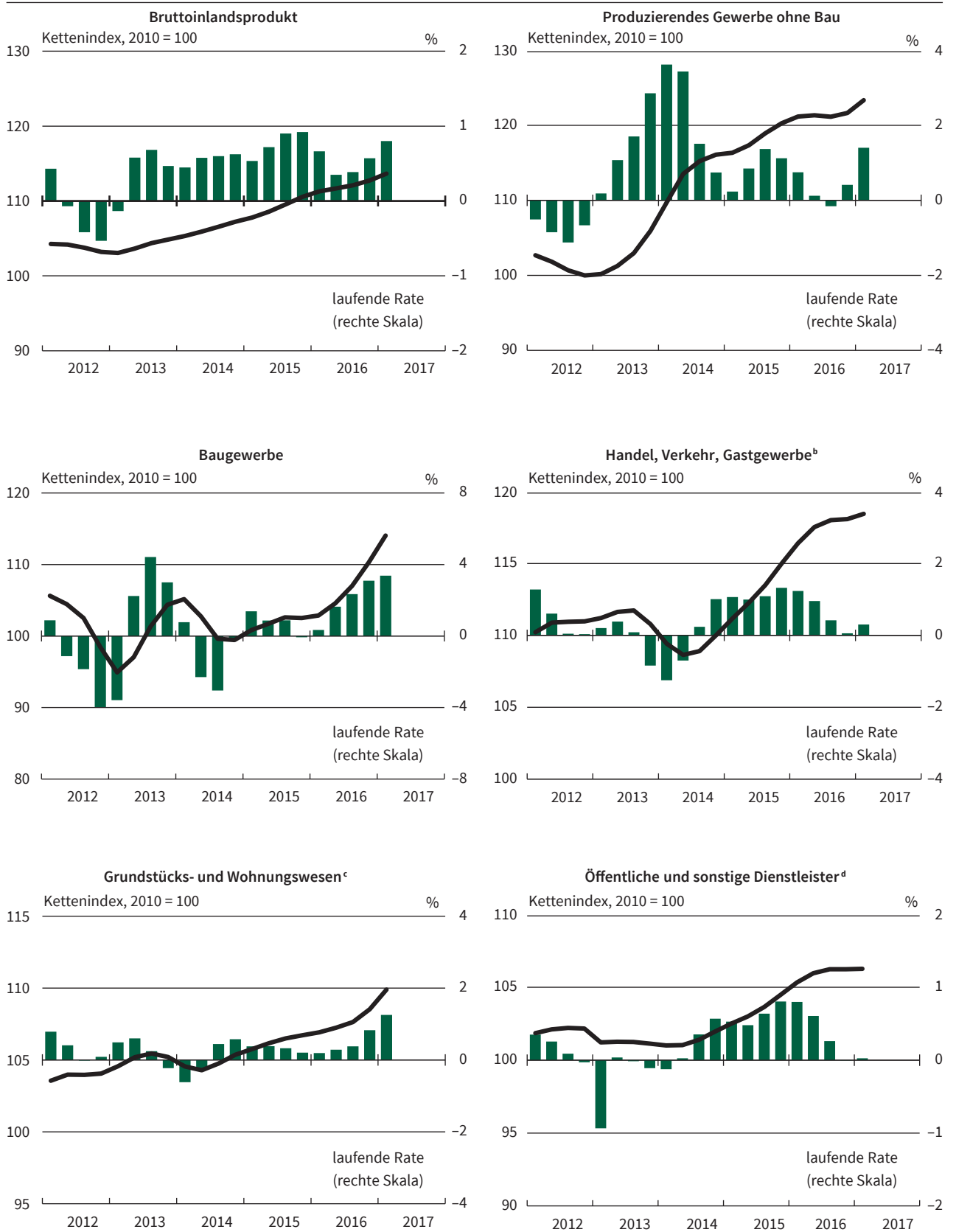
\* Dr. Wolfgang Nierhaus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

<sup>1</sup> Die Bereitstellung vierteljährlicher Ergebnisse für Sachsen erfolgt in Verantwortung des ifo INSTITUTS. Die Berechnungen fußen auf den amtlichen Länderdaten, die vom ARBEITSKREIS VOLKSWIRTSCHAFTLICHER GESAMTRECHNUNGEN (VGR) DER LÄNDER ermittelt werden. Zudem werden seitens des STATISTISCHEN LANDESAMTES DES FREISTAATES SACHSEN aktuelle konjunkturstatistische Informationen bereitgestellt. Dies erfolgt im Rahmen der 2007 unterzeichneten Kooperationsvereinbarung mit der Niederlassung Dresden des ifo INSTITUTS. In dieser Ausgabe werden erstmals die Ergebnisse für das erste Vierteljahr 2017

nachgewiesen. Die Berechnungen sind abgestimmt auf die vom Arbeitskreis VGR der Länder am 30. März 2017 veröffentlichten Jahresergebnisse. Allerdings unterbleibt eine bundesweite Koordinierung, wie dies bei den amtlichen Daten des Arbeitskreises üblich ist. Der vollständige Datensatz für den Zeitraum Q1/1996 bis Q1/2017 steht auf der ifo Dresden Homepage zum Download zur Verfügung. Zur Methodik siehe W. Nierhaus (2008), „Vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen für den Freistaat Sachsen mit Hilfe temporaler Disaggregation“, Statistik in Sachsen, 1/2008, S. 1–15.

**Abb. 1**

**Trend-Konjunktur-Komponenten von Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in ausgewählten Wirtschaftsbereichen in Sachsen (preisbereinigt, verkettet)<sup>a</sup>**



a) Saisonbereinigt nach Census X-12-ARIMA. – b) Einschließlich Information und Kommunikation. – c) Einschließlich Finanz- und Unternehmensdienstleister. – d) Einschließlich Erziehung und Gesundheit.

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Michael Weber\*

# ifo Konjunkturumfragen Ostdeutschland und Sachsen: Die Wirtschaft brummt

## OSTDEUTSCHLAND

Der ostdeutsche Konjunkturmotor brummt auch im Sommer kräftig. Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft Ostdeutschlands stieg nach seinem bisherigen Höchststand im April abermals und erreichte im Juni mit 114,7 Punkten einen neuen Rekordwert (vgl. Abb. 1). Maßgeblich war erneut die Geschäftslage, die von den Befragungsteilnehmern nochmals besser eingestuft wurde als zuletzt. In allen Bereichen der gewerblichen Wirtschaft Ostdeutschlands liefen die Geschäfte im Juni und Juli auf Hochtouren. Zusätzlich zogen im Juli auch die Geschäftserwartungen wieder an. Damit bleiben die Aussichten für die ostdeutsche Wirtschaft im höchsten Grade sonnig.

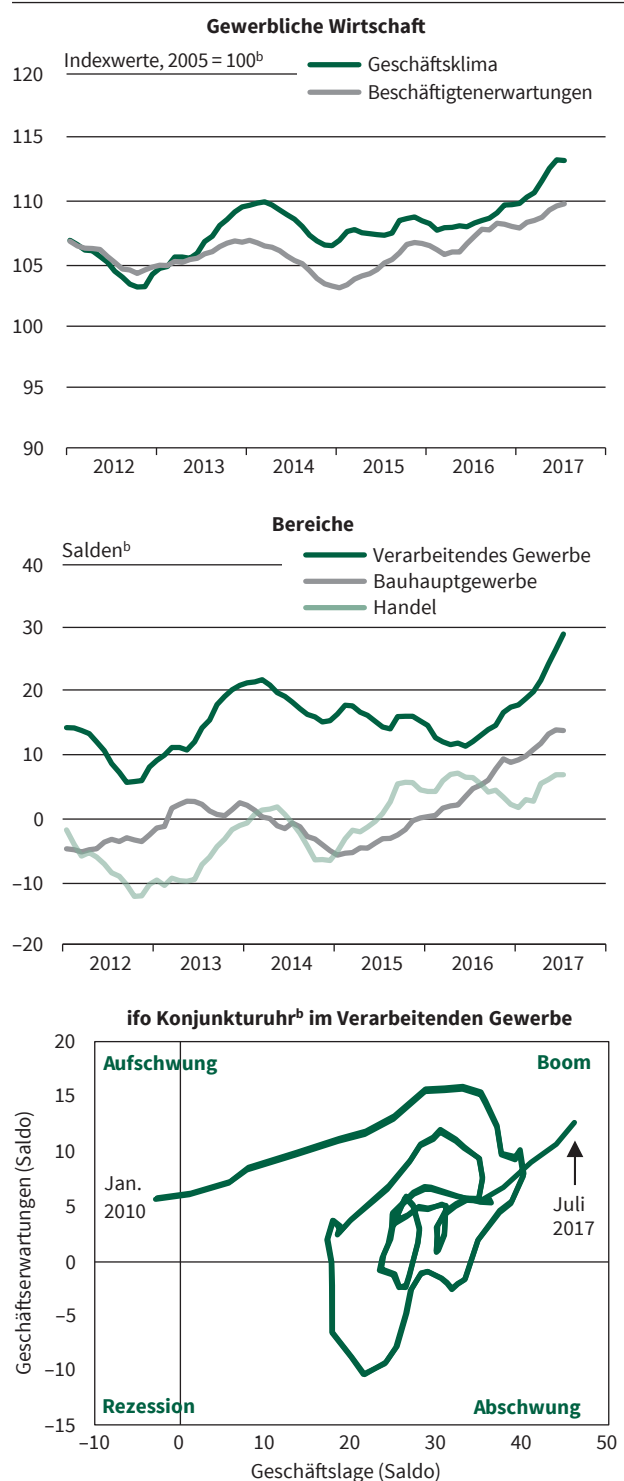
Insbesondere die ostdeutsche Industrie jagt von einem Rekordwert zum nächsten. Unter anderem strebte die Kapazitätsauslastung neuen Höchstwerten entgegen. In der Folge hellten sich die bislang vergleichsweise zurückhaltenden Lageeinschätzungen der Investitionsgüterproduzenten weiter auf; seit dem Frühjahr nimmt ihre Zufriedenheit mit den laufenden Geschäften kontinuierlich und spürbar zu. Gleichzeitig gewinnen die ostdeutschen Exporteure langsam aber stetig an Zuversicht, künftig auch im Ausland wieder bessere Geschäfte tätigen zu können. Vor dem Hintergrund der stabilen und hervorragenden Lageeinschätzungen einerseits und den insgesamt spürbar gestiegenen Geschäftserwartungen andererseits rückte die ifo Konjunkturuhr für das Verarbeitende Gewerbe Ostdeutschlands so tief in den in den Quadranten „Boom“ hinein wie noch nie. Die ostdeutsche Industrie dürfte somit auch in der zweiten Jahreshälfte schnell und kräftig pulsieren.

Auch im Bauhauptgewerbe und Handel Ostdeutschlands war die Stimmung im Sommer überaus positiv. Allerdings schwächten sich in beiden Bereichen die Geschäftslageeinschätzungen im Juli auf hohem Niveau spürbar ab. Im Bauhauptgewerbe blieben die Befragungsteilnehmer aber bis zuletzt optimistisch, dass die Dynamik in den kommenden Monaten wieder zunehmen dürfte. Angesichts der hohen Auslastung erwarten die Befragungsteilnehmer zudem einen weiteren Anstieg der Baupreise, wenn dieser auch nicht mehr so kräftig sein dürfte wie zuletzt.

Vor dem Hintergrund der brummenden Wirtschaft bleiben die Arbeitsmarktaussichten sehr sonnig. Das ifo Beschäftigungsbarometer für die gewerbliche Wirtschaft Ostdeutschlands stieg im Juli auf einen neuen Rekordwert. Gebremst wird der Beschäftigungsaufbau allenfalls vom Mangel an geeignetem Personal. So klagte zuletzt gut jeder sechste Befragungsteilnehmer im Bauhauptgewerbe über Arbeitskräftemangel.

\* Dr. Michael Weber ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Niederlassung Dresden des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

**Abb. 1**  
ifo Geschäftsklima für Ostdeutschland<sup>a</sup>  
ifo Konjunkturumfrage im Juli 2017



a) Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel.  
b) Saisonbereinigt und geglättet.

Quelle: ifo Institut.

© ifo Institut

**SACHSEN**

Die sächsische Wirtschaft setzte ihre hohe Dynamik im Sommer ebenfalls fort. Nachdem der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft im Freistaat zuletzt seinen bisherigen Höchststand nur knapp verfehlt hatte, setzte er im Juni eine neue Bestmarke (vgl. Abb. 2). Auch die Lageeinschätzungen übertrafen im Juni ihre jüngsten Rekordwerte spürbar. Gleichzeitig hellten sich die Geschäftserwartungen der Befragungsteilnehmer deutlich auf, um sich anschließend im Juli abermals zu verbessern. Die wirtschaftliche Schlagzahl im Freistaat dürfte sich demnach in der zweiten Jahreshälfte nochmals beschleunigen; die Konjunktur nimmt weiter Fahrt auf.

Bereits in den Sommermonaten war die Geschäftssituation in allen Bereichen der gewerblichen Wirtschaft Sachsens sehr günstig. Allerdings sind jüngst unterschiedliche Entwicklungen zu beobachten. Die sächsische Industrie berichtet seit Jahresanfang Monat für Monat von jeweils besseren Geschäften; im Juni und dann nochmals im Juli stellte die Zufriedenheit neue Rekorde auf. Im Gleichlauf stieg auch die Kapazitätsauslastung in der Industrie weiter an; seit anderthalb Jahren folgt sie nun schon einem ununterbrochenen Aufwärtstrend. Im Handel tendierten die Lageeinschätzungen hingegen im mittelfristigen Vergleich seitwärts, im Bauhauptgewerbe gaben sie ausgehend von ihrem Höchststand im Mai sowohl im Juni als auch im Juli merklich nach. Sie blieben aber auf herausragend hohem Niveau.

In die zweite Jahreshälfte startete die sächsische Wirtschaft ungeachtet dessen mit spürbar gestärkter Zuversicht. Die Geschäftserwartungen aller Bereiche verbesserten sich zur Jahresmitte deutlich; die ifo Konjunkturuhr für das Verarbeitende Gewerbe Sachsens steht deutlich im Quadranten „Boom“. Allerdings dürften nach Ansicht der Befragungsteilnehmer vom Auslandsgeschäft auch in den kommenden Monaten nur geringe Impulse ausgehen. Im Bauhauptgewerbe tendierten bei leicht verbesserten Geschäftsaussichten die Auftragsbestände auf ihrem Rekordniveau vom Mai nahezu unverändert seitwärts; die Bauunternehmer erwarten auch in Sachsen eine weitere, wenn auch verlangsamte Zunahme der Bautätigkeit und der Baupreise. Lediglich im sächsischen Einzelhandel nahm die Skepsis im Juli überraschend zu.

Die Arbeitsmarktaussichten bleiben indes rosig und haben sich zuletzt sogar nochmals aufgehellt. In allen Bereichen der gewerblichen Wirtschaft planten die Befragungsteilnehmer im Juli per saldo mit mehr Beschäftigung als zuletzt. Besonders kräftig schraubten die sächsischen Industriebetriebe ihre Personalpläne nach oben. Das Beschäftigungsbarometer ist nur noch wenig von einem neuen Allzeithoch entfernt.

**Abb. 2**  
**ifo Geschäftsklima für Sachsen<sup>a</sup>**  
ifo Konjunkturumfrage im Juli 2017



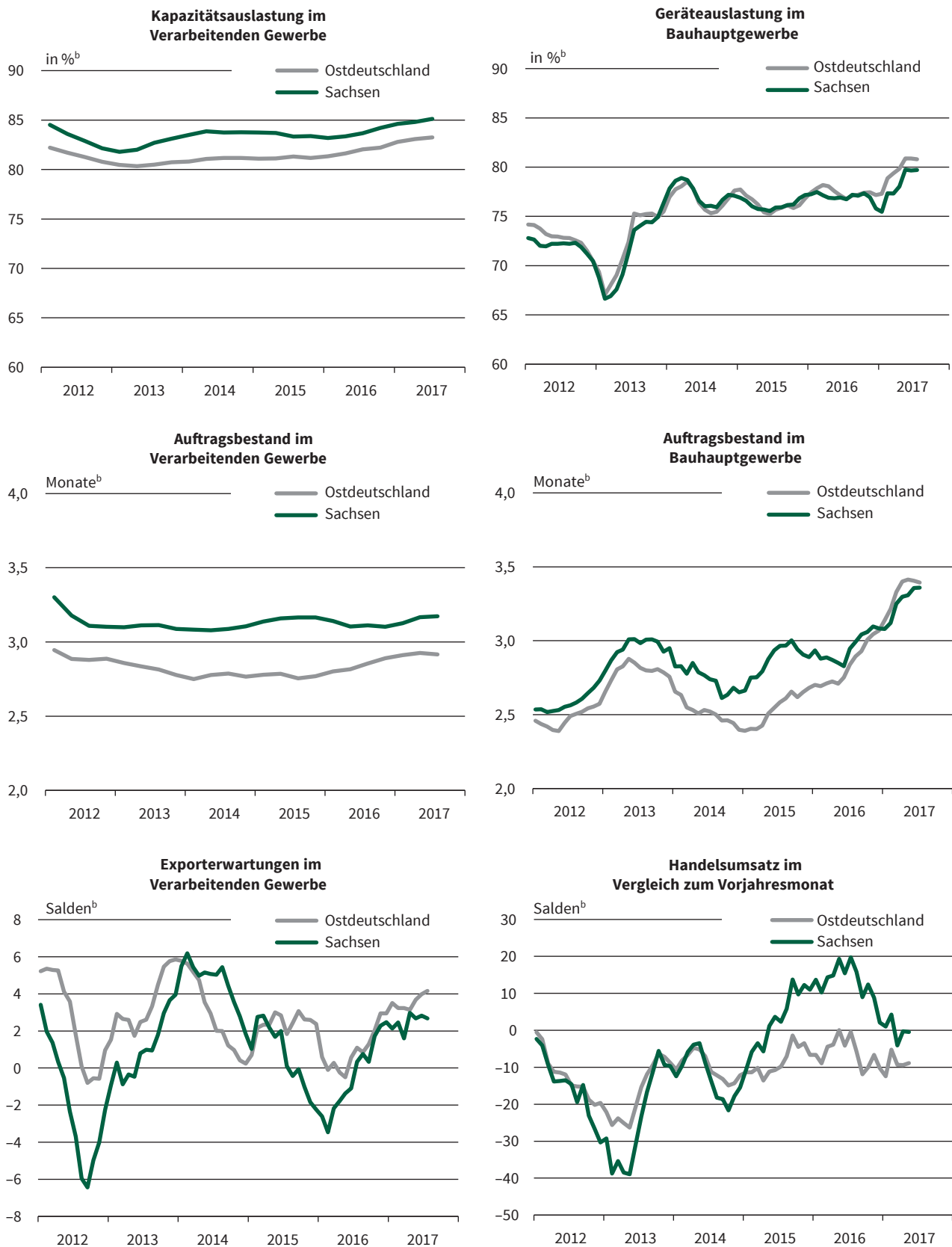
a) Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel.  
b) Saisonbereinigt und geglättet.

Quelle: ifo Institut.

© ifo Institut

**Abb. 3**

**Ausgewählte Indikatoren aus dem ifo Konjunkturtest für Ostdeutschland und Sachsen<sup>a</sup>**  
 ifo Konjunkturumfrage im Juli 2017



a) Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel.  
 b) Saisonbereinigt (außer Handelsumsätze) und geglättet.

Quelle: ifo Institut.

© ifo Institut

# ifo Veranstaltungen

Die AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING veranstaltet in Kooperation mit der Niederlassung Dresden des IFO INSTITUTS vom **4. bis 7. September 2017** eine **Tagung zum Thema „Investitionen in Deutschland – Öffentliche Infrastruktur, Wohnungsbau und Energiewende“**. Die Tagung findet in der Akademie für politische Bildung in Tutzing statt.

Immer wieder werden Defizite in der deutschen Infrastruktur beklagt. Wie und in welchen öffentlichen Sektoren können die Investitionen erhöht werden, ohne die Staatsfinanzen zu stark zu belasten? Wie vermeidet man Fehlplanungen bei Großprojekten und welche Rolle spielt dabei die Bürgerbeteiligung? Wie verändern sich städtische Agglomerationen und ländliche Regionen und welche infrastrukturellen Herausforderungen sind dabei zu bewältigen? Welche infrastrukturellen Investitionen benötigen die Energiewende und der Übergang zur digitalen Gesellschaft? Wir laden Sie herzlich nach Tutzing ein, diese Fragen mit Wissenschaftlern, Politikern und Stadtplanern zu diskutieren.

Am **28. und 29. September 2017** findet der **7. ifo Dresden Workshop on Regional Economics** in den Räumlichkeiten der ifo Niederlassung Dresden statt. Der zweitägige Workshop wird erneut in Kooperation mit der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT BRAUNSCHWEIG organisiert. Schwerpunkt der diesjährigen Veranstaltung sollen die Auswirkungen von Förderpolitiken und der regionale Strukturwandel sein. Darüber hinaus sind Forschungsbeiträge zum Thema der räumlichen Persistenz sowohl von sozio-kulturellen als auch von ökonomischen Variablen sehr willkommen.

Im Rahmen der **Dresdner Vorträge zur Wirtschaftspolitik** spricht am **9. Oktober 2017** Prof. Stefan Homburg, Professor an der Leibniz Universität Hannover und Direktor des Instituts für Öffentliche Finanzen, zum Thema „Welche Zukunft hat die EU?“.

Nach verbreiteter Auffassung befindet sich die Europäische Union (EU) in einer tiefen Krise. Die jüngsten Wahlen in den Niederlanden und Frankreich widersprechen diesem Befund nur scheinbar: Es gewannen zwar EU-freundliche Politiker, doch spricht der Umstand, dass beide Wahlen als „Schicksalswahlen der EU“ galten, eine andere Sprache.

Der Vortrag beschreibt verschiedene Aspekte der Krise und behandelt Themen, wie die Euro-Währung, die zahlreichen Erweiterungsrunden und die Migrationsproblematik. Außerdem wird das aktuelle Vorhaben einer „europäischen Säule sozialer Rechte“ erörtert.

Stefan Homburg ist Professor an der Leibniz Universität Hannover und Direktor des Instituts für Öffentliche Finanzen. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Öffentlichen Finanzen, insbesondere Steuern. Er ist Sachverständiger bei Anhörungen des Finanzausschusses, des Haushaltsausschusses und des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages.

Die Vorträge sind öffentlich und finden im Seminarraum der Niederlassung Dresden des IFO INSTITUTS, in der **Einsteinstraße 3**, statt. Beginn des Vortrags ist jeweils um **18:30 Uhr**.

Weiterführende Informationen zu diesen Veranstaltungen finden Sie auf der Homepage von ifo Dresden ([www.ifo-dresden.de](http://www.ifo-dresden.de)) unter der Rubrik Veranstaltungen.

# ifo Vorträge

Fritzsche, Carolin, „Housing Economics and Regional Planning“, Vortrag im Rahmen des Doktorandenprogramms Volkswirtschaftslehre der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT DRESDEN, 20. Juni 2017, Dresden.

Rösel, Felix, „Gebietsreformen: Befunde und Empfehlungen aus wissenschaftlicher Sicht“, Vortrag beim 60-jähriges Jubiläum des Landkreistages Saarland, 23. Juni 2017, Saarbrücken.

Fritzsche, Carolin, „The German Real Estate Transfer Tax: Evidence for Single-Family Home Transactions“, Vortrag auf der 24<sup>th</sup> Annual Conference of the EUROPEAN REAL ESTATE SOCIETY, 30. Juni 2017, Delft (Niederlande).

Vandrei, Lars, „Explaining Price Rigidities on the Housing Market with Prospect Theory“, Vortrag auf der 24<sup>th</sup> Annual Conference of the EUROPEAN REAL ESTATE SOCIETY, 30. Juni 2017, Delft (Niederlande).

Ochsner, Christian, „Dismantled Once, Diverged Forever? A Quasi-natural Experiment of a Short Period of Red Army Intervention in Post-WWII Europe“, Vortrag an der CAGE, EHES & IAS Summer School 2017, 11.–15. Juli 2017, UNIVERSITY OF WARWICK, Coventry (Großbritannien).

Ragnitz, Joachim, „Wirtschaftspolitische Herausforderungen für den Freistaat Sachsen bis 2030“, Vortrag anlässlich einer Sitzung der Zukunftskommission der CDU Sachsen, 3. August 2017, Dresden.

Thum, Marcel, „TTIP and Transparency in International Negotiations“, Vortrag auf dem 73<sup>rd</sup> Annual Congress of the INTERNATIONAL INSTITUTE OF PUBLIC FINANCE (IIPF), 20. August 2017, Tokio (Japan).

# ifo Veröffentlichungen

## **ifo Dresden Studie 78: Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf den ostdeutschen Wohnungsmarkt**

**Juliane Banse, Clemens Deilmann, Carolin Fritzsche, Virginie Hörnig, Jan Kluge, Daniel Kretzschmar, Gesine Marquardt, Tom Motzek, Joachim Ragnitz, Marcel Thum und Lars Vandrei, 200 S., München/Dresden 2017, ISBN 978-3-95942-029-7, 15,- Euro zzgl. Versandkosten**

Die vorliegende Studie basiert auf einem Gutachten, das zusammen mit dem LEIBNIZ-INSTITUT FÜR ÖKOLOGISCHE RAUMENTWICKLUNG (IÖR) und Prof. Gesine Marquardt, Inhaberin des Lehrstuhls für Sozial- und Gesundheitsbauten der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT (TU) DRESDEN, für das BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND ENERGIE erstellt wurde. Die Studie geht der Frage nach, in welchem Umfang der ostdeutsche Wohnungsmarkt auf eine kleiner und älter werdende Gesellschaft eingestellt ist. Die Studie stellt die sozioökonomischen Besonderheiten Ostdeutschland heraus und liefert eine Bestandsaufnahme des ostdeutschen Wohnungsmarktes. Angesichts einer rasch alternden Gesellschaft werden auch die zu erwartenden Trends und Herausforderungen für den ostdeutschen Wohnungsmarkt hinsichtlich des altersgerechten Wohnraums untersucht. Außerdem wird das aktuelle System aus Förderinstrumenten und Regulierungsmaßnahmen vor dem Hintergrund der anstehenden Herausforderungen analysiert. Zentrale Ergebnisse der Studie sind:

- Kennzeichnend für den ostdeutschen Wohnungsmarkt sind hohe Leerstandsquoten mit deutlichen Stadt-Land-Disparitäten, das hohe Alter des Wohnungsbestandes sowie geringe Eigentumsquoten.
- Bis zum Jahr 2030 werden deutlich mehr als 1 Mill. Wohnungen in Ostdeutschland leer stehen und es droht in Schrumpfsregionen eine erneute Leerstandswelle.
- Es herrscht erheblicher Bedarf an barrierefreiem Wohnraum: In Ostdeutschland weisen nur rund 4,4 % der Wohnungen mit mindestens einer älteren Person weitgehend keine bzw. leichte Barrieren auf.
- Die Länder setzen eigene Schwerpunkte in ihrer Wohnraumpolitik und begegnen bereits vielen Herausforderungen des demografischen Wandels.

Blesse, Sebastian und Felix Rösel (2017), Gebietsreformen: Hoffnungen, Risiken und Alternativen, ifo Working Paper No. 234.

Farzanegaf, Mohammad Reza und Marcel Thum (2017), More Oil, Less Quality of Education? New Empirical Evidence, CEPIE Working Paper 09/17.

Frei, Xenia; Langer, Sebastian; Lehmann, Robert und Felix Rösel (2017), Electoral Externalities in Federations – Evidence from German Opinion Polls, CESifo Working Paper No. 6375.

Konrad, Kai A. und Marcel Thum (2017), „Does a Clean Development Mechanism Facilitate International Environmental Agreements?“, *Environmental and Resource Economics*, im Erscheinen.

Marjit, Sugata; Thum, Marcel und André Seidel (2017), „Tax Evasion, Corruption and Tax Loopholes“, *German Economic Review* 18(3), S. 283–301.

Rösel, Felix (2017), „Gebietsreformen als Mittel zur Sanierung der öffentlichen Haushalte? – Erfahrungen aus mehreren Bundesländern“, *Die Gemeinde* 04/2017, S. 115–118.

Rösel, Felix (2017), The Political Economy of Fiscal Supervision and Budget Deficits: Evidence from Germany, CEPIE Working Paper 02/17.

Rösel, Felix und Marcel Thum (2017), „Die Reformvorschläge der Wissenschaft zur Entflechtung und Neuordnung der bundesstaatlichen Beziehungen und finanziellen Ausgleichssysteme – Welchen Einfluss haben Sachverständige tatsächlich?“, in: Schweisfurth, Tilmann und Wolfgang Voß (Hrsg.): *Haushalts- und Finanzwirtschaft der Länder*, Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin, S. 289–299.



## ifo intern

Am 3. Juli 2017 konnte **Felix Rösel**, wissenschaftlicher Mitarbeiter der ifo Niederlassung Dresden, seine Promotion an der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT DRESDEN zum Thema „On Electoral Institutions and Outcomes: Four Essays in Empirical Political Economy“ erfolgreich mit dem Prädikat „summa cum laude“ abschließen. Das Team Dresden gratuliert auch an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich.

Wir freuen uns über weiteren Nachwuchs unserer Mitarbeiter. Doktorandin **Antje Fanghänel** hat ein Baby bekommen. Sie wird nach dem Ende ihrer Elternzeit voraussichtlich ab Januar 2019 wieder in der Niederlassung Dresden tätig sein. Das Team Dresden wünscht der jungen Familie auch hier noch einmal alles Gute.

# ifo DRESDEN STUDIEN 78

---

## AUTOREN

Juliane Banse  
Clemens Deilmann  
Carolin Fritzsche  
Virginie Hörnig  
Jan Kluge  
Daniel Kretzschmar  
Gesine Marquardt  
Tom Motzek  
Joachim Ragnitz  
Marcel Thum  
Lars Vandrei

---

## ISBN

978-3-95942-029-7

---

## HERAUSGEBER / DRUCK

ifo Institut  
München/Dresden  
2017

---

## UMFANG / FORMAT

A5  
200 Seiten  
Zahlreiche Abbildungen  
und Tabellen

---

## PREIS

15,- Euro zzgl. Versandkosten

---

## Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf den ostdeutschen Wohnungsmarkt

Die vorliegende Studie basiert auf einem Gutachten, das zusammen mit dem LEIBNIZ-INSTITUT FÜR ÖKOLOGISCHE RAUMENTWICKLUNG (IÖR) und Prof. Gesine Marquardt, Inhaberin des Lehrstuhls für Sozial- und Gesundheitsbauten der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT (TU) DRESDEN, für das BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND ENERGIE erstellt wurde. Die Studie geht der Frage nach, in welchem Umfang der ostdeutsche Wohnungsmarkt auf eine kleiner und älter werdende Gesellschaft eingestellt ist. Die Studie stellt die sozioökonomischen Besonderheiten Ostdeutschlands heraus und liefert eine Bestandsaufnahme des ostdeutschen Wohnungsmarktes. Angesichts einer rasch alternden Gesellschaft werden auch die zu erwartenden Trends und Herausforderungen für den ostdeutschen Wohnungsmarkt hinsichtlich des altersgerechten Wohnraums untersucht. Außerdem wird das aktuelle System aus Förderinstrumenten und Regulierungsmaßnahmen vor dem Hintergrund der anstehenden Herausforderungen analysiert. Zentrale Ergebnisse der Studie sind:

- Kennzeichnend für den ostdeutschen Wohnungsmarkt sind hohe Leerstandsquoten mit deutlichen Stadt-Land-Disparitäten, das hohe Alter des Wohnungsbestandes sowie geringe Eigentumsquoten.
- Bis zum Jahr 2030 werden deutlich mehr als 1 Mill. Wohnungen in Ostdeutschland leer stehen und es droht in Schrumpfungsregionen eine erneute Leerstandswelle.
- Es herrscht erheblicher Bedarf an barrierefreiem Wohnraum: In Ostdeutschland weisen nur rund 4,4 % der Wohnungen mit mindestens einer älteren Person weitgehend keine bzw. leichte Barrieren auf.
- Die Länder setzen eigene Schwerpunkte in ihrer Wohnraumpolitik und begegnen bereits vielen Herausforderungen des demografischen Wandels.

